

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.20 M., monatlich 1.10 M., vierteljährlich 2.00 M., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Inertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonetzelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 19. Juli 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Kampf gegen den Militarismus.

Man schreibt uns: Es liegt im Wesen des heutigen Militarismus, daß es nicht gelingt, seine Auswüchse, deren häßlichster und verabscheuenswürdigster unstreitig die Soldatenmishandlungen sind, zu beseitigen. Die Soldatenmishandlungen bilden die dunkelste Seite in dem Sündenregister unseres Militärstaates, und Empörung überkommt denjenigen, der die Berichte und Militärgerichtsurteile in Sachen der Soldatenmishandlungen verfolgt. Kaum vergeht ein Tag, der nicht haarsträubende Einzelheiten an die Deffentlichkeit bringt. Vände könnte man füllen, wollte man auch nur die markantesten Fälle aufzählen, ganz abgesehen davon, daß viele Fälle infolge des berühmten und berüchtigten „öffentlichen“ Gerichtsverfahrens, das, sobald die „militärische Disziplin gefährdet“ erscheint, die Deffentlichkeit ausschließt, unbekannt bleiben. Und wie viele der mishandelten Soldaten verschweigen ihre Erlebnisse. Ist es doch häufig vorgekommen, daß sie vor Gericht unter Eid erlittene Mishandlungen leugneten aus Furcht vor der Rache der in Betracht kommenden Vorgesetzten. Auch die Zahl der Selbstmorde, die zum überwiegenden Teile auf das Konto der geschilderten Zustände zu setzen sind, weisen eine erschreckende Höhe auf. In Italien und Frankreich kennt man solche Vorkommnisse, wenigstens in dieser trassen Form, nicht. In diesen Ländern weht eine demokratischere Luft und die Heere dort haben nicht die traditionell gepflegte preussische Zucht und bis zum Uebermaß eingebaute Lehre vom blinden Gehorsam. Deshalb ist man auch bei uns ängstlich bemüht, die Kasernen gegen jedes freisinnige Gerede hermetsch abzuschließen und die eventuell doch eingedrungenen Samenkörner mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln zu vernichten. Ja, von Zeit zu Zeit werden sämtliche Zimmer und Spinde nach „gefährlichen“, aufreizenden Schriften durchsucht, obgleich es der deutschen Sozialdemokratie noch nicht im Traume eingefallen ist, auf diese Weise Aufklärung unter den Soldaten zu verbreiten.

Aber trotzdem sind die Offiziere angewiesen, den Rekruten Grauen vor den bösen Sozis einzusößen und sie auf die „verwerflichen“, „törichtesten“ Bestrebungen und Ziele dieser Vaterlandslosen aufmerksam zu machen. Wie dies geschieht, möge ein eigenes Erlebnis beweisen.

Es war einige Tage, nachdem die Rekruten eines in der Stadt der reinen Verunft garnisonierenden Regiments eingekleidet worden waren. Eine Abteilung davon übernahm ein blutjunger, aber sonst nicht über Leutnant. Die betreffenden Rekruten waren zusammengeführt aus Berlinern, Döppersen und Schleswig-Holsteinern. Die letzteren stammten durchweg vom Lande. Nachdem nun der Leutnant in ausführlicher Weise die Ruhmesgeschichte der preussischen Herrscher und die „unvergänglichen“ Heldentaten des Hohenzollerngeschlechts geschildert hatte, hub er an: „Weiß einer von Euch, was die Sozialdemokratie ist?“ Alles schwieg! Die Berliner blinzelten verärgert. Die Landsöhne blickten verständnislos vor sich hin. Da keine Antwort erfolgte, ergriff der Vorgesetzte äußerst befriedigt das Wort. „Dann will ich Euch das erklären. Die Sozialdemokratie will den Umsturz. Auch teilen wollen die Sozialdemokraten. Ich will Euch dies an einem Beispiel erklären. Wir nehmen an, Müller hätte sich 50 M. gepart, Schulze nicht. Nun kommt Schulze und will 25 M. davon haben. Die verkauft er. Dann will er auch die anderen 25 M. teilen. Auch dieses Geld würde er verkaufen. Dann hätte er wieder nichts. Also: da seht Ihr am besten, daß die Sozialdemokratie Unsinn ist!“

Wir brauchen nun freilich eine solche „Aufklärung“ nicht zu fürchten. Aber wie kommt es, daß ein erwachsener Mensch von 20—25 Jahren sich schlagen, treten, ja anspeien läßt, die unglaublichste, demütigendste Behandlung erträgt, ohne zu merken, daß der Vorgesetzte drei Schritte Abstand von seinem Untergebenen zu nehmen und jede Berührung zu vermeiden hat. Im Dienstbuch aber steht wörtlich: Unwürdige Behandlung kann im beleidigenden Schimpfen, Stoßen, Schlagen liegen. Nicht jedes derbe Wort oder grobe Ansassen ist Grund zu einer Beschwerde. Hier hebt also eine Bestimmung die andere auf! Ferner soll der Soldat mit Sie angesprochen werden, dies geschieht aber keineswegs immer, und gewöhnlich läßt er sich das entehrende, jedes Mannesgefühl verletzende Du gefallen. Dabei trifft es sich nur zu oft, daß der Untergebene älter ist, als der Vorgesetzte und vielleicht schon Land und Leute kennen gelernt hat, während jener mit beschränktem Wissen und ohne jede Lebenserfahrung aus der militärischen Dressuranstalt kommt.

Teilen wir nun die Rekruten in drei Klassen: 1. Die aus der Großstadt, 2. die aus der Kleinstadt und 3. die vom Lande. Die erste Kategorie wird beim Militär relativ noch am besten, man kann sagen, am vorzüglichsten behandelt. Gört man doch oft genug von den Unteroffizieren sagen: Die Kerls aus Berlin hab' ich im Magen. Die haben meist n Fabriken gearbeitet und sind zu ausgekocht. Die vom Lande sind mir die Liebsten! — Gerade diese und die Kleinstädter, deren Gesichtskreis begrenzt, deren politisches Verständnis unentwickelt ist, sind es auch, die am meisten unter

den Noheiten und Brutalitäten eines Teils der Vorgesetzten zu leiden haben. Dazu kommt noch, daß durch die völlige Abschließung von der Außenwelt während der ersten Zeit, durch die ungewohnte Kleidung und Umgebung, durch den barschen, schroffen Ton, besonders aber durch die Verlesung der furchtbaren Kriegsartikel die jungen Leute dermaßen eingeschüchtern werden, daß sie die ersten Monate wie im Zaumel dahin leben und kaum zur Besinnung kommen. Ziehen wir noch zuletzt den Mangel an Selbstgefühl, an Charakterstolz in Betracht, dann haben wir die Antwort auf unsere Frage. Tatsächlich gibt es Soldaten, die durch ihr Vorleben, ihre soziale Lage so abgestumpft sind, daß ihnen, wenn sie geprügelt werden, die ganze Schwere der Schmach nicht zum Bewußtsein kommt. Allerdings sind das keine Leute, die sozialistische Lust geatmet und begriffen haben, daß Ehrgefühl und Charakterstärke die erste Bedingung ist, um die Menschheit aus den Banden barbarischer Unkultur zu befreien und einem höheren Ziele zuzuführen.

Unsere Aufgabe muß es unter solchen Umständen sein, die sozialistische Weltanschauung auch schon unter der heranwachsenden Jugend zu verbreiten und unablässig durch Wort und Vorbild für unsere Ideen zu wirken. Nicht indem man die jungen Leute mit politischen Schlagworten vollpropft: sondern indem man sie allmählich und planmäßig in unsere Ideenwelt einführt und in ihnen die glühende Begeisterung für das große Kulturziel des Sozialismus erweckt, indem man ihnen soviel Selbstbewußtsein und Ehrgefühl einflößt, bei unwürdiger Behandlung stets von dem Beschwerderecht, so unständig und ungenügend dies auch ist, Gebrauch zu machen.

Vor nicht allzu langer Zeit wurde ein Fall in der Presse lebhaft besprochen, wo ein Seeladett, der abends auf dem Nachhausewege von einem Soldaten einen Stoß erhielt und sich nicht zu revanchieren vermochte, sich aus getränktem Ehrgefühl das Leben nahm. Welcher Kontrast zeigt sich hier zwischen den Anschauungen über das Ehrgefühl zwischen den Söhnen der obersten Klassen und denen des Volkes. Dort ein fast krankhaft ausgeprägtes Selbstbewußtsein, hier ein stumpfes, dulndendes oder ohnmächtig kitzelndes Sich-fügen!

Und keinem der gewalttätigen Vorgesetzten steigt die Schamröte ins Gesicht, wenn er seine Opfer maltreatiert und peinigt, keinem kommt es zum Bewußtsein, daß derjenige Vorgesetzte, der sich an einem wehrlosen Untergebenen vergeist, den Gipfel der Feigheit erreicht. Welchen Anschauungen man sogar in manchen Offizierskreisen huldigt, zeigt der Ausspruch eines blaublütigen Vertreters dieser Klasse, den derselbe in seiner Eigenschaft als Verteidiger eines mishandelten Soldaten tat: Das wäre noch schöner, wenn man nicht mal mit der Faust dreinschlagen dürfte, die Kaserne ist doch keine höhere Lehrerschule!

Untersucht man, wie es kommt, daß die Soldatenmishandlungen trotz der allerdings ebenso spärlichen, wie fruchtlosen Erlasse nicht von der Tagesordnung verschwinden, so finden wir die Beantwortung der Frage in den verschiedensten Ursachen. In erster Linie ist es die milde Bestrafung der Soldatenschilder, die im schroffsten Gegensatz steht zu den drakonischen Strafen, die über den „gemeinen“ Soldaten verhängt werden, sobald sich ein solcher der geringsten Widersehlichkeiten oder gar eines Angriffs auf einen Vorgesetzten schuldig macht. Zweitens die Ausschaltung der Deffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen, die nur allzu häufig hinter verschlossenen Türen stattfinden. Drittens der unständliche und mangelhafte Beschwerdewege, und zuletzt die Verneinung des Rechts der Notwehr. Auf diesen Gebieten muß gründlicher Wandel geschaffen werden. Die eiserne Disziplin und der blinde Kadavergehorsam sind die Merkmale unseres Militarismus. Ganz offen erklären seine vertörichteten Anhänger, daß darauf die Stärke und Zuverlässigkeit des Militärs beruhe, besonders auch im Kampfe gegen den „inneren Feind“. Der heutige Militarismus ist der letzte Rettungsanker der herrschenden Klassen, und unter seinem Schutze schwingt der Kapitalismus seine Geißel über das darben- und frondende Volk. Erst wenn die sozialdemokratische Aufklärung es dahin gebracht hat, daß auch der Mann in der Uniform sich als Bürger fühlt, sind die Schranken gefallen, die der besitzlosen Klasse den Aufstieg zu politischer und sozialer Gleichberechtigung verwehren!

Die Abrüstung der Abrüstungs-idee.

Die Haager Friedenskonferenz hat sich, wie vorauszu- sehen, ihres Namens wenig würdig erwiesen. Von einer Förderung und Sicherung des internationalen Friedens war bisher kaum die Rede; die bisherigen Verhandlungen besahnten sich vielmehr mit der Regelung der Kriegsgebräuche. Auch das könnte ja — die internationale Einhaltung solcher Vereinbarungen vorausgesetzt! — seine Verdienste haben, allein mit dem Frieden hat eine solche Regelung so wenig zu tun, wie die Vereinbarung der Bedingungen für einen Zweikampf mit der Bekämpfung des Duells!

Kam hat ja Amerika den Vorschlag gemacht, einen ständigen internationalen Schiedsgerichtshof einzusetzen, der in jedem drohenden Konfliktfalle den Kriegsausbruch zu verhüten bemüht sein solle. Aber ob ständiger Gerichtshof oder jedesmaliges besonderes „Schiedsgericht“: die Sache ist die, ob sich zwei Großmächte dem Schiedspruch fügen, ja ob sie nur den ordnungsmäßigen Verlauf des Schiedsgerichtsverfahrens abwarten würden! Uebrigens

wird zweifellos auch diesmal die Verpflichtung, sich einem Schiedsgerichtspruch zu unterwerfen, abgelehnt werden. Bei den schiedsgerichtlichen Bestimmungen, die bei der vorigen „Friedenskonferenz“ vereinbart wurden, nur dann in ein — zudem unverbindliches — Schiedsgerichtsverfahren zu willigen, „sofern es die Umstände erlauben“, wird es auch diesmal sein Verwenden haben! Auch dürfte die Bestimmung bestehen bleiben, daß die Annahme der Vermittlung niemals die Wirkung habe, „Truppenmobilisierung und andere Maßregeln zur Kriegsvorbereitung zu unterbrechen.“

Die eigentliche Abrüstungs-idee wird vollends ins Wasser fallen. Das verhehlen sich auch die englischen Staatsmänner nicht, von denen die Initiative zu einer Abrüstungsdebatte auf der Haager Konferenz ausgegangen ist. Ueber die Äußerungen zweier Mitglieder des englischen Kabinetts zur Abrüstungsfrage wird gemeldet:

London, 17. Juli. Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman empfing heute nachmittags eine Abordnung der britischen Gruppe der Interparlamentarischen Vereinigung, die ihm die kürzlich von dieser Gruppe angenommene Resolution zur Haager Friedenskonferenz mitteilte. Bannerman erwiderte, was den scheinbaren Mangel an Fortschritten auf der Konferenz anbetreffe, so müsse man daran denken, daß die Gegenwart von Vertretern so vieler Staaten, obwohl sie an und für sich nützlich sei, doch die erreichte Fortschritte hemme. Es wäre zu bedauern, daß die Frage der Einschränkung der Rüstungen keinen hervorragenderen Platz in den Beratungen der Konferenz einnehmen würde. Aber Schwierigkeiten, die mehr in Umständen als in dem Gegenstande selbst lägen, ständen im Wege, und so wäre es möglich, daß das Äußerste, was bei dieser Gelegenheit getan werden könnte, wäre, frühere Resolutionen von neuem zu bestätigen. Er, Bannerman, glaube, daß die britischen Delegierten an den Arbeiten der Konferenz lebhaften Anteil genommen hätten, und zwar in der rechten Richtung, und daß sie durchaus das Vertrauen des Landes verdienten. Bannerman schloß seine Rede mit der Erklärung, daß es selbstverständlich einer einzelnen Delegation unmöglich sei, ihre Ansichten auf der Konferenz zur Geltung zu bringen, und daß die Delegierten, um praktische Resultate zu erzielen, sich dazu verstehen müßten, sich den Ansichten der Konferenz anzupassen. Wenn sie nicht eine Politik verfolgten, die in Uebereinstimmung mit der anderer Nationen stünde, so könnten sie leicht den Erfolg gefährden in Materien, in denen vernünftig eine Einigung zu erzielen sei. Staatssekretär Sir E. Grey, der gleichfalls anwesend war, führte aus, daß die Regierung der Ansicht sei, daß alles, was nur im Bereiche der Möglichkeit liege, getan werden sollte, um die öffentliche Meinung für die Fragen der Abrüstung und der Verminderung der Kriegsgefahren reif zu machen und diesen Fragen Eingang zu verschaffen, und ihnen einen Weg zu bahnen für eine günstige Aufnahme dieser Frage auf zukünftigen Konferenzen. Wenn die Konferenz eine ständige Einrichtung werden sollte, sei es von Bedeutung, daß ihre Verhandlungen in Harmonie verlaufen. Er hoffe, daß die Frage der Schaffung und Vervollkommnung eines Verfahrens zur Regelung ähnlicher Zwischenfälle, wie es bei der Doggerbank gewesen sei, ein gut Teil gefördert werden würde. Redner fügt hinzu, wenn der Fortschritt auf der Konferenz bisher nicht so schnell gewesen sei oder nicht so deutlich zutage tretend, wie man gehofft hätte, so glaube er doch, daß im weiteren Verlauf der Konferenz ihre Arbeit mit größerer Schnelligkeit erledigt werden würde.

Nach der ablehnenden Haltung speziell Deutschlands war ja auch nichts anderes zu erwarten. Und es ist ein sehr schwächlicher Trost, wenn Sir Grey erwartet, daß durch die Verarbeitung der öffentlichen Meinung eine künftige Friedenskonferenz in der Abrüstungsfrage zu wirklich positiver Arbeit „reif“ gemacht werden könne.

England ist kolonialpolitisch gefättigt, es möchte seinen Besitz in Ruhe verdauen. Es würde gern auch seine Flottenrüstungen einstellen, wenn nicht das fieberhafte Rüstren der anderen Staaten seine maritime Position ständig bedrohte. Aber andere Staaten stehen erst im Beginn ihrer imperialistischen Expansion und denken deshalb gar nicht an Abrüstung oder auch nur einen Stillstand ihrer Rüstungen.

Dabei betont jeder Staat — und er mag es dabei im Augenblick auch ganz ehrlich meinen —, daß er gar nicht an einen Angriff denke, daß er nur seine Defensivkraft stärken wolle. Aber kein Staat traut dem anderen — und so nimmt denn das Wett-rüsten in immer beschleunigtem Tempo seinen Fortgang!

Aur eine Form der Verarbeitung der öffentlichen Meinung kann an diesem im Wesen des Kapitalismus begründeten verhängnisvollen Zustand etwas ändern: die sozialistische Propaganda! Erst dann, wenn die wirkliche Demokratie herrscht, wenn die koloniale Raubpolitik keinen Vorwand mehr gibt zum aber-wichtigen Rüstren und zur Anzettelung frivoler Kriegsabenteuer: erst dann wird auch das unausrottbare Mißtrauen der Nationen schwinden und der Abrüstungsgebante verwirklicht werden! —

Die Verhaftung des Exministers Italiens.

Rom, 16. Juli. (Fig. Ver.)

Nasti hat sich, vom ersten Lautwerden der Anklagen gegen ihn an, von einem furchtbaren Grauen vor der Untersuchungschaft beherrschen lassen: Er war der festen Ueberzeugung, daß er nicht instande seine Würde, eine längere Untersuchungshaft zu überstehen. Darum ist er drei Jahre fänglich gewesen, so schäblich das auch für seine Verteidigung war. Erst die völlige Gewißheit, daß alle Rechts-handlungen in der Strafsache gegen ihn durch die Inkompetenz

Erklärung der gemeinen Gerichte null und nichtig wurden, hat den Eminenten veranlaßt, wieder in sein Vaterland zurückzukehren. Alle in jähle sich Rasi gewachsen, nur nicht der Pein der Unterjuchunghaft...

Wie geht es nun zu, daß man gestern Abend zur Verhaftung des Angeklagten geschritten ist? Hat man Rasi und seine Verteidiger, hat man die Presse und die öffentliche Meinung geflissentlich falsch informiert, um Rasi ins Reg zu locken, oder ist die Verhaftung nicht zu Recht geschehen? — Wir zögern nicht, uns der zweiten Ansicht anzuschließen. Der Senatspräsident ist mit allen richterlichen Befugnissen ausgestattet und kann alle Maßnahmen treffen, die ihm zur Feststellung der Wahrheit nützlich erscheinen. Er kann also ohne Zweifel auch Haftbefehle erlassen. Aber trotzdem hat er — ebensowenig wie die gemeinen Gerichte — das Recht, einen Deputierten während der Kammeression verhaften zu lassen! Die ohne Autorisation der Kammer erfolgte Verhaftung Rasis halten wir demnach für eine Verletzung der parlamentarischen Privilegien.

Nun hat allerdings das italienische Parlament vor drei Jahren bereits die Autorisation zum Strafverfahren gegen Rasi und zu seiner Verhaftung gegeben. Durch diese Autorisation wurde die Reihe von Maßnahmen eröffnet, die in der Inkompetenzklärung der gemeinen Gerichte ausliefen. Aber diese Inkompetenzklärung hob alle Rechtsakte auf, die zu ihr geführt hatten, auch die von der Kammer erteilte Autorisation. Wollte man das in Abrede stellen, so wäre das fernere Verhalten des Parlaments nicht zu erklären. Denn wenn die damals erteilte Autorisation noch heute in Kraft wäre, dann könnte die Kammer noch heute — ungeachtet der Inkompetenzklärung — Rasi den gemeinen Gerichten übergeben. Statt dessen hat die Kammer aber den Fall einer neuen Prüfung unterzogen und ihn auf Grund dieser neuen Prüfung dem Senat zur Aburteilung überwiesen. Von einer neuen Autorisation zur Verhaftung war nicht die Rede. Die alte ist offenbar von der Kammer selber zurückgezogen worden, indem diese von der Ueberweisung an die gemeinen Gerichte abließ. Somit ist Rasi, trotz seines Parlamentsmandats und ohne „bei freier Tat ertappt“ zu sein, während der Session verhaftet worden, im Widerspruch zu den Bestimmungen der Verfassung.

Eine Stunde später als Rasi wurde auch Lombardo verhaftet, sein Privatsekretär, der des Ministers hohes Geiße gewesen sein soll.

Die Verteidiger Rasis haben sofort bei der Senatspräsidentenschaft beantragt, daß der Verhaftete entweder im Senatsgebäude oder auf der Engelsburg gefangen gehalten werde, da alle vor dem Senat Angeklagten bisher an einem dieser beiden Orte in Haft gehalten wurden, nicht im allgemeinen Gefängnis. Heute hat die Verteidigung sodann den Antrag auf Haftentlassung gegen Kaution gestellt.

Man mag über die Rechtmäßigkeit dieser Verhaftung denken wie man will, — jedenfalls ist es erfreulich, daß durch den Rasi-Prozess die ungeheuerliche Korruption in der italienischen Regierung wieder einmal öffentlich zur Sprache kommt. —

Rom, 18. Juli. Der Senatspräsident und die beiden Senatoren, die mit der Einleitung des Strafverfahrens gegen den früheren Minister Rasi betraut sind, haben im Gefängnis Regina Coeli zunächst den früheren Kabinettschef Rasis, Lombardo, vernommen. Rasi selbst wird heute nachmittags vernommen werden.

Rom, 18. Juli. (V. H.) Wie aus Sizilien berichtet wird, nimmt die Aufregung infolge der Verhaftung des früheren Ministers Rasi immer mehr zu. Es soll die Absicht bestehen, das Beispiel der französischen Winger zu befolgen und die Steuerzahlung zu verweigern sowie das politische Leben zu unterbinden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juli 1907.

Wahlpolitik und Wahlrechtsreform.

Während sich der Freisinn auf halbe und unverbundene Versprechungen der Regierung verläßt und geduldig des Gnadengeschenk hart, das ihm Fürst Hilow in Gestalt eines preussischen Wahlreformgesetzentwurfes darbringen soll, überbietet sich die Konservativen täglich in Drohungen und Einschüchterungsversuchen. So schreibt eine konservative Korrespondenz:

„Es ist jüngst gesagt worden, die Wahlrechtsfrage müsse in Preußen die Fahne sein, um die der Liberalismus sich sammeln und die er verteidigen müsse. Es scheint, als wolle die liberalen Parteien eine Kabinettsfrage hieraus machen und den Kampf den anderen Parteien aufdrängen. Auch die Regierung in Preußen scheint eine merkwürdige Schwäche zu beweisen und will den liberalen Forderungen entgegenkommen. Unter diesen Umständen ist es nützlich und gut, die Frage zu stellen: Wohin soll der Kurs für die Zukunft gehen?“

Der Liberalismus verspricht sich viel von einer Wahlrechtsänderung in Preußen. Wie haben jüngst versucht, auseinanderzusetzen, wie gering seine Vorteile wären und wie sehr er die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen würde. Jucifellos wird beabsichtigt durch Wahlrechtsänderungen in Preußen die Kraft der Parteien der Rechten zu brechen. Eine solche Absicht ist klar und muß bei einem Bundesgenossen verstimmen. Auch die Regierung soll nicht davor zurückschrecken wollen, den festen Boden dieser Parteien zu erschüttern; damit verliert sie, wie man in Sachen beobachten kann, die Luft zwischen Konservatismus und Liberalismus. Wahlpolitik ist eine zarte Blume, sie wird geboren am 25. Januar, geboten aus einem Zufallssteg, der so manchen verblüfft hatte. Diese Wahlpolitik hatte bisher niemanden recht befriedigt, von beiden Seiten wurden Opfer verlangt. Zur Not bestand sie drei Monate im neuen Reichstage, aber an eine neue Aera glaubte niemand. Die nächste Tagung wird größere sozialpolitische Aufgaben bringen, Aufgaben, die den Wahlpolitikern manche Ruh zu Inaden geben werden. Die neuen Gesetze sollen liberalen Wünschen angepaßt werden, und konservative sollen, um die Eintracht nicht zu stören, selbstlos zurückgestellt werden.

Diese Politik der Festigung konservativer Ideen soll noch in Preußen durchgeführt werden. Wohlan, wohin dies führen muß, ist klar. Die Wodides geht schlaglich in die Brüche, einmal muß es doch so kommen, eine Wahlrechtsreform würde diesen Bruch aber beschleunigen. Ist der Bruch erst einmal vollzogen, so liegt die weitere Existenz der Dinge klar vor Augen. Die konservativen Parteien, werden dem alten Bundesgenossen, dem Zentrum, in die Arme getrieben. Eine wirkliche Feindschaft zwischen ihnen besteht nicht, dazu ist die Zentrumspartei im allgemeinen eine zu konservative und staatsbehaltende Partei. Es dürfte denn auch die Frage aufstehen, wäre es nicht besser, wieder nach der früheren Marschroute zu marschieren, nachdem das Zentrum aus seiner dominierenden Stellung verdrängt, nachdem das von der Regierung selbst aufgelegte Zentrumsgesetz gebrochen war?“

Die linksfreisinnige „Volks-Ztg.“ entgegnet darauf: „Der Liberalismus, der sich durch solche Märgen und durch solche „Drohungen“ davon abhalten ließe, einen energischen Vorstoß gegen das Dreiklassenwahlrecht zu unternehmen, wäre nicht wert, zu existieren.“

Sehr richtig! Aber es wäre nun auch allerhöchste Zeit, daß der Freisinn solch einen „energischen Vorstoß“ unternehme! Bisher hat er doch nur der jenseitigen Welt verkündet, daß die Regierung gnädigst geruhen wolle, eine Wahlreform zu beschließen — wobei das Wauu und Wie völlig im Dunkel gelassen worden ist!

Es wäre in doppelter Beziehung geboten, daß der Freisinn nun auch seinerseits energisch ins Zeug ginge und einen Wahlrechtssturm inszenierte! Einmal beweise das der Regierung, daß der Freisinn nicht wieder die Rolle des Genadjährten spielen will, und eine solch unzweideutige Willensbekundung wäre den konservativen Einschüchterungsversuchen gegenüber nur zu sehr am Platze. Zweitens aber böte die Entfesselung einer Wahlrechtsbewegung im Volke dem Freisinn die Möglichkeit, auch das Zentrum für die Wahlreform derartig zu engagieren, daß den Konservativen gar nicht die Möglichkeit bliebe, sich wegen eines Wahlrechtskonflikts mit dem Zentrum gegen den Freisinn zu verbinden!

Ob der Freisinn sich endlich der Situation gewachsen zeigen wird? —

Polen-Anskauf.

Der Regierung schein die Erörterungen der Presse über die für die nächste Tagung des preussischen Landtages bestimmte Ostmarken-Vorlage sehr unbequem zu sein; denn die „Berl. Pol. Nachr.“ veröffentlicht folgende offiziöse Notiz:

„An den jetzt wieder hervortretenden Erörterungen der Presse über die angelegte Gestalt der schon in der Thronrede bei der Eröffnung der letzten Landtagstagung angekündigten weiteren Vorlage zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken ist so viel richtig, daß von den zuständigen Behörden in den zweisprachigen Landesteilen im Interesse wirksamer Fortführung der Ansiedlungspolitik die Gewährung eines erweiterten Enteignungsrechts für die Aufgaben der Ansiedlungskommission befürwortet worden ist. Ueber diese Anregung sind einflussreiche Politiker der verschiedensten Richtungen in beiden Häusern des Landtages sondiert worden. Das Ergebnis der Ermittlungen war den Absichten der erwähnten Behörden in den Ostmarken nicht günstig. Es ist daher nicht nur von der Einbringung der zuerst in Aussicht genommenen Vorlage für die nächste Tagung Abstand genommen, es ist auch die Wahl eines anderen Weges zur Förderung der Landpolitik der Regierung als der der Verstärkung des Enteignungsrechtes, wie er von der Ansiedlungskommission angeregt worden, in Aussicht genommen. Die rechtlichen und praktischen Schwierigkeiten, die mit der Wahl einer solchen anderen Sachbehandlung notwendig verknüpft sind, haben nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministers in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses auch den Ausschlag zur Verschiebung der Vorlage bis zur nächsten Tagung gegeben. So liegen die Dinge. Es ist daher kein ausreichender Grund vorhanden, sich, wie es in einem Teile der Presse geschieht, jetzt wegen der in der nächsten Tagung zu gewärtigenden Vorlage aus Gründen der inneren und der äußeren Politik zu beunruhigen.“

Die „Berl. Pol. Nachr.“ sagen nicht, daß die Enteignungspläne aufgegeben sind, auch nicht, welcher Art der gewählte „andere Weg“ zur Förderung der von der Regierung betriebenen Antikarnidelpolitik ist; sie weiß nur, daß kein Grund zur Beunruhigung über den von der Regierung für die nächste Landtagstagung bestimmten Befehlentwurf vorliegt. Ein Dementi, das an Nativität nichts zu wünschen übrig läßt. —

Abschiebung eines Oesterreichers.

Wir teilen kürzlich mit, daß ein Oesterreicher, der Wuchhinder Lustig, polizeilich sistiert und ihm die Abschiebung angedroht wurde. Lustig ist verheiratet, lebe seit 1892 in Berlin, stand zur Zeit der Verhaftung in Arbeit und ist Vater von vier unmündigen Kindern. Strafbares hat er sich nicht zuschulden kommen lassen. In Polizeigewahrsam wurde er lediglich deshalb genommen, weil — er anarchistischer Gesinnung ist. Dieser Tage ist nun Lustig, wie uns mitgeteilt wird, nach Oesterreich abgeschoben worden. Er wurde, von zwei Polizeibeamten eskortiert, nach Oberberg gebracht, dort von der österreichischen Polizei in Empfang genommen und nach Czernjow, seiner Vatergemeinde, gebracht. Auf die gegen die Verhaftung und die Anbringung einer Abschiebung von der Ehefrau eingelegte Beschwerde ist bis heute noch kein Bescheid erteilt. Die Gemeinamkeit des Vorgehens der österreichischen und preussischen Behörden läßt die Ungerechtigkeit des geschickten Vorgehens noch krasser hervortreten. Es scheint, als ob gewisse spezialistische Kreise das Gespenst einer internationalen Anarchistengefahr zur Verdeckung reaktionärer Pläne notwendig gebrauchen! —

Die Kultur-Liga.

Der von der vatikanischen Presse der „Freimaurerei“ und der Untergrabung der Autorität des sogenannten heiligen Stuhles beschuldigte „Katholische Kulturbund“ zu Münster hat wider Erwarten doch den Mut gefunden, sich gegen die erhobenen Anschuldigungen zu wehren. Allerdings sehr weit reicht dieser Mut nicht; im wesentlichen beschränken sich die „Kulturbündler“ auf die Versicherung, daß ihnen jeder Angriff auf die Autorität der Kirche, d. h. Roms, fernliegt. In der von ihnen an verschiedene Zeitungen gesandten Erklärung heißt es:

1. Aus den bisher veröffentlichten Schriftstücken und Erklärungen ergibt sich ohne weiteres, daß es eine Entstellung der Wahrheit ist, wenn man uns die Absicht einer Trennung von der Autorität der Kirche unterschiebt.
 2. Unsere Absicht, gemäß dem dringenden Rufe wohlwollender Katholiken, den Bittschrift nicht nur zunächst den Bischöfen, sondern gleichzeitig auch Seiner Heiligkeit in Rom zu überreichen, kann um so weniger befremdlich erscheinen und ist um so korrekter, als:
 - a) der unmittelbare Weg zum hl. Vater bislang jedem Katholiken jederzeit von Rechts wegen zustand und
 - b) angesichts der Beteiligung verschiedener Diözesen und Länder Rom als die einzige gemeinsame Instanz aller von vornherein notwendig mitberücksichtigt werden mußte.
 3. Jeder Katholik, der Geistliche und auch der Laie, hat nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte. So ist jeder Laie unter anderem berechtigt, zu erlaubten Zwecken mit anderen Laien zusammenzutreten, ohne grundsätzlichen Ausschluß des Klerus die Pflege des Laienapostolats zum Gegenstand seiner Pläne und Unternehmungen zu machen, als Sohn der heiligen Kirche vertrauensvoll Bittschriften an den heiligen Vater vorzubereiten und durch Organisation das Gewicht der für seine Anliegen gesammelten Unterschriften zu erhöhen.
- Jede Verkümmern dieser Rechte liegt der kirchlichen Autorität fern und widerspricht ihrem Lebensinteresse. Es muß also schon der Versuch, unser Vorgehen als unrechtmäßig hinzustellen, als ein völlig unfürsorgliches Unterfangen zurückgewiesen werden.
4. Aus der Geheimhaltung des ganzen Unternehmens kann irgend ein begründeter Vorwurf nicht hergeleitet werden, denn schon die bisherigen Folgen des unverantwortlichen,

gewissen- und charakterlosen Vertrauensbruchs müssen jeden Einsichtigen mit zwingender Notwendigkeit davon überzeugen, daß durch die Auslieferung an die Oeffentlichkeit eine schwere Schädigung kirchlicher Interessen eingetreten ist.

5. Jede sachliche Kritik ist uns in der vorhandenen verantwortungsvollen Lage besonders willkommen und wird der endgültigen Fassung der Bittschrift zugute kommen.

6. Wir erklären uns in allen unternommenen Schritten solidarisch und bemerken, daß nur diejenigen öffentlichen Erklärungen und Ausführungen von uns stammen, welche ausdrücklich als authentisch bezeichnet oder aber mit unserem vollen Namen versehen sind.

7. Endlich bitten wir um positive Mitarbeit auf der bereits gewonnenen breiten und stets fruchtbar fortentwickelten Basis. Münster, den 16. Juli 1907.

Zustigrat Hellraeth, Assessor Dr. ten Hompel, Professor Dr. Pfahmann, Schmedding, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Prof. Dr. Schwoering.

Klassengegenstände im Zentrum.

Im „Bayerischen Vaterland“ hat sich jemand im Sinne des Zentrumsgewerkschaften beim für die Organisation der Landarbeiter ausgesprochen. Darauf antwortet in demselben Blatte ein Bauer wie folgt:

„So große Achtung und Verehrung ich für Dr. Heim habe, mit dieser Idee bin ich ganz und gar nicht einverstanden, denn unsere heutigen Dienstboten sind ohnehin schon organisiert, von denen ist einer allein schon eine ganze Bande. Solche Dienstboten, wie Dr. Heim im Sinne hätte, organisatorisch heranzuziehen, treue und ordentliche zur Herrschaft haltende Dienstboten, findet Dr. Heim in einem Bezirk kaum nicht so viele zusammen, daß er auch nur einen ganz kleinen Verein gründen kann. Die Bauern vertrauen sich zu ihren Geistlichen über diese Idee selten etwas zu sagen, weil die Bauern erstens auf Dr. Heim und zweitens auf die Geistlichen, welche auf Dr. Heim schwören, große Stücke halten. Aber Dr. Heim sollte einmal seine eigenen Bauern hören, wenn sie unter sich sind, wie sie da, Bauern zu Bauern, über die Idee des sonst auch von mir hochverehrten Dr. Heim losstehen.“

So äußern sich Zentrumsbauern gegenüber Organisationen, die von vornherein auf den Streik verzichten und versichern, daß ihre Bestrebungen sich in den bestehenden Grenzen halten sollen. Es ist doch schon bestellt mit der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ und der „christlichen Bruderliebe“ im Zentrum. So hatten, wie die „Kölnische Volkszeitung“ mittelst, im Regensburger Bezirk einige im christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verbande organisierte Landarbeiter, die bisher im Winter 1,20 bis 1,50, im Sommer 1,50—1,60 M. verdienten, gewünscht, daß im Winter der Durchschnittslohn 1,50, im Sommer 1,80 M. betragen solle, wobei natürlich die heute bezahlten höheren Löhne bestehen bleiben sollten. Es handelte sich also, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, nicht um eine Lohnhöhung, sondern um eine Lohnregelung. Nichtsdestoweniger lehnten die Gutsherrn im frommen Regensburger Lande jede Verhandlung mit den Arbeitern ab.

Zentrumsparade.

Der nächste Reichstagsstag wird durch das Lokalkomitee zur Vorbereitung „der 54. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands“ zum 25. bis 29. August nach Würzburg einberufen. In dem völlig im bekannten Redesil der Katholikentage gehaltenen biederreichen Aufzug heißt es:

„Glanzvoll, einem mächtig anschwellenden Strom gleich, haben sich die Generalversammlungen der letztvergangenen Jahre in Straßburg und Essen gestaltet; die altberühmte Hauptstadt unserer Reichslande und die gewaltige Zentrale deutschen Industrielebens in den Rheinlanden hatten ihre ganze Kraft aufgeboten, um bei erstmaliger Abhaltung der Versammlung in ihren Mauern alle früheren zu überflügeln. Ein gewisses Wangen mußte sich deshalb in unserer Stadt Würzburg unwillkürlich der vorberatenden Kreise bemächtigen, ob man es mit unseren viel beschiedeneren Kräften werde wagen dürfen, die unmittlere Nachfolge zu übernehmen. Allein der vielfach ausgesprochene Wunsch nach einer Versammlung, die weniger kolossal in der äußeren Gestaltung, um so mehr der ruhigen Weiterarbeit an ihren inneren Aufgaben gewidmet sein sollte, verließ den Mut, das ehrenvolle Ansehen gerne anzunehmen.“

In unaufhaltsam fortschreitender Bewegung, vielfach mit wahrer Sturmsgewalt vollzieht sich die Entwicklung des modernen Lebens nach allen Richtungen hin. Aber bei aller Größe dieser Erscheinungen und Ertrungenheiten wird die sinnende Menschenseele unwillkürlich nur um so mehr von Sehnsucht nach dem Weiblichen und Ewigem erfüllt, und wie nur eben gegenüber der wechselnden Flucht der irdischen Erscheinungen auch diesem Gedanken vom Standpunkt unserer christlich-katholischen Welt- und Lebensanschauung aus zu seinem unüberwindlichen Rechte zu verhelfen sei, um die geheimnisvollen Fäden, die Zeit und Ewigkeit mit einander verbinden, nicht zerreißen zu lassen, das bildet, wie in erster Linie die Aufgabe unserer kirchlichen Heilsordnung, so auch in innigem Zusammenhang damit den unerlöschlich reichen und vielfältigen Gegenstand des Gedanken-austausches auf unseren Generalversammlungen.“

Unter dem Aufzug sehen die Namen dreier Mitglieder des Lokalkomitees, nämlich der Universitätsprofessoren Dr. Hehn, Dr. Kieß und Dr. Merkle. Sie haben es, wie aus Würzburg gemeldet wird, in Anbetracht des Papstschreibens an Commer für wichtiger gehalten, aus dem Komitee auszutreten. —

Jusangels Rache.

Dem Papst ist in seinem Kampfe gegen die „Kultur-Liga“ ein Helfer erstanden. Johannes Jusangel, der ehemalige Zentrumsgewerkschaftler, bringt in seiner „Westdeutschen Volkszeitung“ den Nachweis, daß er ein treuer Anhänger der päpstlichen Autorität ist, als die führenden Leute des Zentrums, die ihn kalt gestellt haben. In einem Artikel, überschrieben „Der Feld Petri“, heißt es:

„Einen ganz eigenartigen Eindruck macht die Stellungnahme fast der gesamten katholischen Presse gegenüber dem Einschreiten Roms in der Münsterschen Angelegenheit. Zuerst war man geneigt, die unangenehme Geschichte überhaupt in Abrede zu stellen, da dies nicht weiter angängig ist, stellt man sich auf den Standpunkt des „viel Lärm um nichts“. Hierin liegt ein sehr schwerer Vorwurf gegen die kirchlichen Organe, welche den Papst zum Einschreiten veranlassen. Der hl. Vater macht nicht „viel Lärm um nichts!“ Er hat sehr wohl gewußt, was er tat, als er die „Kulturgeschlichter“ zur Ordnung rief, und es ziemt sich nicht für die katholische Presse, wenn auch nur verhält, gegen die Entscheidung des Papstes Stellung zu nehmen. Die Wühlerei dauert schon weit über ein Jahr; die Bewegung hat weitere Kreise ergriffen als das katholische Volk allein; ein Teil seiner Führer, darunter vielgenannte Abgeordnete, Schriftsteller, Professoren, Richter, Aerzte usw., ist an der Unruhe beteiligt.“

Jusangel nennt es eine bedauerliche Ueberhebung, wenn sich die geplante Organisation als „Kulturgesellschaft“ bezeichne. Hüterin und Trägerin der Kultur sei seit den Tagen der Völlerwanderung die Kirche, sie sei dieser Aufgabe bis heute nicht untreu geworden, und es bedürfe zur Pflege der Kultur keiner besonderen Gesellschaft. Ungeordnetlich peinlich berühre außerdem der Umstand, daß die Geistlichkeit von der

Organisation ausgeschlossen bleiben sollte, offenbar, weil man mit der Möglichkeit feindlicher Zusammenstöße mit Papst und Bischöfen rechne.

„Eine Gesellschaft, die so offen den Kampf gegen die höchsten kirchlichen Autoritäten organisiert, darf keinen Platz finden im Schoße der Kirche. Der Papst hat recht, wenn er gegen solche Bestrebungen schon in ihren Anfängen mit größtem Nachdruck einschreitet.“

Fusangel rächt sich, wie man sieht, für Aensberg-Opfer-Nachbete. Die Führer des Zentrums haben ihn als Abgeordneten fast gestellt, indem sie an seiner Parteitreue zweifelten. Dafür schlenkert Fusangel den Mann gegen die Zentrumsführer und denunziert sie als Verräter der höchsten kirchlichen Autorität. Eine schöne Seele. —

Oesterreich.

„Luegers „Jubiläumsantrag“ ist einem Wohlgelehrten Ausschuss übergeben. Wie wir aus dem Berichte unseres Wiener Bruderblattes ersehen, muß der christlich-soziale Parteiführer seinen Antrag in reichlich reaktionärer Weise begründet haben, denn die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt:

„Lueger ... schilderte die Reform in einer Weise, die einer Feindseligkeit gegen die Versicherung der Arbeiter ziemlich nahe kam ...“

Man kann in der Tat die „schöne Geste“ Luegers bewundern, ohne von dem Drum und Dran entzückt zu sein. Schreibt doch sogar die „Neue Freie Presse“ das folgende:

„Es wäre gewiß ein glücklicher Gedanke, wenn ein Werk, wie die Alters- und Invaliditätsversicherung, mit dem sechzigjährigen Regierungsjubiläum des Kaisers verknüpft werden könnte. Wir fürchten nur, daß bei dem heutigen Stande der Vorarbeiten die zur Verfügung stehende Zeit physisch nicht ausreicht. Der Vorschlag des Abgeordneten Lueger aber erscheint als dilettantenhafter Agitationsantrag, der nur den Zweck hat, vor den Massen zu kumulieren, dem aber jeder praktische Wert abgesprochen werden muß.“

Und fürwahr! Wers ehrlich mit den arbeitenden Ständen meint, der braucht nicht das 60jährige Regierungsjubiläum eines Monarchen abzuwarten, um einer „Franz-Josef-Stiftung“ für greise und invalide Opfer des Kapitalismus das Wort zu reden. Und was sind schließlich — so groß sich die Summe anhört — einhundert Millionen Kronen? Kaum ein Tropfen auf den heißen Stein des Proletariats; denn man darf doch nicht vergessen, daß nur die Zinsen der Summe verwendet werden können, wenn wirklich — wie Lueger so schön sagte — die „Wohltat“ (!) auf „ewige Zeiten (!) in Wirkung bleiben soll.“

Uebrigens werden bereits offiziöse Depeschen lanziert, die darauf berechnet sind, die Enttäuschung über die „Segnungen“ des „Jubiläumsantrages“ nicht allzu plötzlich in die Salme schießen zu lassen. Eine jener Meldungen lautet:

Wien, 18. Juli. Lueger erklärte bezüglich seines Antrages, betreffend eine Stiftung von hundert Millionen Kronen für die Alters- und Invaliditätsversicherung, der Staat solle in staatlichen Wertpapieren hundert Millionen Kronen erlegen und habe lediglich die Aufgabe, die Kupons dieser Papiere zugunsten der Institution einzulösen.

Womit nicht allzu viele Tränen getrocknet werden dürfen. —

Dänemark.

Die Regierung der Kapitalisten.

Am Montagabend ist die Entscheidung des Ministers des Innern in dem Konflikt zwischen Bürgerrepräsentation und Magistrat Kopenhagens wegen Verdrängung der Straßenbahnen eingetroffen. Sie ist im Sinne der Magistratsmehrheit und der Straßenbahnkapitalisten ausgefallen! Minister Sørensen sucht die Begünstigung des Privatkapitalismus und die Mißachtung des Willens der vom Volke gewählten Gemeindevertreter mit der Behauptung zu verschleiern, daß die Regierung auf Grund der Kommunalverfassung von 1857 nur in dringlichen Fällen, die sofort erledigt werden müssen, über Streitigkeiten zwischen Gemeindevertretung und Magistrat zu entscheiden habe. Das ist jedoch Blunkelei. Tatsächlich haben die Liberalen der fünfziger Jahre die hier maßgebende Bestimmung getroffen, damit in Konfliktfällen der wiederholte Beschluß der Gemeindevertreter auch gegen den Willen des Magistrats Geltung erhalten sollte. Aber die jetzige „liberale“ Regierung muß doch ihre reaktionäre Treiben auf irgend eine Weise vertuschen. —

Die ministerielle Entscheidung sowie die Begünstigung des Privatkapitalismus durch die Liberalen im Magistrat und zum Teil auch in der Gemeindevertretung bieten im übrigen unseren Parteigenossen eine neue Handhabe zur Bekämpfung der Reaktion in Staat und Stadt. Sie werden dafür sorgen, daß über drei Jahre, wenn der Vertrag mit der Straßenbahngesellschaft wiederum gekündigt werden kann, Magistrat und Bürgerrepräsentation so zusammengesetzt sind, daß man einer ministeriellen Entscheidung nicht mehr bedarf.

Schweden.

Klassenjustiz.

In Sandö im schwedischen Nordland kam es am Himmelfahrtstage zu einer großen Demonstration gegen eine Anzahl Streikbrecher, die einem Sägewerkunternehmer dazu dienen sollten, seinen alten Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben. Herausforderndes Benehmen der Streikbrecher verleitete die Demonstranten zu Ausschreitungen. Man unternahm einen Angriff auf die Streikbrecherkaserne. Die Polizei kam herzu, und da geschah das Unglück, daß der Polizeioberst durch eine Holzlatte, die irgend jemand gemorfen hatte, verwundet wurde. Massenverhaftungen und ein langwieriger Strafprozeß waren die Folge. Gegen 27 der 31 Angeklagten wurde Ende voriger Woche das Urteil gesprochen, und drei von ihnen, die das Gericht als die Anführer des Aufstands ansah, wurden zu der ungeheuerlichen Strafe von acht Jahren Strafarbeit verurteilt, acht Angeklagte zu Strafarbeit von zwei bis zu acht Monaten, acht weitere zu Gefängnisstrafen und ebenfalls acht, von denen vier über einen Monat in Untersuchungshaft gefesselt hatten, wurden freigesprochen. Vier Angeklagte hatten noch ihres Urteils, sind jedoch, soweit sie verhaftet waren, auf freien Fuß gesetzt.

Die barbarischen Strafurteile, in deren Wortlaut deutlich hervorgehoben wird, daß die Ursache des Aufstandes, die Streikbrecher zur Arbeitsüberlegung zu veranlassen, als ein sehr erschwerender Umstand angesehen wurde, können schließlich nur dazu dienen, die Arbeiterschaft über die Natur der Klassenherrschaft immer gründlicher aufzuklären, sie anzuspornen, mit zweckmäßigen Mitteln, aber um so größerem Eifer ihren Kampf fortzuführen.

Die russische Revolution.

Die Mordregierung.

Moskau, 18. Juli. (Russ. Korr.) Graf Suchschobden, Beamter für besondere Aufträge beim hiesigen Generalgouverneur, hat, wie ich zuverlässig erfahre, vor dem Untersuchungsrichter zugegeben, daß Kasanzew, der Anführer des Nordes von Jollos, sein Agent gewesen sei, „um revolutionäre Attentate zu verhindern“. — Er habe ihm auch Geld gegeben. — Ferner erfahre ich, daß dokumentarische Beweise vorhanden sind, aus denen hervorgeht, daß das hiesige Schwarze Hundert mit Erlaubnis der Regierung Waffen, Revolver, Dolche und Säbel, ausgeliefert erhielt und alsdann an seine Mitglieder verteilte.

Die Wahlbewegung.

Petersburg, 18. Juli. Der Verband acht russischer Leute beginnt in die Wahlbewegung einzutreten. Durch eine Deputation an den Zaren, an der die Verachteten Führer Dubrowin und Graf

Konotownin sowie Provinzgeistliche teilnahmen, soll erneut die Patronage des Staatsoberhauptes für den Verband öffentlich erhärtet werden! Unter Vorsitz von Konotownin und Kuschewan soll am 21. Juli hier die erste große öffentliche Wählerversammlung stattfinden.

Aus dem Osten gelangen überaus beunruhigende Nachrichten von hiesigen Klüften Herber. In einzelnen Gegenden im Osten ist die Verunreinigung so groß, daß die Kaufleute ihre Geschäfte liquidieren.

Ein Jahr später —

Petersburg, 17. Juli. Nach Beendigung der Voruntersuchung durch den Untersuchungsrichter ist heute wegen des von Deputierten der ersten Reichsduma am 23. Juli 1906 in Wiborg verfaßten Antrages an das Volk beim hiesigen Appellhof Klage erhoben worden. Nach der Anklageschrift werden 169 Abgeordnete unter der Anschuldigung, ein Staatsverbrechen begangen zu haben, gefänglich verfolgt.

Gelatomben.

Petersburg, 18. Juli. Gestern sind 312 politische Gefangene, darunter 38 Matrosen und Soldaten, nach Sibirien in die Verbannung abgeführt worden.

Finanzgüte.

Die vom russischen Finanzministerium gewählte besondere Kommission beschloß sodann, die elektrische Energie und das Leuchtgas zu besteuern.

Der „Tyran des Mittelalters“.

Der Telegraph brachte die Nachricht, daß in Alexandropol am 16. d. M. auf den General Michanoff ein Bombenattentat ausgeführt worden ist, wobei dieser getötet wurde. Dieser Anschlag ist den Verhältnissen in dem noch immer brodelnden Kaukasus keineswegs überraschend gekommen, denn Michanoff, auf den bereits vor einem Jahre ein Bombenattentat verübt wurde, hat sich als Vertreter des Statthalters Grafen Woronzoff-Daskoff schon seit längerer Zeit durch sein unglaublich scharfes Vorgehen unumgänglich gemacht. Wie sehr sich in dieser Beziehung der General Michanoff „auszeichnete“, das geht daraus hervor, daß er nicht anders als „Tyran des Mittelalters“ genannt wurde.

Michanoff hatte in der letzten Zeit u. a. eingeführt, daß man ihn mit tiefer Verbugung begrüßen mußte; wer dies unterließ, wurde von den zahlreichen Kosaken, die ihn stets begleiteten, zum Krüppel geprügelt. Wo die unter dem Zerstückungsmerk der Strafexpeditionen noch feuchenden Bauern rückständige Steuern zu zahlen hatten, erschieß Michanoff plötzlich selbst und hielt an die versammelte und von Kosaken umringelte Menge nachfolgende stereotypische Rede: „Ich rede zu Euch mit Worten und erkläre Euch: Falls Ihr in drei Tagen die Steuern nicht bezahlt, dann wird der Oberst Sawriloff kommen und mit Kanonen zu Euch sprechen!“

Doch nicht nur gegen das einfache Volk zeigte sich General Michanoff so rabiat, sondern er machte auch höheren Verwaltungsbeamten gegenüber kein Federlesen. So ließ er einmal den Gouverneur von Kutais, Dschezly, dafür verhaften, daß dieser die Anklagen Michanoffs in bezug auf die wegen politischer Vergehen Inhaftierten nicht teilte! Die unter der Zeitung Dschezlys tagende Kommission war nämlich zu dem Entschluß gekommen, daß alle Personen, die ohne jeglichen gesetzlichen Grund in Gefängnissen schmachten, freigelassen werden müßten. General Michanoff lehnte jedoch alle Beschlüsse ab, und als Dschezly Einwendungen dagegen machte, wurde er einfach für verhaftet erklärt und sofort in Arrest genommen. Selbst dem Statthalter Grafen Woronzoff-Daskoff kostete es viel Mühe, diesen peinlichen Konflikt wieder gut zu machen. Michanoff aber führte seine Scherzrolle im Kaukasus trotz der ihm häufig gewordenen Drohungen fort, bis die Bombe sein Leben endete.

Aus der Partei.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt:

Ein Besuch. In Nr. 66 der „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“, die vor einigen Wochen erschien, war ein in der Form ebenso ungehöriger wie in der Sache grundloser Angriff auf den Parteivorstand enthalten. Darauf ertheilte der Parteivorstand in „Vorwärts“ eine ebenso berechnete wie gekliffene Antwort. In der Nr. 67 der „Mitteilungen“ veröffentlicht nun der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse eine längere Auseinandersetzung, die damit schließt, dem Verfasser der Notiz, dem Genossen Ziele, einen formellen und sachlichen Tadel zu erteilen, zugleich jedoch zu bedauern, daß „der Parteivorstand in so verlegender Weise öffentlich im „Vorwärts“ den Angriff zurückgewiesen“ habe und dann noch hinzuzusetzen:

Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse hält die Mitteilungen für ein vertrauliches Organ, lediglich für einen engeren Parteifreis bestimmt. Er muß sich dagegen wenden, daß Artikel der Mitteilungen, bei deren Abfassung der Verfasser unter dem Eindruck steht, nicht für die Öffentlichkeit zu schreiben, ohne weiteres zum Gegenstand öffentlicher Diskussion gemacht werden.

In derselben Nummer der Mitteilungen veröffentlicht die Redaktion der Mitteilungen nun aber einen Entwurf, der für die Zukunft der Parteipresse von verhängnisvoller Bedeutung werden kann und „namentlich“ darauf hinausläuft, die Befugnisse des Parteivorstandes zugunsten des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse einzuschränken, von dem beiläufig an anderer Stelle gesagt wird, daß seine Zusammenkunft dem Zufall zu verdanken sei. Die Redaktion der Mitteilungen bemerkt zu ihrer Veröffentlichung:

Wir veröffentlichen nachstehenden Entwurf mit der Absicht, die darin berührten Fragen in den Mitteilungen zur klärenden Diskussion zu stellen und gleichzeitig der Hauptversammlung unseres Vereins vorzulegen, auf der die Fragen eingehend erörtert werden sollen. Der Vorstand ist bereit, zur Förderung der Aussprache die Mitteilungen bis zur Hauptversammlung des Vereins in schnellerer Folge erscheinen zu lassen; die Kollegen werden gebeten, sich eingehend über den Entwurf anzulassen.

Wieder an anderer Stelle in dieser Nummer der Mitteilungen wird die Hauptversammlung des Vereins Arbeiterpresse für den 14. und 15. September nach Essen einberufen, mit der ganz neuen Bestimmung, daß den auswärtigen Mitgliedern des Vereins, die den am 15. September beginnenden Parteitag besuchen, 10 M. Diäten aus Vereinsmitteln gewährt werden, wenn sie schon am 14. September den Verhandlungen der Hauptversammlung beiwohnen.

Wir versagen uns einstweilen jedes kritische Wort über den Entwurf, da der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse die Artikel der Mitteilungen nicht „ohne weiteres“ zum Gegenstand öffentlicher Diskussion gemacht wissen will. Dagegen sind wir der Ansicht, daß sofort „weiteres“ zu veranlassen, das heißt, der Entwurf zu veröffentlichen ist. Es widerspricht allen Ueberlieferungen der Partei, daß solche bis ins kleinste ausgearbeiteten und tief in die Organisation der Partei einschneidenden Entwürfe „vertraulich“ und in „engerem Kreise“ wochen- und selbst monatlang vorbereitet, dann am Vorabend des Parteitages „eingehend“ erörtert und nun sofort dem Parteitag selbst vorgelegt werden, dessen Mitglieder in ihrer großen Mehrzahl — wegen der technischen Natur der Fragen, die dabei ent-

scheidend mitzuspähen — gar nicht in der Lage sind, auf der Stelle ein sachverständiges Urteil zu fällen.

Wir eruchen deshalb den Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, den in Nummer 67 der Mitteilungen enthaltenen Entwurf durch Veröffentlichung in der Parteipresse der Gesamtpartei zur sorgfältigen Prüfung zu unterbreiten; wir rechnen um so sicherer darauf, als wir nicht daran zweifeln, daß der Entwurf nur entstanden ist, um nach bestem Wissen und Gewissen das Interesse der Partei zu fördern, und als die Redaktion der Mitteilungen selbst eine „klärende Diskussion“ wünscht, die unseres Erachtens eben nur in der Öffentlichkeit der Gesamtpartei und nicht in den „vertraulichen“ Beratungen eines „engeren Parteitreffes“ vorgenommen werden kann.

Wir schließen uns den Argumenten unseres Leipziger Bruderblatts gegen die nichtöffentliche Diskussion des die Gesamtpartei sehr stark berührenden und interessierenden Entwurfs völlig an.

Mit dem internationalen Kongreß beschäftigten sich zwei Parteiverammlungen in Frankfurt a. M. Das einleitende Referat hielt Genosse Parteisekretär Rudolf; in der Diskussion sprachen u. a. die Genossen Duard, Köller, Dismann, Quint, Thomas, Hüttmann und Heiden. Alle Redner wünschten eine planmäßigere und schärfere Bekämpfung des Militarismus vom Massenhandpunkte des Proletariats aus, vor allem durch eine sozialistische Erziehung und Belehrung der Jugend. — Ueber die Kaiserfrage gingen die Meinungen bezüglich der Möglichkeit der Arbeiterruhe zwar etwas auseinander, im allgemeinen aber wurde die in Frankfurt seit Jahren herrschende Ansicht vertreten, daß die Arbeiterruhe einen wesentlichen Bestandteil der Kaiserfrage bilde und daß an ihre Befestigung nicht gedacht werden dürfe. — In bezug auf die Kolonialfrage herrschte Einmütigkeit über die Beurteilung der Kolonialgreuel und ihrer Ursache, des kapitalistischen Systems der Kolonisation. — Zum Thema: „Einwanderung und Auswanderung der Arbeiter“ wurde die Notwendigkeit betont, für Schutzmaßnahmen gegen das Streikbrecher- und Lohnrückerum kulturell tief stehender oder indifferenter Ausländer zu sorgen, damit Vorkommnisse wie beim Hafenarbeiter- und Seemannstreik in Hamburg unmöglich gemacht werden. — Die Forderung des Frauenstimmrechts wurde allseitig als eine Selbstverständlichkeit behandelt. Ein Antrag, die Frage einer internationalen Hilfsprache auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen, wurde angenommen.

Als Delegierte wurden die Genossen Gewerkschaftssekretär Dorfsch und Parteisekretär Dittmann gewählt.

Der zweite sozialistische Kongreß Rumäniens tagt gegenwärtig in Galaz. 87 Delegierte vertreten circa 7000 Mitglieder. Das Zentralorgan „Romania Muncitoare“ hatte vor den Bauernruhen eine Wochen-Auflage von 5500 Exemplaren. Infolge der Schikanierungen durch die Regierung und deren Handlanger sank die Auflage auf 4000. Die Einnahmen fürs Organ betragen im letzten Jahre 8800 Frank, die Ausgaben 8400 Frank.

Die Staatskunst der „liberalen“ Regierung führt ihr Mitleid an der Sozialdemokratie des Landes. Der Kongreß beschloß, dem Internationalen sozialistischen Bureau zu Brüssel folgendes Telegramm zu übersenden:

„Der 2. sozialistische Kongreß Rumäniens sendet durch Vermittlung des Internationalen Bureaus seine herzlichsten Grüße dem Proletariat der ganzen Welt.“

Dieses harmlose Telegramm wurde vom Unzufrester Telegrammenamt als „Gründen der Staatsräson“ nicht weiterbefördert! Auch sonst wurden dem Parteitag Schwierigkeiten in den Weg gelegt, so z. B. durch das polizeiliche Verbot einer zu Ehren der Delegierten geplanten Aufführung des Theaterstücks „Der Arbeiterstreik“. So sieht's in Rumänien — wie auf dem Kongreß hervorgehoben wurde — nach 41 Jahren „konstitutionellen“ Regimes aus! —

Soziales.

Die sechste Konferenz der internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose.

an deren Spitze Leon Bourgeois-Paris und Ministerialdirektor Althoff-Berlin stehen, findet in der Zeit vom 10. bis 21. September in Wien statt. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen wird die Frage der Infektionswege bilden. Aus dem Mitgliedskreise werden zu diesem Gegenstande außer dem Hauptreferenten Professor Waiselbaum-Wien referieren: v. Weizsäcker-Warburg, Calmette-Lille, Hild-Philadelphia, Flügge-Dreslau, W. Frankel-Berlin, Kirchner-Berlin, Kraus-Berlin, Orth-Berlin, Raw-Liverpool, Schy-Berlin, Sprond-Utrecht, Unterberger-St. Petersburg.

Ferner stehen auf der Tagesordnung die Angelegenheit für Tuberkulose (Referenten: Raw-Liverpool, Wigg-New York, Homboe-Christiania). Ferner die Frage der Heilstättenkosten (Referenten: Pannwitz-Berlin, Freund-Berlin, Rumpf-Eberstadt) und die Vorbereitungen für den Internationalen Tuberkulosekongreß in Washington 1908 (Referent: Hild-Philadelphia). Außerdem enthält das vorläufige Programm der Konferenz folgende Vorträge: Kasperling: „Ueber Tuberkulosemuseen als Mittel der Volksbelehrung.“ — Neubeder: „Die Tuberkulose nach ihren juristischen Beziehungen in rechtsvergleichender Darstellung.“ Berner: „Armeetuberkulose und Notes-Kreuz.“

Anfragen in bezug auf die Konferenz sind an den Generalsekretär der Vereinigung Professor Dr. Pannwitz-Charlottenburg, Anseledstr. 29, zu richten.

Leibesvisitation in einem Warenhaus.

Zum Grand Bazar in Frankfurt a. M. ereignete sich am Mittwoch voriger Woche ein Vorfall, welches die unpürbige Stellung des weiblichen kaufmännischen Personals in kapitalistischen Firmenbetrieben drastisch illustrierte. Auf Anordnung des ersten Direktors der Firma, eines früheren belgischen Obersten Depiere, wurden sämtliche 300 Verkäuferinnen beim Verlassen des Geschäftes einer Leibesvisitation unterzogen. Von zwei Aufsichtsdamen wurden ihnen die Taschen visitiert, Blusen und Nieder geöffnet, Unterleider und Strümpfe, ja sogar die Hemden untersucht und befüßt. Das geschah zum Teil in Gegenwart des Portiers, in dessen Zimmer die empörende Massenprozedur vorgenommen wurde, die bis gegen 10 Uhr abends dauerte. Nur ganz vereinzelt wagte es eine der Verkäuferinnen, gegen die entwürdigende Behandlung zu protestieren. Jemand ein Resultat forderte die Untersuchung übrigens nicht zutage; es wurden bei keinem der Mädchen und Frauen Gegenstände, die dem Geschäft gehörten, gefunden. Bezeichnend für die bürgerliche Presse Frankfurts war die Tatsache, daß kein einziges Blatt es wagte, den Skandal sofort an die Öffentlichkeit zu bringen. Anscheinend fürchtete man den Verlust der großen Inzeratenaufträge des Geschäftes. Erst nachdem die „Volksstimme“ diese Tatsache festgenagelt und der allgemeine Unwille der Bevölkerung gegen die Pascha-Mäuren der Geschäftsleitung sie dazu zwang, nahmen „Frankfurter Zeitung“, „Kleine Presse“ und die übrigen Lokalblätter Notiz davon. Die Laufmännischen Organisationen nahmen in mehreren Versammlungen Stellung zu den Vorgängen. Eine der Aufsichtsdamen, die sich bei den Verkäuferinnen besonders verhaßt gemacht hatte, ist dann auf Grund geflogener Verhandlungen entlassen worden; es heißt ferner, daß der Direktor Depiere von einem angeordneten Urlaub nicht zurückzukehren werde. — Anscheinend handelt es sich bei dieser

Versicherung aber nur um ein Händer, die Erregung zu befähigen. Bisher verlautet noch nichts darüber, daß die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse gegen diese tätlichen Massenbeleidigungen in Verbindung mit Rötigung und Freiheitsberaubung eingeschritten sei. Im Lande der „vollendeten Rechtsgarantien“ scheint man das Ehrgefühl und die Menschenwürde armer Proletarierinnen nicht zu den zu beschützenden Gütern zu zählen. Das Vorurteil selbst wäre wohl unmöglich gewesen, wenn die Verkäuferinnen ihrer gewerkschaftlichen Verpflichtung durch Anschluß an den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen nachgekommen wären. Die erlittene Unbill wird inzwischen manche der bislang der Gewerkschaft fernstehenden zur Überzeugung von der Notwendigkeit des Anschlusses an den Verband überzeugt haben.

Kolonie eine Gesellschaft?

Der Faber Tietz und drei weitere Faber, die zusammen eine Kolonie gebildet hatten, machten beim Gewerbeamt gegen die Kaufirma Hiller u. Puhlmann Lohnansprüche aus einem der bekannten Akkordverträge geltend. Jeder von ihnen hatte aber für sich geklagt und jeder beanspruchte durch seine Klage den Betrag, der nach seiner Rechnung auf ihn fiel. Die Kammer III des Berliner Gewerbeamts, vor der am Mittwoch die Sache zur Verhandlung kommen sollte, erachtete es aber für unzulässig, daß Kolonnenmitglieder einzeln klagen. Den Klägern wurde geraten, daß jeder seine Einzellage zurücknehmen möge und daß sie dann gemeinsam als Kolonne klagen möchten. Der Vorsitzende Dr. Prerauer bemerkte: Die Kolonne sei nach bürgerlichem Recht eine Gesellschaft. In einem anderen Rahmen lasse sich die Kolonne nicht hineinbringen. Das Gesetz schreibe aber vor, daß beim Vorliegen einer Gesellschaft entweder von allen Mitgliedern der Gesellschaft oder von ihrem Geschäftsführer — das würde hier der Kolonnenführer sein — die Ansprüche geltend zu machen seien. — Die Kläger zogen hierauf ihre Einzellagen zurück, um in der angeratenen Weise vorzugehen.

Die Zurücknahme der Klage mag den obwaltenden Umständen entsprochen haben. Die Ansicht des Gewerbeamts, die Kolonne sei eine Gesellschaft, ist aber aus den von uns wiederholt (zuletzt am 10. Juli) dargelegten Gründen unhaltbar und führt, wie der beschriebene Fall zeigt, zu einer Rechtsverwirrung. Die von dem Vorsitzenden des Gewerbeamts in Uebereinstimmung mit früheren Erkenntnissen verfolgte Anschauung beruht auf dem fehlenden Streben, jede Vereinigung oder Mehrheit von Personen unter die Gesetze „Verein“ oder „Gesellschaft“ im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuchs zu subsumieren. Dieser Konstruktionsversuch muß aber an der reichen Mannigfaltigkeit des praktischen Lebens scheitern. Das Gesetz schafft nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern diese sind das ursprüngliche, maßgebende und dürfen nicht in die Schablone von Rechtsbegriffen gepreßt werden, die auf einem völlig anderen wirtschaftlichen Grunde beruhen.

Gewerkchaftliches.

Zur Einigungsfrage.

Der Parteivorstand wandte sich bekanntlich in einem vom 28. März 1907 datierten Schreiben an die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften mit der Anfrage, ob dieselbe geneigt wäre, mit dem Parteivorstand und eventuell der Generalkommission in Verhandlungen darüber zu treten, Grundzüge zu vereinbaren, auf denen ein Anschluß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften an die Zentralverbände ausführbar erscheint.

Die Geschäftskommission hat daraufhin bei sämtlichen Organisationen eine Umfrage veranstaltet, und als Grundlage derselben, unter Beifügung des Parteivorstandsschreibens, folgende drei Fragen aufgestellt, die hier der Klarstellung halber noch einmal wiederholt zu werden verdienen:

1. „Soll die Geschäftskommission im Sinne des Parteivorstandsschreibens überhaupt in Verhandlungen eintreten?“
2. „Ist in Eurer Organisation Reizung vorhanden, sich mit dem zuständigen Zentralverbande zu verschmelzen?“
3. „Wendet Ihr unter Umgehung der Geschäftskommission in Verhandlungen treten, die den Anschluß Eurer Organisation an die Zentralverbände bezwecken?“

Die drei gestellten Fragen beantworteten zuerst fünf Gewerkschaften mit ja, eine mit bedingungsweise, eine überläßt es der Geschäftskommission und eine weitere will zu den Fragen erst später Stellung nehmen. Alle anderen antworteten mit nein. Frage 2 und 3 wurde nur von zwei Gewerkschaften bejaht.

Dies ist das Resultat der Umfrage bei 30 Gewerkschaften. Die Geschäftskommission der Freien Vereinigung hielt nun mit dieser Umfrage ihre Mitwirkung an der Verwirklichung des Mannheimer Parteitagbeschlusses für erledigt, weigerte sich auch, dem Parteivorstand die Gewerkschaften zu nennen, die eventuell unter Umgehung der Geschäftskommission eine Einigung erstreben würden, und überließ es diesen, sich selbst zu melden.

Jetzt veröffentlicht nun der Ausschuß und die Geschäftsleitung der Freien Vereinigung der Zimmerer in der „Einigkeit“ eine Erklärung, in der es heißt:

„Um nun innerhalb unserer Vereinigung keine falschen Gerüchte aufzustehen zu lassen, und vor allen Dingen das Gefühl der Unsicherheit zu beseitigen, sei von dieser Stelle aus mitgeteilt, daß die von der Geschäftskommission gestellten drei Fragen sowohl als das Parteivorstandsschreiben der Geschäftskommission vorgelesen, und diese dieselben mit ja beantwortet hat. Nachdem nun die Einigungsfrage durch die „Einigkeit“ in der breitesten Öffentlichkeit aufgerollt ist, liegt kein Grund mehr vor, den Mitgliedern vorzuenthalten, was in dieser Angelegenheit bisher geschehen ist, und was die Geschäftsleitung veranlaßt hat, die 3 Fragen in bejahendem Sinne zu beantworten.“

Nach ehe der Parteivorstand an die Ausführung seines ihm vom Mannheimer Parteitag gewordenen Auftrages herangegangen war, gingen von mehreren auswärtigen Organisationen Schreiben bei der Geschäftsleitung ein, in denen bestimmt ausgedrückt wurde, daß ihre örtlichen Verhältnisse, sowohl wie auch unsere beruflichen Verhältnisse im allgemeinen es erforderlich machen, auf dem Wege der Verständigung mit dem Zentralverbande die Möglichkeit einer Einigungsvereinbarung in unserem Bereiche herbeizuführen suchen. Zwei dieser Organisationen laten noch ein weiteres und wandten sich direkt an den Parteivorstand mit dem Ersuchen, den Beschluß des Mannheimer Parteitages bezüglich der Einigungsfrage bald möglichst zur Ausführung bringen zu wollen.

Auf Grund dieser Tatsachen, und um der Wahrheit die Ehre zu geben, um aber auch zu verhüten, daß das Gesamtgebilde der Organisation nicht zerrissen wird, sah sich die Geschäftsleitung veranlaßt, die Fragen zu 1 und 2 wie angeführt zu beantworten. Ueber die Bedeutung der Frage 3 war sich die Geschäftsleitung keinen Augenblick im Zweifel, nur hat dieselbe eine andere Auslegung erfahren als wie es in obigem Artikel (der „Einigkeit“) geschehen ist. Der Geschäftsleitung ist nicht bekannt, daß auf allen bisher stattgefundenen Konferenzen und Kongressen ein Beschluß gefaßt worden ist, jeder Einigungsvereinbarung mit den Zentralverbänden grundsätzlich aus dem Wege zu gehen, wenn solche von autorisierter Seite aus angebahnt würden. Es wurde mit der Möglichkeit gerechnet, wenn die Geschäftskommission es ablehnen sollte, was jetzt geschehen ist, mit dem Parteivorstand in Verhandlungen einzutreten, daß letzterer sich an die einzelnen Organisationsleitungen wenden würde. Daraus geht klar und

deutlich die Beantwortung der Frage 3 hervor. Keineswegs ist sie in dem Sinne beantwortet worden, daß unter Umgehung der Geschäftskommission die Organisationsleitung bei dem Parteivorstand dieserhalb vorstellig werden will, wie es in besagtem Artikel empfohlen wird. Inzwischen ist vom Parteivorstand ein Schreiben bei der Geschäftsleitung eingegangen, gleichen Inhalts, wie es in der Nr. 27 der „Einigkeit“ vom 6. Juli nachzulesen ist, in dem sich der Parteivorstand bereit erklärt, unter Hinweis auf die Beschlüsse des Lübecker und Mannheimer Parteitages Einigungsvereinbarungen zwischen den beiden Berufsorganisationen sowohl zu vermitteln, als wie auch unter seiner Leitung zu führen. Die Geschäftsleitung wird nun, ohne ihre Machtbefugnisse zu überschreiten, zu gegebener Zeit, das heißt, wenn der Kampf im Baugewerbe beendet sein wird, mit dem Parteivorstand in Verbindung treten. Die Geschäftsleitung wird aber auch nicht versäumen, diese Angelegenheit, sobald sie greifbare Gestalt angenommen hat, allen zur Vereinerung der Zimmerer Deutschlands gehörigen Organisationen zur endgültigen Entscheidung vorzulegen. Bevor dies nicht geschieht, darf auch nichts geschehen, was die Einmütigkeit und Geschlossenheit innerhalb unserer Vereinigung beeinträchtigen könnte.“

Soffentlich bringt dieses Vorgehen der Vereinigung der Zimmerer die Gewerkschaftsbewegung einen Schritt näher zur Einheitsorganisation. Gerade der gegenwärtige Kampf im Berliner Baugewerbe zeigt uns, wie bitter not der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine solche ist.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Baugewerbe.

Das Ergebnis der letzten Bautenkontrolle der Maurer, jene gewissenhaft und auf Grund sorgfältiger Feststellungen ausgearbeitete Tabelle, die kürzlich der „Vorwärts“ veröffentlichte, hat scheinbar in den Kreisen des Unternehmerverbandes die Besorgnis erregt, daß das Beispiel der vielen, die bewilligt haben, nur allzu bald von einer noch weit größeren Zahl der Mitglieder befolgt werden könnte. Darum bemüht man sich nun um so eifriger, die Feststellungen der organisierten Bauarbeiter als Schwindel hinzustellen, und bringt Notizen in die bürgerliche Presse wie die, daß, wenn man die angeführten Zahlen der Unternehmer, die bewilligt haben, und die, die nicht bewilligt haben, zusammenrechnet, über 60 Proz. Baufirmen mehr herauskämen, als in Berlin überhaupt vorhanden seien. Nach einer solchen Notiz soll es neben den 600 organisierten nur 400 unorganisierte Baufirmen geben, und diese 400 werden als solche hingestellt, die nicht kapitalträchtig seien und überhaupt nicht recht mitzählen. Das alles ist nichts als ein Versuch, die öffentliche Meinung irrezuführen. Die Vertreter der Maurerorganisation erklären sich demgegenüber bereit, auf dem Bureau im Gewerkschaftshaus jedem, der sich für die Sache interessiert, das Material zur Einsicht vorzulegen, das den Beweis für die Richtigkeit der im „Vorwärts“ veröffentlichten Zahlen enthält.

In einer anderen Zeitungsnote, die z. B. die „Deutschen Nachrichten“ und der „Reichsbote“ bringen, wird behauptet, der Kampf im Baugewerbe sei nun beendet, und zwar soll dies deswegen der Fall sein, weil einesteils die Jahresthalarbeiter ihre Forderungen nicht vollständig durchzuführen, und andernteils, weil die lokalorganisierten Bauhülfsarbeiter am Sonntag beschlossen haben, ihre jetzt arbeitslos werdenden Mitglieder, soweit für sie der Streik erledigt war, nicht mehr in die Streiklisten aufzunehmen, sondern als arbeitslos gemeldet zu verzeichnen. Beide Tatsachen haben jedoch auf die Weiterführung des Streiks nicht den mindesten Einfluß, wie jedermann weiß, der die Entwicklung der Bewegung verfolgt hat und die Verhältnisse kennt.

Einige Blätter fabeln auch davon, daß die Kampfeslust unter den Streikenden abgenommen habe, daß die Streikposten weniger Eifer zeigten, und daß den Organisationen wohl das Geld ausgehe. Auch hierbei ist der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Die Streikenden und ihre Organisationen sind moralisch und finanziell so gestellt, daß der Kampf noch auf unabsehbare Zeit mit unverminderter Kraft fortgesetzt werden kann, zumal ja die Zahl der Bewilligungen immer mehr wächst, die Zahl der unterstützungsbedürftigen Mitglieder immer geringer wird.

Einen sonderbaren Eindruck macht eine große Annonce, die gestern in verschiedenen Blättern stand, in der genau 31 Firmen erklärten:

„daß sie die von den Arbeitnehmern einseitig aufgestellten Arbeitsbedingungen bisher nicht unterschrieben haben, auch nicht unterschreiben, sondern die Beschlüsse des Verbandes der Baugeschäfte nach jeder Richtung streng innehalten werden.“

Von den 31 bejaht die Annonce, daß sie „überwiegend dem Verbands der Baugeschäfte als Mitglieder angehören“, also nicht einmal alle. Wenn sich gleichwohl nur 31 Firmen bereit gefunden haben, diese Erklärung zu unterzeichnen, dann muß es ja viel bedenklicher in den Mitgliederkreisen des Unternehmerverbandes ausfallen, als man bisher annehmen konnte.

Einige Terrorismusegeschichten machen auch wieder einmal die Kunde durch die bürgerlichen Blätter, und die „Post“ schreibt von neuem nach einem Zuschauergeschehen gegen streikende Arbeiter. Vor einem Neubau in der Müllerstraße 2a sollen nach Darstellung der „Vollzeitung“ sich Hunderte von Personen versammelt haben, um den Bau zu stürmen. Ein mit Revolver bewaffneter Polier soll beim Verlassen des Baues von Streikenden bedroht worden sein, seinen Revolver gezogen und damit den Streikenden das Signal zum allgemeinen Angriff gegeben haben. — Was an diesem Schauroman wahr ist, das ist, daß an jener Stelle eine Menschenansammlung stattgefunden hat und daß der Polier mit seiner Wodwaffe drohte, wenn er Lust dazu verspürte. Der Auslauf ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, dadurch entstanden, daß von drei Akkordmauern mit Mauersteinen nach Streikposten geworfen wurde, andere Personen getroffen wurden. Daß sich bei solcher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Menschen ansammelten, ist leicht begreiflich. Daß diese versucht haben sollten, den Neubau zu stürmen, mag man kleinen Kindern erzählen. Streikende waren an dem Auslauf überhaupt nicht beteiligt, und die Streikposten nahmen ebensowenig daran teil. Sie haben besseres zu tun und sind genau darüber unterrichtet, wie sie sich im Rahmen der Gesetzgebung zu verhalten haben. Die Personen, die hierbei verhaftet wurden, haben mit dem Streik nichts zu tun. — Eine Schlägerei soll infolge des Bauarbeiterstreiks in der Reichstraße 23 stattgefunden haben. Auch hier waren Streikende nicht beteiligt, aber auch hier sollen Streikbrecher die üble Gewohnheit haben, mit Mauersteinen nach vermeintlichen Streikposten zu werfen. Die Streikposten wissen das und sehen sich deshalb vor. So passierte es denn auch an dieser Stelle, daß harmlose Passanten von dem gefährlichen Wurfgeschloß der Herren Streikbrecher belästigt wurden. Wenn die „Post“ von „schimpflichen Erweisen Streikender“ falauert, sollte sie sich lieber einmal ihre Lieblinge, die Streikbrecher, etwas genauer ansehen. —

Die oben erwähnten Brechäußerungen, bestimmt, die Ergebnisse der Bautenkontrolle als Schwindel hinzustellen, sollten jedenfalls auch dazu dienen, noch kurz vor der Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte den Mitgliedern den Glauben beizubringen, als fände ihre Sache wer weiß wie günstig. Der Bericht, den der Unternehmerverband der Presse über diese Versammlung zukommen ließ, sucht natürlich dieselbe Täuschung zu verbreiten. Es wird darin in Aussicht gestellt, daß außer den dreißig auch die anderen Mitglieder des Verbandes in ähnlicher Weise erklären werden, daß sie „tzu zum Verbands halten“. Man wird es abwarten müssen. Der und von einer bürgerlichen Korrespondenz zugestellte Bericht lautet:

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten hatte zu gestern (Donnerstag) abend nach dem Architekturbureau eine neue Generalversammlung einberufen, die sehr stark besucht war. Als Vorsitzender des Verbandes erstattete Baummeister Vahl einen kurzen Situationsbericht. Er führte aus, daß sich die Zahl der Arbeitswilligen von Tag zu Tag vergrößere,

so daß der Bedarf völlig gedeckt sei. Die Bauten, die zum 1. Oktober fertiggestellt sein müßten, habe man zuerst mit Arbeitswilligen besetzt; die Arbeiten seien dort in vollem Gange, so daß der Bautermin innegehalten werden könne. In der Diskussion nahmen fast alle Vertreter der größeren Firmen das Wort. Sie gaben durchweg die Erklärung ab, daß sie unter keinen Umständen jetzt nachgeben würden, koste es auch, was es wolle. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heutige Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte nimmt mit großer Befriedigung von dem für die Arbeitgeber dauernd günstigen Stand des Streiks Kenntnis. Sie begrüßt mit Freude die spontane Kundgebung von dreißig größeren Geschäften; „tzu zum Verbands halten“ und beauftragt den Vorstand, in ähnlicher Weise die gleiche, einstimmige Willensmeinung aller übrigen Mitglieder zum Ausdruck und zur Kenntnis der Allgemeinheit zu bringen. Die Versammelten erblicken in diesem einmütigen Zusammenhalten aller treuen Verbandsglieder die sicherste Gewähr dafür, daß die Arbeitnehmer mit ihrer Forderung auf Verlängerung der täglichen Arbeitszeit nicht durchdringen werden und versichern auf das bestimmteste, daß sie noch viel vor energisch auf den bisher eingenommenen Standpunkt beharren werden. Sie erkennen die Opferfreudigkeit der einzelnen Mitglieder an und sprechen ihnen für die treue Pflichterfüllung ihre vollste Sympathie aus; sie hoffen, daß die Behörden, das bauende Publikum und andere Auftraggeber auch fernerhin das bisher bewiesene Entgegenkommen bewahren werden. Unter diesen Umständen glaubt die Generalversammlung an eine baldige und erfolgreiche Beendigung des Kampfes.“

Ausland.

Partei und Gewerkschaften in Rußland.

Das Zentralorgan des Petersburger Gewerkschaftskartells — der „Bew. Anzeiger“ — nimmt in Nr. 9 Stellung zur Frage der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei und konstatiert, daß „ungeachtet des Fehlens von Organisationsbeziehungen zu dieser oder jener Partei (die nominelle Vertretung der sozialistischen Parteien im Gewerkschaftskartell kommt hier nicht in Betracht) unsere Gewerkschaften sich von der allgemeinen Klassenbewegung des Proletariats nicht losgelöst haben.“ In allen Fragen, welche sowohl die Interessen eines bestimmten Berufs betreffen, als auch in denen, welche die Interessen der Arbeiter als Klasse betreffen, nahmen die Gewerkschaften, stets neutral bleibend, eine ganz bestimmte Klassenposition ein. So war es während der Tätigkeit der ersten Duma wie auch während der Wahlen für die zweite Duma. Es bedarf der Ermahnung nicht, daß das Verhalten der Gewerkschaften in Bezug auf die Kaiserin und auf Fragen des Arbeiterrechts und der Arbeitergesetzgebung die gleiche war. Auch in der bevorstehenden Wahlkampagne für die dritte Duma werden die Gewerkschaften ihrem Klassenstandpunkt treu bleiben. Auf der Sitzung des Petersburger Gewerkschaftskartells am 25. Juni wurde u. a. die Frage der Wahlkampagne erörtert. Aus den Berichten der Gewerkschaftsvertreter war ersichtlich, daß die Stimmung der Arbeiter in den bedeutendsten Gewerkschaften für Anteilnahme an den Wahlen ist. Nach Erörterung dieser Frage wurde beschlossen, allen Gewerkschaftsmitgliedern zu empfehlen, sich schleunigst in die Wahllisten einzutragen zu lassen. —

Eingegangene Druckschriften.

- März, 2. Jahrgang. Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgegeben von L. Thoma, D. Gese, H. Lange und R. Aram. Vierteljährlich 6 M., Einzelheft 1.20 M. Verlag: H. Langen in München.
- Hohe Tauer. G. Freytag Taschen-Bücher. Blatt 12. Preis 2.50 M. auf Leinwand 3.50 M. Verlagsanstalt G. Freytag u. Berndt, Wien VII 1, Schottenfeldgasse 62.
- Deutschlands Polenpolitik von Hans v. Jochimsen. 50 Pf. Robertus Verlagsgesellschaft G. M. H. Berlin.
- Kaiser Wilhelm II. und König Edward VII. von Regierungsrat Rudolf Martin. Berlin, Verlag: Dr. Rebeck u. Co. G. m. b. H., 2 R., geb. 3 M.
- Architektur-Konkurrenzen. Band 3, Heft 6. Herausgegeben von Herrn Scheuermann. Verlag: G. Rebeck u. Co., Berlin W., Markgrafstr. 35.
- Jahrbuch für Holzarbeiter. Heft 7 des zweiten Jahrganges, Juli 1907. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart.
- Nr. 1. Alkoholfrage. Dr. G. v. Bunge. — Nr. 14: Lebensgenuss ohne Alkohol. Dr. J. Gault. — Nr. 15: Die Frauen gegen den Alkohol. Dr. Helmig Bajer. — Nr. 18: Alkohol in öffentlichen Anstalten. Professor Dr. G. Wenzler. — Nr. 38: Gefahren des Biergenusses. Dr. D. Hoppe. — Nr. 44: Wie soll man Trinker behandeln und heilen? Professor Dr. Wenzler. — Nr. 45: Alkoholfreie Wirtschaften. Frau S. Drexel. — Einzelhefte 10 Pf. Verlag: Schriftstelle des Alkoholgenussbundes in Leopoldshöhe, Baden.
- Monatsschrift für christliche Sozialreform. Juliheft. Pro Jahr 6.40 M. Verlag: Baehler, Dregler u. Co., Lottfellen, Um Waldshut (Baden).

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Arbeiterausstand.

Frankfurt a. M., 18. Juli. (W. S.) Die Tarifverhandlungen der Bau- und Kunstschlosser mit ihren Prinzipalen haben sich zerlegt. Infolgedessen sind heute früh 600 Schlossergefellen in den Ausstand getreten.

Dreifacher Selbstmord.

Dannover, 18. Juli. (W. S.) Ein dreifacher Selbstmord ist in dem Villendorfer Aesfeldt ausgebrochen worden. Die Familie des Privatiers Ranzow, bestehend aus dem Vater und zwei erwachsenen Töchtern, hatte dort eine Villa bezogen, wozu Erziehung eines Pensionats. Infolge Nahrungsmangel haben sich alle drei mittels Kohlenfeuer vergiftet. Die Tat muß schon vor 14 Tagen erfolgt sein, da die Leichen schon stark in Verwesung übergegangen waren.

Anzugsbestien.

M-Glabach, 18. Juli. (W. S.) In Odenkirchen wurde ein Dienstmädchen, nachdem der Begleiter, ein Kutscher, niedergeschlagen worden war, von acht Burken überfallen und vergewaltigt. Vier der Täter sind verhaftet worden.

Ein verirrter Instrukteur.

Darmstadt, 18. Juli. (W. S.) Wegen einer Reihe von sittlichen Verfehlungen an Untergebenen wurde der Offizier Friedrich von der 6. Kompanie des 118. Infanterie-Regiments gestern vom Kriegsgericht der 25. Division zu Worms zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

Feuersbrunst.

Sigmaringen, 18. Juli. (W. T. W.) Heute nachmittag ist in Sigmaringen (Dorf) eine Feuersbrunst ausgebrochen, deren Entwidlung infolge des ungünstigen Windes zurzeit noch gar nicht abzusehen ist. Es sind jetzt 8 Uhr abends, bereits 10 Häuser und Speicher den Flammen zum Opfer gefallen. Der Schaden ist schon ein bedeutender.

Massendemonstration englischer Schullehrer.

London, 18. Juli. (W. S.) 200 Schullehrer des Stadtviertels West-Ham haben ihre Demission eingereicht, weil sich die Behörden geweigert haben, eine Deputation des nationalen Schullehrerverbandes zu empfangen.

Die Hitze in Amerika.

Philadelphia, 18. Juli. (W. T. W.) (Auf deutsch-atlantischem Kabel.) Infolge der herrschenden hohen Temperatur wurden über 1000 Personen, die einem Festzuge beiwohnten, von der Hitze überwältigt. Die Hospitäler sind überfüllt.

Die Arbeitsbedingungen der Konsumvereine.

III.

Das Wochenblatt „Vorwärts“ brachte (in Nr. 167 vom 10. Juli) den Artikel des Genossen v. Elm zum Ausdruck und gab ihm folgende Einleitung:

„Auf dem Genossenschaftstag in Düsseldorf... vertrat Genosse Elm den Standpunkt, daß die Konsumvereine mit der bürgerlichen Konkurrenz zu rechnen hätten, deshalb auch in der Bewilligung der Forderungen ihrer Angestellten nicht allzuweit über dasjenige hinausgehen könnten, als auch die Privatgeschäfte zählten. Diese Auffassung, die jeder, der die Verhältnisse halbwegs kennt, voll und ganz unterschreibt, wurde in einem Teil unserer Parteipresse scharf angegriffen und machen diese Angriffe jetzt in entstellter Form die Stunde durch die schwarz-blaue Unternehmerrpresse. Wir hatten nicht vor, uns in den Streit zu mischen, wollen es auch jetzt nicht, halten es aber doch für angebracht, eine Entgegnung Elms auf die Angriffe zu bringen, sie enthält so viel, daß der Leser sich selbst das Urteil über die Streitfragen bilden kann.“

Eine Erwiderung auf den Elmschen Artikel (den wir am Sonntag auszugeweiht wiedergegeben haben) bringt die Düsseldorfser „Volkzeitung“ in ihrer Nr. 156 vom 9. Juli. Der Artikel ist überschrieben: „Theoretische Verwirrung“. Sein Gedankengang ergibt sich aus folgenden Sätzen:

„Genosse v. Elm redet des langen und breiten über die „Existenzbedingungen“ der Konsumvereine. Wirtschaftlich seien die meisten derselben „Krämer“. Wir lassen den Vergleich gelten. Aber wenn man „Krämer“ sein will, so handele man auch danach. Bisher lebten wir der Ueberzeugung, es sei ein uneheliches Privilegium herer von Bildung und Besitz, für Minister, Oberbürgermeister usw. Gehalts erhöhungen von etlichen Tausenden übrig zu haben und unmittelbar darauf die Unmöglichkeit zu bejammern, den Arbeitern und unteren Angestellten eine geringe Lohnerhöhung zuzubilligen. Wo man so tief in den Krämerschublen steck, hätte man doch das rechte Gefühl für den peinlichen Eindruck vermeiden sollen, den neben der Ablehnung der Arbeiterforderungen die Heraussetzung der Höchstgehälter von 10 auf 12.000 M. machen mußte. Im übrigen wiederholt v. Elm in polemischer Färbung nur die Gedankengänge, mit denen er auf dem Düsseldorfser Tage bereits brillierte. Wir kennen die Melodie, die uns von bürgerlicher Seite täglich ein Duzend mal in die Ohren klingt. Wenn wir uns im folgenden nochmals damit beschäftigen, so nur, um ein zweites Mal den Nachweis zu führen, daß der in unserem ersten Artikel „erhobene Vorwurf theoretischer Verwirrung“ von „theoretischen Wirröpfen“, wie uns Genosse v. Elm sagen läßt, ist dort nicht gesprochen — auf den Genossen v. Elm zutrifft.“

„In der kapitalistischen Gesellschaft kann man nur kapitalistisch produzieren. Unsere Parteibetriebe ruhen auf dieser Grundlage und die Genossenschaften nicht minder. Darum gibt es in diesen Betrieben auch einen Kapitalzins, einen Profit. In den Parteibetrieben dient er der Einführung vorbildlicher Arbeitsverhältnisse über die tatsächlichen Bestimmungen hinaus und kommt im übrigen der Gesamtpartei und ihrer Propaganda zugute; in den Konsumvereinen wird er nach Verteilung der Handlungskosten an die Mitglieder verteilt. Und da Genosse v. Elm ein so firtrefflicher „Geschichtsmaterialist“ ist, sollte er uns den Profit der Konsumvereine nicht an anderer Stelle seines Artikels wegdisputieren wollen. Die sogenannte Dividende sei nichts weiter als eine Rückvergütung, meint er. So weit es sich hier nur um einen anderen Namen handelte, hätte die Sache keine Bedeutung. Ob 8, 12, 300 oder 3000 sich in den Gewinn teilen, ob ich ihn Profit oder Rückvergütung nenne, ändert am Wesen der Sache nichts. Aber wenn Genosse v. Elm behauptet, die Dividende sei lediglich eine Rückvergütung der beim Kauf gezahlten Mehrkosten über die Selbstkosten und es sei bei den Konsumvereinen von einem Profit „gar keine Rede“, so ist das positiv unrichtig.“

Es wird nunmehr die Stelle zitiert, wo v. Elm den Gegensatz macht zwischen den Arbeitern, welche die Waren verteilen und denen, die sie anfertigen, und dann fährt der Artikel fort:

„Der Genosse v. Elm hat einmal etwas lauten hören, aber er weiß offenbar nicht mehr, wo die Glocken hängen. Sein Jertum wäre unmöglich, wenn er über das Wesen des Kaufmannskapitals in der heutigen Gesellschaft überhaupt Klarheit besäße. Der kommerzielle Arbeiter produziert nicht direkt Mehrwert. Aber der Preis seiner Arbeitskraft ist durch den Wert seiner Arbeitskraft, also deren Produktionskosten, bestimmt, während die Ausübung dieser Arbeitskraft wie bei jedem anderen Lohnarbeiter keineswegs durch den Wert seiner Arbeitskraft begrenzt ist. Sein Lohn steht daher in keinem notwendigen Verhältnis zu der Masse des Profits, die er dem Kapitalisten realisieren hilft. Was er dem Kapitalisten kostet und was er ihm einbringt, sind verschiedene Größen. Er bringt ihm ein, nicht indem er direkt Mehrwert schafft, aber indem er die Kosten der Realisierung des Mehrwertes vermindert hilft, soweit er zum Teil unbezahlte Arbeit verrichtet.“ So Marx im „Kapital“. Also auch hier Ausbeutung, unbezahlte Arbeit...“

Mag v. Elm die Konsumvereine noch so sehr „Krämer“ nennen, das Bewegungsgeleit des Kaufmannskapitals wirkt auf sie zurück und hat auf das Verhalten einzelner Leute ganz bedenklich abgefärbt, wie die Düsseldorfser Zeitung jedem beweis, der Augen hat zu sehen. Daß diese Klären nicht die Oberhand gewinnen, dafür werden schon unsere Arbeiter sorgen. Vielleicht erkennt auch v. Elm jetzt, daß es unrichtig und theoretische Verwirrung ist, zu behaupten, es würden in den Dividenden lediglich Rückvergütungen der von den Mitgliedern gezahlten Ueberschüsse über die Selbstkosten bezahlt. In den Rückvergütungen wird mit verteilt die unbezahlte Mehrarbeit der Angestellten. Welches Anrecht besitzen darauf die übrigen Mitglieder des Konsumvereins? Das Recht des Arbeitgebers auf unbezahlte Mehrarbeit, d. h. gar keins. Es ist demnach lächerlich, wenn v. Elm von einer Privilegierung der Angestellten und einer Monopolisierung der Ueberschüsse durch sie redet. Daß für die Konsumvereine die Situation keine leichte, daß sie trotzdem manchen für die Angestellten getan haben — wir sind die letzten, es zu bestreiten. Daß die Notwendigkeit, die Konkurrenz auszuweichen, Wünschenswertem hinderlich sein mag, leugnen wir nicht. Zumal so lange die kapitalistische Produktionsweise dauert, ist jene unbezahlte Mehrarbeit nie ganz aus der Welt zu schaffen. Aber wir verlangen, daß das mit zur Verteilung gelangende Maß derselben im möglichst geringen sei, daß nicht ein Grundgehalt von 1320 Mark als Utopisterei und Zukunftsaartraum bezeichnet werde, daß man nicht das Maß der unbezahlten Arbeit steigere, indem man die gleiche Leistung bei Mann und Frau mit verschiedener Elle mißt.“

Der Genossenschaftler v. Elm wird wohl ohne weiteres einsehen, wie leicht man von seinem Gesichtspunkt aus zur Ablehnung der gewerkschaftlichen Bewegung in diesen letzteren (den warenteilenden) Betrieben überhaupt kommen könnte. Industrielle und Handlungsarbeiter unterscheiden sich wohl in bezug auf die Mehrwertproduktion. Trotzdem unterliegen sie der gleichen Ausbeutung auf Grund des Marktgesetzes von Angebot und Nachfrage, das eine Mal bei der Produktion von Mehrwert in der Fabrikation der Waren, das andere Mal bei der Realisierung von Mehrwert in der Rückverwandlung der Ware in Geld. Sam Standpunkte der Arbeiter besteht zwischen beiden kein Unterschied und der Angriff

der Gewerkschaften richtet sich daher in gleicher Weise gegen beides... „Das liegt schon in dem ganzen Wesen der Produktionsgenossenschaften, daß die Arbeitsbedingungen günstiger sein müssen, wie in anderen Betrieben. Wo die Genossenschaft die Forderungen nicht zu erfüllen imstande ist, sagen sich die bei ihr beschäftigten Mitglieder, hat sie keine Existenzberechtigung.“ Eine Genossenschaft kann gegen ihre angestellten Mitglieder nicht so verfahren, wie ein ausbeutender Kapitalist gegen seine Arbeiter.“ Natürlich darf eine Gewinnbeteiligung nicht etwa auf Kosten der gezahlten Löhne getätigt werden, indem man vorher nimmt, was man nachher als „Gewinn“ den Arbeitern wieder zukommen läßt. Die Löhne müssen in der Höhe gezahlt werden, die von der Gewerkschaft festgelegt ist, die Arbeitszeit darf keineswegs länger ausgedehnt werden, als anderswo.“ So schreibt ein „hervorragender Genossenschaftler.“ Daß die Angestellten nur insoweit Forderungen stellen dürfen, als die „Konkurrenz“ und ausgesprochen die rückständige des Kleinhandels sie anerkennt, davon sagt er kein Wort. — Genosse v. Elm wird den Wiedern zweifelslos kennen, und wir verlangen, daß der Konsumvereiner v. Elm gelten läßt, was der Gewerkschaftler v. Elm für selbstverständlich hält. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.“

Abgesehen von der kurzen Notiz am Schluß unseres vorigen Artikels hat der „Vorwärts“ in dieser ganzen Angelegenheit belamächtig nur referiert. Wir haben unsere Leser einfach über den Verlauf der Diskussion auf dem Laufenden erhalten. Trotzdem brachte der „Genossenschaftspionier“ in Nr. 13 vom 6. Juli — also acht Tage bevor unser erster Artikel erschien, d. h. zu einer Zeit, wo eine eigene Meinungsäußerung von uns überhaupt noch nicht vorlag — eine Notiz von S. K., die zwar an sich höchst unbedeutend ist, aber als Symptom mitgeteilt zu werden verdient. Sie lautet:

„Unsozial.“

„Die Monatsversammlung des Verbandes der Lagerhalter hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, gegen den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und insbesondere gegen den Vertreter der Konsumvereine im Tarifsausschuß, den Genossen v. Elm, scharfe Angriffe gerichtet und ihnen in der angenommenen Resolution unsoziale Anschauungen nachgesagt. Wir finden darin die alte Einseitigkeit, mit der ein Teil der Angestellten seit längerer Zeit, ohne die Entwicklungsfähigkeit der Vereine und die Interessen der in ihnen organisierten Proletarier zu berücksichtigen, ihre Forderungen vertreten. Gewiß sind diese Forderungen an sich im ganzen nicht zu beanstanden, und unser aller Streben geht noch viel weiter. Aber die Genossenschaftsverwaltungen, die ja nicht mit eigenem Gelde, sondern mit andertrauten Arbeitergehältern arbeiten, sind verpflichtet, keine Bewilligungen zu machen, die weit hinausgehen über das nicht allein, was von kapitalistischen Betrieben erfüllt, sondern auch doch, was von deren Arbeitern gefordert wird. Dem Genossen v. Elm zumal, der mit einer Selbstlosigkeit und Entschiedenheit, die fast einzigartig sind, seit Jahrzehnten seine wertvolle Arbeitskraft im Dienste der politischen und der gewerkschaftlichen wie der genossenschaftlichen Arbeiterbewegung verbraucht hat, den Vorwurf antisozialer Bestimmung zu machen, ist einfach unaufrichtig. Dank erwartet ja niemand von uns, aber den lautersten Kämpfern solche Vorwürfe zu machen, weil sie nicht unverantwortlich genug blindlings mit allen Forderungen durch die und dann gehen — die „Vorwärts“-Redaktion kann sich diesen Luxus ja gestatten, sie trägt keine Verantwortung über empfindet sie wenigstens nicht — das ist nicht nur unedel, sondern auch töricht und gegen die eigenen dauernden Interessen der Angestellten selbst.“

Wir wiederholen: der „Vorwärts“ hatte bis dahin nur erst die Resolution der Lagerhalter veröffentlicht. Das genügt S. K. schon zu dieser blindwütigen Antempfung! Was will S. K. eigentlich? Sollte der „Vorwärts“ die Resolution, weil sie einen Angriff gegen v. Elm enthält, unterdrücken? Oder will er gesagt haben, daß v. Elms Düsseldorfser Ausführungen eine öffentliche Erörterung nicht betragen? —

Gerichts-Zeitung.

Wenn Angehörige der „besseren Gesellschaft“ verurteilt werden, geht ihr monarchisches Empfinden in die Brüche.

Ein interessanter Prozeß wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht in Augsburg verhandelt, in dem ein „reines Hemde“ und „monarchisches Empfinden“ eine seltsame Rolle spielten. Die Tochter eines ehrsamen Bürgers der Stadt Wertingen kam eines Tages wegen eines Zivildienstes auf die Kassei eines dortigen Rechtsanwalts. Dem Rechtsanwalt gefiel das Gesicht seiner Klientin besser als deren Rechtsstreit. Was dann in dem Bureau des Rechtsanwalts vor sich ging, bleibt „Verfassungsgeheimnis“ des Rechtsanwalts. Festgestellt wurde vor Gericht nur, daß die Mutter des Mädchens diesem nach der ersten Sprechstunde Vorwürfe machte darüber, daß es zum Besuche des Herrn Rechtsanwalts kein reines Hemde angezogen habe. Bei den weiteren Besuchen des Mädchens auf dem Bureau des Rechtsanwalts sorgte die Mutter stets für reine Wäsche — wegen des Anstandes, den ein gut bürgerlich erzogenes Mädchen stets beobachten müsse. Weiter wurde vor Gericht festgestellt, daß der Rechtsanwalt dem Mädchen auch Gegenbesuche machte, aber erst nach Eintritt der Dunkelheit und noch dazu in Gemeinschaft mit einem Freunde, einem Kameralpraktikanten, für den Gesellschaft in der Person einer anderen Bürgerstochter beschafft worden war. Die Sache ward ruhbar und die Hausfrau, d. h. jene ehrbare Bürgerstochter, die auf reine Wäsche schaut, wurde wegen Auperei in Anklagezustand versetzt. Jene beiden Herren sagten in der Voruntersuchung aber als Zeugen aus, daß die Hausfrau von den nächtlichen Besuchen keine Kenntnis gehabt habe, denn sie hätten als „Angehörige der besten Gesellschaft Wertingens“ peinlichste Vorsicht walten lassen, um nicht gesehen zu werden. Darauf wurde das Verfahren gegen die Bürgerstochter eingestellt. — Der Staatsanwalt leitete ein neues Verfahren ein, aber in umgekehrter Weise, in der Richtung gegen die beiden „Angehörigen der besten Gesellschaft“ und gegen die andere Freundin. Die Anklage war so aufgebaut: Die beiden Herren und die andere Freundin haben im vorigen Verfahren als Zeugen bekundet, daß die Hausfrau von den nächtlichen Besuchen in ihrem Hause nichts gewußt habe — die drei sind also zur nächtlichen Zeit widerrechtlich in dieses Haus eingedrungen, haben also nach § 123 des Strafgesetzbuches Hausfriedensbruch begangen. Das Verfahren gegen die drei wurde eröffnet. In der Verhandlung waren die beiden „Angehörigen der besten Gesellschaft“ aber auf einmal anderer Ansicht geworden. Denn im Gegensatz zu früher sagten sie nun als Zeugen, die Alte müsse doch etwas gewußt haben, aus verschiedenen Umständen gehe dies deutlich hervor; folgedessen könne von einem Hausfriedensbruch keine Rede sein. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Herren 10 und 8 Tage Gefängnis, für die Freundin einen Verweis. Der eine der „Angehörigen der besten Gesellschaft“ machte darob die fürchterliche

Drohung, daß, wenn er verurteilt würde, sein monarchisches Empfinden schwer beeinträchtigt werden müsse.

Das Gericht verurteilte ein solches Unglück. Es sprach alle drei Angeklagten mit der Begründung frei, es nehme an, daß die Angeklagten sich nicht bewußt gewesen seien, widerrechtlich in das Haus eingedrungen zu sein.

„Heilkundiger“ oder Schwindler?

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III stand gestern in der Berufungsinstanz unter der Anklage des Betruges der „Naturheilkundige“ Fritz Westphal aus Lehnitz, der schon wiederholt die Strafgerichte beschäftigt hatte. — Der Angeklagte macht durch allerlei Prospekte und Annoncen bekannt, daß es ihm möglich sei, sämtliche Krankheiten, auch sogenannte unheilbare, mittels eines von ihm erfundenen Natur- und Pflanzenheilverfahrens zu heilen und zwar ohne eine persönliche Untersuchung, lediglich durch briefliche Behandlung. Auf Grund eines derartigen Prospektes meldete sich der in der Lausitz wohnhafte Schneidermeister Lehmann, der an einem chronischen Herzklappenfehler litt. Wegen dieses Leidens war L. schon im Jahre 1896 vom Militär als Ganzinvalid entlassen worden. Außerdem befand sich in seinen Händen ein Attest eines Kreisarztes, nach welchem sein Leiden unheilbar war. Der Angeklagte bekam es fertig, dem L., als er sich an ihn wendete, völlige Heilung zu versprechen, obwohl dieser schon zahlreiche Ärzte konsultiert hatte, die sämtlich die Unheilbarkeit der Krankheit erkannt hatten. Westphal verordnete Massage und kalte Abreibungen, insbesondere aber die Anwendung eines von ihm erfundenen aus verschiedenen Kräutern bestehenden Tees, der angeblich ein Allheilmittel sein sollte. In Wirklichkeit hatte der Tee nur eine blutreinigende und laxierende Wirkung, die auf das Leiden des L. keinerlei Einfluß hatte. Nachdem L. 4 Monate lang diesen Tee, der ziemlich teuer war, geschluckt hatte, verspürte er keinerlei Besserung. Es hatte sogar den Anschein, als ob sein Leiden schlimmer geworden war. Er mußte sich deshalb sofort wieder in ärztliche Behandlung zurückgeben. Gegen den Naturdoktor wurde Anklage wegen Betruges erhoben. Das Schöffengericht Dranienburg hatte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 2 Wochen zusätzlich zu einer kurz vorher gegen ihn wegen unlauteren Wettbewerbs erkannten zweimonatigen Gefängnisstrafe erkannt. Hiergegen legte W. Berufung ein. Das Berufungsgericht hielt es durch die erneute Beweisaufnahme für festgesetzt, daß der Angeklagte wahrheitswidrige Angaben gemacht hatte, indem er behauptete, unheilbare Leiden durch seine Methode heilen zu können. Die Berufung wurde deshalb unter Bestätigung des ersten Urteils auf Kosten des Angeklagten verworfen.

Ein tragischer Unglücksfall.

der durch verschiedene Redemumstände besonders ergreifend wirkte, lag einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung zu Grunde, die gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kam. Auf der Anklagebank mußte die 15jährige Schülerin Berta Roth Platz nehmen. Vor einigen Monaten verstarb die in Duisburg wohnhafte gewesene Mutter der jugendlichen Angeklagten. Das junge Mädchen, das nunmehr allein auf der Welt stand, fand in der Familie ihrer Schwester Zuflucht, die mit einem in Köpenick wohnhaften Kaufmann Kopf verheiratet ist. Wenige Tage darauf verstarb auch die Mutter des S. Am Morgen des 14. Mai d. J. erhielt Herr S. ferner noch ein Telegramm, in welchem ihm mitgeteilt wurde, daß sein einziger Bruder verstorben war. Zu diesen dreifachen Todesfällen stellte sich nur einige Stunden darauf noch ein weiterer entsetzlicher Unglücksfall. Während Herr S. sich mit seiner Gattin im Wohnzimmer aufhielt, beschäftigte sich die Angeklagte in der Küche mit dem 2½jährigen einzigen Kinde ihres Schwagers. Sie hatte das Kind auf das breite Fensterbrett gehoben, damit es auf den Hof hinaussehen konnte. Auf dem Stuhleheerd lechte plötzlich ein Topf mit Kartoffeln über, so daß das Gas verdrängte. Die Angeklagte dachte sich schnell um, in der Absicht, den Gasstoß zu schlichten. Nur auf einige Sekunden ließ sie das Kind allein auf dem Fensterbrett stehen. Diese kurze Spanne Zeit genügte, um ein überaus trauriges Ereignis herbeizuführen. Das Kind stürzte durch einen an dem Küchenfenster angebrachten Drahtgitterrahmen hindurch und stürzte zwei Treppen hinunter auf den Hof, wo es mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. — Gegen das junge Mädchen wurde eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Der Gericht machte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Müller, geltend, daß der höchst bedauerliche Unglücksfall auf eine Verletzung unglückseliger Umstände zurückzuführen sei, mit denen die Angeklagte bei ihrer Jugendlichkeit keinesfalls rechnen konnte. Das Gericht nahm ebenfalls an, es liege ein strafbares Verschulden der Angeklagten nicht vor und erkannte auf kostenlose Freisprechung.

Eine Rabenmutter.

Die Postbotenfrau Berta Bork, geb. Klapper, zu Nitzdorf, Rudolfsrade wohnhaft, wurde gestern wegen fortgesetzter grausamer Mißhandlung ihres noch nicht dreijährigen vorehelichen Mädchens vom Schöffengericht zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt.

Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Vom Landgericht Elberfeld ist am 19. Dezember v. J. der praktische Arzt Dr. med. Daniel Orthmann wegen angeblicher Verleumdung des Kreisarztes Dr. W. zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Er ist Vertreter der Naturheilmethode und wurde auf Veranlassung des Dr. W. von der Kreisversammlung mit einem Verweis bestraft. Diese Strafe wurde von der oberen Instanz aufgehoben. Sie war über ihn verhängt worden, weil er die Patienten der Frau Garschagen beraten hatte, die später für ihre Privatkrankenanstalt die Konzeption erhielt. Eine ähnliche Verbindung knüpfte der Angeklagte mit dem Naturheilkundigen Gustav Radtke an, welcher in Elberfeld eine elektrophysische Heilanstalt betrieb. Am 27. März 1906 erstattete Dr. W. deswegen gleichfalls Anzeige gegen Dr. Orthmann, weil sein Verhalten standesunwürdig sei. Dr. O. hatte nun aber kurz darauf seine Beziehungen zu Radtke gelöst und die Tätigkeit bei Frau Garschagen wieder aufgenommen, als diese die Konzeption mit der Weisung erhalten hatte, einen approbierten Arzt anzustellen. Am 18. Juni erstattete dann Dr. W. eine dritte Anzeige an die Kreisversammlung, weil er für Frau G. tätig sei, was gegen die Standesbehörden verstoße. In der Rheinischen Kreisversammlung erschienen inzwischen eine Reihe von Artikeln, welche die Tätigkeit des Dr. O. bei Frau G. einer scharfen Kritik unterzogen und Dr. O. als Kurpfuscher bezeichneten. Dr. Orthmann war der Ansicht, daß diese Veröffentlichungen direkt oder indirekt auf Dr. W. den Kreisarzt zurückzuführen seien. Dr. O. Orthmann richtete nun eine Eingabe an die Regierung zu Düsseldorf, in welcher er sich über den Kreisarzt beschwerte. Er legte den Sachverhalt klar und schrieb dann: „Trotzdem wird denunziert. Wenn den Unterzeichneten auch die Wiederholung zum Teil direkt den Tatsachen widersprechenden Denunziationen des Kollegen W. beim ärztlichen Ehrengerichte sehr kalt lassen, so wäre es doch sehr angebracht, wenn die einzigen unfruchtbaren Anzeigen des Dr. W. gegen diese Anstalt eine Verhängung erfahren, was zu veranlassen der Unterzeichnete hiermit gebeten haben möchte.“ Der Regierungspräsident erließ hierin eine Beleidigung des Dr. W. und stellte Strafantrag. In der Hauptverhandlung erklärte der Angeklagte, er verheie unter den Umständen: anzeigen aus Gehässigkeit. Das Gericht trat dieser Auslegung bei und verurteilte den Angeklagten wegen Verleumdung des Wortes denunzieren, indem es annahm, daß der Angeklagte zwar berechnete Interessen wahrgenommen, aber durch die gewählte Form die Absicht der Verleumdung zu erkennen gegeben habe. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Wenn der Angeklagte, so führte er aus, den Dr. W. für einen Denunzianten, d. h. für einen Mann hielt, der aus

Schikane Anzeigen erstattet, wie sollte er denn das anders ausbrüden? Das Landgericht hat vollständig Form und Inhalt verurteilt. — Das Reichsgericht hat am Donnerstag das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Kann das Auf- und Abspringen von der Straßenbahn durch Polizeiverordnung unter Strafe gestellt werden?

Durch Regierungs-Polizeiverordnung vom 7. August 1906, erlassen für den Regierungsbezirk Düsseldorf, wird bei Strafe verboten, von der Straßenbahn abzuspringen und auf sie herauf zu springen, während sie sich in Bewegung befindet. Wegen Uebertretung der Verordnung war Frau Wellerka angeklagt worden. Sie war beim Verlassen eines Wagens der elektrischen Straßenbahn zu Düsseldorf, der noch fuhr, zu Fall gekommen und ein Stück mitgeschleift worden, wobei sie sich Kopf und Hand verletzete. Das Landgericht Düsseldorf als Berufungsinstanz verurteilte sie wegen Uebertretung der Verordnung zu einer Geldstrafe, und der erste Strafbescheid des Kammergerichts verwarf ihre Revision mit folgender Begründung: Polizeiverordnungen, welche bei Strafe verbieten, die Straßenbahn zu betreten oder zu verlassen, wenn sie sich in der Bewegung befindet, seien rechtsgültig. Hätten sie nur den Zweck, den einzelnen, der dazu Neigung habe, zu schützen vor den damit verbundenen Gefahren, dann wären sie wohl nicht gültig. Denn das würde vielleicht nicht Gegenstand des polizeilichen Verwaltungsrechts sein. Aber sie seien im wesentlichen deshalb erlassen, weil das Auffpringen und das Abspringen von der Straßenbahn Verkehrsbehindernisse zur Folge haben könne. Zum Beispiel neige der Schaffner, der sehe, daß jemand dabei zu Falle komme, dazu, schnell halten zu lassen. Dies unvorhergesehene Anhalten könne Starambologien mit anderen Gefährten herbeiführen. Auch andere Personen könnten durch das Abspringen während der Fahrt der Bahn gefährdet werden, indem jemand sein Automobil, sein Rad usw. schnell ablenken müsse. Es handele sich somit um gütliche verkehrspolizeiliche Vorschriften. — Uebrigens besteht für Düsseldorf die weit besser als die (auch für Berlin gültige) Strafvorschrift wirkende Einrichtung, daß jeder, der auf die Straßenbahn aufspringt, veranlaßt wird, den Wagen wieder zu verlassen, und auch bei der nächsten Haltestelle denselben nicht wieder benutzen darf. Die Strafvorschrift wird fast nur den Personen gegenüber zur Anwendung gebracht, die durch das Auf- oder Abspringen persönliche Nachteile haben.

Aus Industrie und Handel.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Die Lebensmittelpreise zeigen in jüngster Zeit wieder eine so deutlich ansteigende Tendenz, daß die Frage angebracht erscheint, ob denn das Preisniveau der Lebensmittel gegenüber dem Jahre 1906 gar noch eine Erhöhung erfahren habe. Da ergibt sich denn wirklich die Tatsache, daß von 26 Lebensmitteln, für die sich Vergleiche anstellen lassen, mehr als die Hälfte, nämlich 14, nach ihrem Preisstand Mitte Juli noch eine Verteuerung gegenüber der Vergleichszeit 1906 aufweisen, von 1906 gar nicht erst zu reden. Nur acht Lebensmittel sind etwas im Preise gesunken, bei vier ist der Preis gegenüber 1906 stabil geblieben. Es ist nicht nur Getreide, für dessen Verteuerung die bisher ziemlich unbefriedigenden Ernteausichten ins Feld geführt wurden, im Preise äußerst erheblich gestiegen, sondern auch eine Reihe von der Ernte

der Körnerfrüchte ganz unabhängiger Lebensmittel in teurer geworden. Am schärfsten ist die Spannung zwischen den dies- und vorjährigen Preisen bei Getreide, insbesondere bei Roggen. Steht doch der Roggenpreis am Berliner Markt gegenwärtig um nicht weniger als 30 Prozent über dem vorjährigen, wie aus nachfolgender Zusammenstellung erhellt. Eine Tonne kostete nämlich in Berlin Mitte Juli 1907:

	1906	1907
Weizen	181 ¹ / ₂	210
Roggen	155	200
Hafer	182	195—205
Gerste (Popen)	152	170
Weizen (New York)	98,40	103,25

Ganz so erheblich wie bei Roggen ist der Aufschlag bei den andern Getreidesorten nicht; Gerste bleibt mit einer Preissteigerung von 12 Proz. weit dahinter zurück. Den Getreidepreisen folgend haben die Mehlpreise äußerst kräftig angezogen; bei Weizenmehl beträgt die Steigerung von Mitte Juli 1906 auf Mitte Juli 1907 fast 20, bei Roggenmehl aber gar 30 Proz. Der Preis für Roggenmehl ist also mit ganz genau der gleichen Intensität gestiegen wie der Roggenpreis. Roggenmehl kostete jetzt pro 100 Kilo 25,20—27,50 M., zur selben Zeit 1904 aber erst 17,40—18,30 M. Auch der in der Getreidepreissteigerung begründeten Verteuerung der Mehlpreise ist aber die erhebliche Erhöhung zu nennen, die der Kartoffelpreis in diesem Jahre erfahren hat. Während 1 Doppelzentner Kartoffeln Mitte Juli 1906 in der Provinz Brandenburg erst 2—7 M. kostete, steht der Kartoffelpreis jetzt auf 6,50—13 M. Er hat sich also innerhalb eines Jahres gerade verdoppelt. Wie 1906 ging er auch in diesem Jahre von Juni auf Juli rapid hinauf. Von anderen Lebensmitteln, deren Preise sich in diesem Jahre gegenüber 1906 noch verteuert haben, sind Hülsenfrüchte, Mädel, sodann Fische zu nennen. Von den Hülsenfrüchten sind es besonders Erbsen und Linsen, die kräftig im Preise gestiegen sind.

Ungarns Ernte.

Der amtliche Saatenslandsbericht vom 15. Juli schätzt den Ertrag von Weizen auf 82, von Roggen auf 10,16, von Gerste auf 12,88, von Hafer auf 11,10 Millionen Hektar gegen 83,12 Millionen Hektar Weizen, 10,30 Roggen, 12,81 Gerste und 11,27 Hafer nach dem Ausweis vom 1. Juli. Der Mißfall wurde durch Dürre verursacht, welcher die Körner zu schnell zum Reifen brachte. Die Hackfrüchte, Mais, Rüben und Kartoffeln entwickelten sich gut. Die Obsterte ist schwach, der Weinstock steht überwiegend schwach.

Deutschlands Außenhandel hat im ersten Halbjahr 1907 wiederum nicht unbeträchtlich zugenommen. Die Einfuhr Deutschlands erreichte im ersten Halbjahr einen Wert von 4350,5 Millionen Mark, wovon auf Edelmetalle 85,4 Millionen Mark entfallen, während die Ausfuhr einen Wert von 3350,3 Millionen Mark hatte, wovon auf den Edelmetallverkehr 39,3 Millionen Mark entfallen. Gegen das Vorjahr macht die Zunahme der Einfuhr 67,4 = 1,6 Proz., die Ausfuhr 485,7 = 14,9 Proz., gegen 1905 jene 977,2 = 29 Proz., diese 706,4 = 26,7 Proz. aus.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauen Erwerb in Japan.

Als vor wenigen Jahrzehnten war bei den Japanern die Frau noch vollständig von allem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Mädchen erhielten so gut wie gar keine Schulbildung, sondern wurden nur daheim von ihren Müttern in der Hausarbeit und den kunstvollen japanischen Handarbeiten unterrichtet, und auch als Erwerbsarbeit stand ihnen keine andere Art der Tätigkeit offen. Wenn ein Mädchen das heiratungsfähige Alter erreicht hatte, so wurde ihr von ihrer Familie eine Gatte ausgesucht, dessen absolutes Eigentum sie wurde. Nach ihrer Verheiratung hörte jede Verührung mit der Außenwelt auf. Die rapide industrielle Entwicklung Japans hat nun aber dort, wie überall, die Stellung der Frau bedeutend verändert. Die Einführung des Fabrikwesens und der Maschinen hat Tausende von Mädchen zur selbständigen Erwerbsarbeit veranlaßt und sie somit aus ihrem engen Kreise auf weitere Gebiete menschlicher Tätigkeit hinausgeführt. Aber nicht bloß die Frau der Arbeiterkreise, sondern auch die Mittellasse und die reichen Japanerinnen werden von dem Geiste der neuen Zeit beinflusst und nehmen moderne Ideen in sich auf. Neben den Fabriken mußte man der weiblichen Bevölkerung auch die Schulen öffnen. Heute sind schon viele Frauen in Japan als Lehrerinnen, Sekretärinnen und Schriftstellerinnen tätig, Frauenklubs werden in allen größeren Städten gegründet. In Tokio erscheint jetzt sogar eine Frauenzeitung, welche sich stolz „Die Frau des 20. Jahrhunderts“ nennt, die Redakteurin dieser Zeitung ist Uta J. Diese Dame hat eine gründliche Bildung genossen, sie ist eine tüchtige Journalistin, deren Artikel auch in anderen japanischen Zeitungen mit Vorliebe aufgenommen werden, sie ist außerdem eine feurige Rednerin. Mit Leidenschaft vertritt sie in Wort und Schrift das Ideal der weiblichen Gleichberechtigung und kämpft für die Aufklärung und Befreiung der solange geknechteten Frauen ihres Volkes. Sie spricht neben ihrer Muttersprache fließend englisch, interessiert sich, wie ein amerikanisches Parteiorgan mitteilt, wie alle denkenden Menschen, deren Tätigkeit auf dem sozialen Gebiete beruht, auch für den Sozialismus und hat angefangen, wissenschaftliche sozialistische Werke zu studieren. — Bei der schnellen Entwicklung, welche der Kapitalismus in Japan nimmt, wird es nicht allzu lange dauern, bis wir auch von einer sozialistischen Frauenbewegung hören werden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Pankow. Montag 22. Juli. Ausflug nach Birkenwerder. Abfahrt Pankow (Nordbahn), morgens 8 Uhr 12 Minuten. Treffpunkt: S. Schulz, Paradiesgarten. Nachmittags 3 Uhr Kaffeetoch in der Unterförsterei Driefe.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29. Hamburg). Filiale Rummelsburg. Sonnabend, den 20. Juli, abends 8¹/₂ Uhr, bei Gust. Tempel, Alt-Doggen 50: Mitglieder-versammlung.

Wasserstand am 17. Juli vorm. Elbe bei Dresden — 0,88 Sp. — Elbe bei Magdeburg 3,23 Meter. — Oder bei Rastow — — — — — Oder bei Breslau + 1,50 Meter, steigt überaus. — Oder bei Brieg 5,70 Meter. — Rheingraben 5,17 Meter. — Rhein bei Raab 2,98—0,69 Meter. — Rhein-schleuse bei Straßburg 3,46—0,69 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 19. Juli.
Anfang 8 Uhr.
Neues Jgl. Operntheater. Carmen. Deutsches. Der Jongleur.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Troubadour.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Kyris-Kyris. Neues Schauspielhaus. Haffles. Kleines. Vater und Sohn. Komische Oper. Hagar's Hochzeit. Westen. Die lustige Witwe. Schauspielhaus. Die Welt ohne Männer.
Vernhard Rose. Der große und bekannte. Anfang 8¹/₂ Uhr.
Nachm. 4¹/₂ Uhr: Die Schwäb. Unter'm Ahornbaum. Die Kaiserin. Metrop. Der Teufel lacht dazu. Haffles. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Grotesc Caprice. Gellerauto. — Paris. Anfang 8¹/₂ Uhr.
Reichshallen. Himmels-Hymnen. Waffage. Spezialitäten.
Sternwarte. Zinnbildstr. 57/62.

Kleines Theater.

Vater und Sohn.

Theater des Westens.

Lustspielhaus.

Die Welt ohne Männer.

Metropol-Theater

Der Teufel lacht dazu.

Walhalla-Varieté-Garten

15 Juli-Spezialitäten.
Promenaden-Konzert.
Anf. 7 Uhr. Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigen Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.
Kleine Sommerpreise.

ZOOLOGISCHER ZARTEN

Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Opole Theater

Ab 8 Uhr: Das große komische Programm! U. a.: Jean Paul in seiner Original-Appen. Jean Clements' Nichts-Barock. Barnum u. Weissel.
10 Uhr: **Hartstein** in seiner Burleske „Der Hochzeitsgast“ als Creditvortrager Lehmann.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Garten, Anf. 4¹/₂ Uhr:
Das erklaffige Juli-Programm.
Sperlich 50 Pf., Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8¹/₂ Uhr:
Der große Unbekannte. Sommerpreise.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße 57.
Sonnabend, den 3. August:
Wieder-Eröffnung.
Premiere von Madame Wig-Wag.
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrnfeld. Musik v. L. Stal.
Dazu die Separée-Affäre
Es lebe das Nachtleben!

Sanssouci,

Kollbuscher Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.
Stets höchstinteressantes Programm.
Sonnt. Beg. 6, wochent. 8 U.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater.)
Morwiz-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel **Heinrich Büchel: Der Troubadour.**
Große Oper in 4 Akten v. G. Verdi.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Don Juan oder: Der steinerne Gast.
Sonntag, nachm. 3 Uhr bei halben Preisen:
Undine.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: **Kyris-Kyris.**

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler **Arturo**

Bernardi.

Berlins schickste Soufrette
Ida Perry
14 Variété-Sensationen 14

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Brannenstr. 16.
Vollständig neues Programm!
8¹/₂ Uhr: Die beliebte Nora Björks.
9¹/₂ Uhr: Der beliebte Anton Hildach.
10¹/₂ Uhr: Sochura und Madoleine.
11¹/₂ Uhr: Die Reckenburger oder: Ein Tisch Mit-Berlin.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Fröbels Allerlei-Theater

früh. Puhlmann, Schön. Allee 148.
Bestes Volks-Theater Berlins.
Heute sowie täglich:
Der durchweg neue, erfolgreiche Juli-Programm.
Solongieri: Frank Gregory-Truppe.
Herm. Millard: Der Pantinenklub.
Reut. The Champlins, Wittweermühle, The Lunas, Olga Verdi.
Gustav Müller, Cuno-Trio usw.
Nur noch kurze Zeit:
Großstadtzauber.
Im Saal: **Großer Ball.**
Anfang 4¹/₂ Uhr. Entree 30 Pf.

Brunnen-Theater

Sabstr. 58. Direkt.: Bernh. Ross.
Täglich: Mit großem Erfolge:
Carmen.
Größt. Spezialitäten-Programm:
The 3 Millions. P. Vendors.
Gobr. Damm. Luri-Luri-Trio.
Arthur Wolff.
Roberts Comp. Schattenspieler.
Heute: Großer Elite-Ball.
Rasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Montag, 5. August: Benefiz für Heinrich Richter.

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damontanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.

Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bollermannstraße.
Der rechte Weg.
Original-Vollstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten von G. Gerike.
Hierzü:
Das neue **Riesen-Spezialitäten-Programm.**
Vollbesetzungen.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76—79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadttr. Ob schön! Täglich im berl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
The Reros
phänomenale gymnastische Reueit.
Heinz Heuer
der beliebte Rekruten-Darsteller ist wieder da!
Und das vollständig neue brillante Juli-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaffeeliche. Volksbelühig. aller Art. Entree 30 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Arbeiter-Bekleidung

Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12
zwischen Alexanderpl. u. Janowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148,
Ecke Langenbeckstraße.
Berufskleidung
f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerbe.

Reiseglas

welttragend, leichtstark 9,00
mit Elui u. Nlemen 9,00
Welbekannt sind
Rathenower Augengläser.
Echt Rathenower Brillen.
Pincenez (echt Nickel) 1,50
" **Double** 5,00
" **Gold** 12,00
" **Schildpatt** 4,00
Opern- u. Reisegläser von 6,00 an.
Barometer, garantiert gute Werke, von 6,00 an.
A. Grün, Optiker,
Brunnenstraße 4,
am Rosenthaler Tor. 4797L

Prater-Theater.

Rastanien-Allee 79.
Flotte Weiber.
Spezialitäten 1. Ranges.
Kustreier der Löwenbrant
Tilly Bébé mit ihren dreif. Wöwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4¹/₂ Uhr.

Max Kliems

Sachsenstraße 13/15.
Kritische Zeitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeliche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Sommer-Theater

Jeden Sonntag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeliche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Neue Welt

Hasonheide 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Zum Schluss:
Rau Diedel Dau.
Große Burlesk-Pantomime, für die Neue Welt bearbeitet und in Szene gesetzt von Karl Ellis.
Anfang 5 Uhr.
Entree zum Königsgarten 10 Pf., Theatergarten 25 Pf.

Belle-Alliance-Garten

6 Uhr: **Konzert und Variété.**
Ringkampf.
Konkurrenz: **3000 Mk.**
Belangen von Albert Sturm, Schwer, Beking, Karbinowicz, Debie, van Tol usw. usw.

Reichshallen-Theater.

Gastspiel des berühmten **Winter-Cymian**
mit seiner Perren-größlichkeit.
Anfang 8 Uhr.
1. Aug.: Wiederbeginn der Solreen der Stadt. Sänger.

Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdendorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Otto Pritzkow

Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)
Theater lebender Photographen.
Täglich Eingang von 11 Uhr.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Kranken- und Sterbekasse
aller gewerblichen Arbeiter
für Schöneberg u. Berlin.
(E. H. K. 115.)
Sonntag, den 28. Juli 1907,
vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
im Lokal von Obft.
Meiningerstraße 8 (Tunnel).
Tagesordnung:
1. Halbjährlicher Kasfenbericht.
2. Verschiedene Kasfen-Angelegen-
heiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.
293/7

Gemeinsame Orts-Kranken-
kasse für Dt. Wilmersdorf
und Umgegend.
Bekanntmachung.
10. Nachtrag
zum Statut der gemeinsamen Orts-
krankenkasse für Dt. Wilmersdorf
und Umgegend
vom 18. 7. 1894.
Beschluss in der außerordentlichen
Generalversammlung v. 14. Febr. 1907.
Die nachstehenden Paragraphen
werden wie folgt geändert:
Der § 13 erhält hinter Ziffer 3
folgenden Zusatz: „Dauert die Er-
krankung länger als 14 Tage, so
werden die ersten drei Tage nach-
gezahlt.“
§ 17 wird gestrichen.
§ 18 wird gestrichen und dafür
folgendes gesetzt: „Mitgliedern, welche
gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit
versichert sind, wird das Krankengeld
nicht gefürzt.“ Absatz 2 wird ge-
strichen.
§ 20 erhält am Schluss den Zusatz:
„Verliert die Ehefrau eines Kasfen-
mitgliedes, so genährt die Kasfe ein
Sterbegeld in Höhe von 30 M. gegen
Vorlage der ständesammlischen Sterbe-
urkunde, wenn die Verstorbenen nicht
Mitglied einer anderen Kranken-
kasse war.“
Für den Fall, dass ein Kind eines
Kasfenmitgliedes verliert, so genährt
die Kasfe ebenfalls nach Vorlegung
der ständesammlischen Urkunde ein
Sterbegeld von 10 M.“
§ 25 Absatz 1 wird gestrichen.
§ 28 Absatz 1 wird das Wort
„sich“ gestrichen und dafür gesetzt
„sind“.
Im Absatz 2 ist das Wort „hier-
durch“ durch „auf“ und das Wort „zwei-
durch“ durch „vier“ zu ersetzen.
§ 39. Der Absatz 1 erhält folgende
Fassung:
„Die Mitglieder des Vorstandes
werden auf 2 Jahre gewählt, bleiben
aber nach Ablauf dieser Zeit so lange
im Amt, bis ihre Nachfolger in den
Vorstand eingetreten sind. Nach Ab-
lauf eines Jahres scheidet 2 Arbeit-
geber und 4 Kasfenmitglieder aus.“
§ 59. Der zweite Satz im Absatz 1
wird gestrichen.
§ 66 erhält hinter „Zeltower Kreis-
blatt“ folgenden Zusatz: „Wilmers-
dorfer Zeitung“ und „Vorwärts“.
§ 67. Im Absatz 1 wird vor Ziffer 3
eingeschaltet „und einem Arzt-
verzeichnis“.
Diese Änderungen treten mit dem
Tage der Genehmigung in Kraft.
Genehmigt
Potsdam, den 28. Juni 1907.
Der Bezirksausschuss.
B (6611) 275/5
Der Vorstand.
P. Hanuschke, R. Bieler,
Vorstehender. Schriftführer.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
18/8
Touren
Sonntag, den 21. Juli er.
1. Abt. früh 5 Uhr nach Suckoto
(Schneidersdorf). Radum. 1 Uhr:
nach Bülze (Strausberg). Start:
Bismarckstr. 58.
2. Abt. früh 6 Uhr nach Reutendorf
bei Teupitz. Radum. 1 Uhr nach
Wittenwalde (Kranich). Start: Son-
tane-Bromenade 15.
3. Abt. früh 7 Uhr: Schnitztag
mit Waldleit Schwälde (Mitte). An-
gebirge vom Götter Bahnhof 9 Uhr
Abfahrt. Start: Wariannenplatz.
4. Abt. früh 5 1/2 Uhr nach Hülstern-
walde (Schloßkeller). Radum. 1 Uhr
nach Berliner Schweiz. Start:
Ritterplatz.
5. Abt. früh 6 Uhr nach Briesen.
nachm. 1 Uhr nach Hünigsen Wolf
(Strausberg). Start: Gylsum.
6. Abt. früh 7 Uhr nach Volkens-
dorf (Schloß Volkensdorf). Radum.
1 Uhr nach Friedrichshagen (Conrad).
Start: Genossenschaft, Oberberger-
straße 30.
7. Abt. nach Rudowwalde. Start:
Sonabend 7 u. 10 Uhr. Sonntag
früh 4 Uhr, nachm. 1 Uhr nach Grob-
beeren (Heins). Start: Grenzstr. 21.
8. Abt. früh 7 Uhr nach Kremmen.
Radum. 1 Uhr nach Demnigsdorf.
Start: Rostoderstr. 17.
9. Abt. nachm. 1 Uhr nach Bannsee
(Hülsternhof). Start: Schillingstr. 22.

Restaurant in Industriestadt. Wieder-
ständig (Verkehrslök. Partel
u. Gewerkschaft), goldschere Grillen,
zu verpacken. Östern unter B. I.
Expeditio des „Vormars“. 54828

Achtung! Maurer! Achtung!
Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands
Ortsverein Berlin.
Sonabend, 20. Juli, vorm. 10 Uhr, in der Musikerbörse, Kaiser Wilhelmstr. 18 m:
Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten.
Tagesordnung: Der Stand unserer Bewegung.
Der Vormittagsstempel wird in der Versammlung verabsichtigt.

Putzer!
Dienstag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schrader, Alte Schönhauserstr. 20:
Versammlung.
Da in dieser Versammlung wichtige Angelegenheiten erörtert werden, ist es Pflicht aller Putzer, pünkt-
lich zu erscheinen.
Der Vorstand. J. A.: Gustav Zeglin.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.
Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. - Fernsprecher Amt 3, No. 5028.
Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend
in den „Industriefälen“, Deuthstraße 20.
Tagesordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Der Stand unserer Lohnbewegung. 3. Verschiedenes.
Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.
Der Vorstand. J. A.: K. Juppenlath.

Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg.
Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.
Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino,
Holzmarktstr. 72:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1907. 2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
Der wichtigen Tagesordnung wegen wird ersucht, die Versamm-
lung recht pünktlich und zahlreich zu besuchen.
Der Vorstand.
19/7

Zentral-Verband der Stukkateure.
Montag, den 22. Juli, abends präz. 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
bei Meier, Sebastianstraße 39.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. „Ziel und Weg“. Referent:
Genosse Dr. A. Südekum. 3. Gewerkschaftliches. 173/19
Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein (E. H. 89)
Sonabend, den 20. Juli 1907, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
General-Versammlung.
Tagesordnung: Bericht vom zweiten Quartal 1907. Bericht und Wahl
der Bibliothekare. Vereinsangelegenheiten. 199/1
Das Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.
Montag, den 29. Juli, Sommerfest in der „Neuen Welt“:
Konzert, Spezialitäten, Feuerwerk, Ball. Billets a 25 Pf.
in der Versammlung zu haben.
D. D.

Warnung.
Es ist das Gerücht verbreitet, daß ich für den Bau der katho-
lischen Kirche in Jochenburg Maurer aus Schlesien herbeigeholt
habe. Ich warne hierdurch jeden vor Weiterverbreitung dieses
Gerüchtes, da ich mich sonst veranlaßt sehen würde, strafrechtlich
gegen die Verbreiter vorzugehen.
Carl Reichel, Zehlendorf,
18955 Gathhof zur Sonne.

Kieler Lotterie.
Ziehung am 8. und 9. August 1907.
5400 Gewinne im Gesamtbetrag von
= 268 000 Mark =
bare Geldgewinne ohne Abzug.
1 x 75 000 | 100 x 100 = 10 000
1 x 20 000 | 200 x 50 = 10 000
1 x 5 000 | 500 x 20 = 10 000
5 x 1 000 = 5 000 | 4500 x 10 = 45 000
20 x 500 = 10 000 | 73 Gewinne im Gesamtwerte
von 78 000 Mark.
Lose 3 Mark
Porto und Liste 30 Pfg. extra, empfiehlt:
Generaldebit G. Pfordte, (Essen Ruhr)
Lose- und Zigarren-Geschäfte.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 5361L
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur. 5361L
Streng reell. - Billigste Preise.

Hierdurch die traurige Nachricht,
daß am Dienstagmorgen unser
lieber Sohn und Bruder, der
Equeleder 54752
Hans Koch
im 20. Lebensjahre nach kurzem
Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonabend, den 20. d. Mts.,
nachm. 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakobikirchhofes
in der Hermannstraße aus statt.
Familie Gustav Koch,
Nixdorf, Jägerstr. 10.

Am Mittwoch verschied nach
langem Leiden mein lieber Mann,
unser guter Vater, der Tischler
Paul Hinsche.
Die Beerdigung findet am
Sonntagmorgen 5 Uhr von
der Leichenhalle des hiesigen
Friedhofes aus statt.
Ober-Schützenweide.
Ww. Hinsche
nebst Kindern.
54739

Dankagung. 54782
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes sage allen Ver-
wandten, Freunden, Bekannten, auch
Herrn Juhl sowie den Genossen des
548. Bezirks des 6. Wahlkreises, ins-
besondere Herrn Brunwald, Schmied-
straße, mit seinen wertvollen Gästen,
welche mir, wo das Schwere über
mich hereinbrach, so treu zur Seite
standen, meinen innigsten Dank.
Ww. Pauline Rief,
(seht) Stolpestr. 14 bei Veder.

Verband der Sattler
Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß die
Branchen-Versammlungen
an folgenden Tagen stattfinden:
Geschirrbrenner: „Engländer Hof“, Neue Köpferstr. 3,
Mittwoch, den 31. Juli 1907.
Treibriemenbranche: bei J. Wohlfahrt, Rosenthalerstraße 57:
Montag, den 22. Juli.
Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Graumanns
Festhale, Raimundstraße 27: Donnerstag, den 25. Juli.
Militärbranche: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:
Sonabend, den 20. Juli.
Linoleumleger und Teppichnäher: bei Ferd. Engel, Seydelstr. 30:
Donnerstag, den 25. Juli.
Wagenbranche: bei Julius Meyer, Dramenstr. 103:
Donnerstag, den 25. Juli.
Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: bei Paul Walter,
Adalbertstraße 62: Donnerstag, den 25. Juli.
Sektion Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3:
Montag, den 22. Juli.
Die Versammlungen werden pünktlich um 8 1/2 Uhr abends
eröffnet. 157/13
Zahlreichen Besuch erwarten. Die Branchenleitungen.

Verband der Verwaltungsbeamten
der Krankenkassen u. Berufsgenossenschaften Deutschl.
Bezirksgruppe: Berlin-Brandenburg u. Mecklenburg.
Sonntag, den 21. Juli, vorm. 10 Uhr, in den Musiker-
sälen, Kaiser Wilhelmstr. 18 m:
Bezirkstag in Berlin.
Tages-Ordnung: 293/8
1. Vortrag des Kollegen Paul Rädert: „Eine notwendige
Erweiterung unseres Verbandes.“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der
Konferenz der Krankenkassen der Provinz Brandenburg. 4. Verbands-
angelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Zementierer.
Sonntag, den 21. Juli 1907, vormittags 10 Uhr, im
Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 142/7
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Zahlreichen Besuch der Kollegen erwartet.
Der Gruppenvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Maschinenearbeiter.
Montag, den 22. Juli, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
in den Andread-Festhale, Andreadstraße Nr. 21.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Hb. Ritter über: Die politische
und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und ihre Gegner. 2. Dis-
kussion. 3. Branchengelegenheiten und Verschiedenes.
Erscheinen jedes Kollegen ist Pflicht. Mitgliedsbuch mitbringen!
Die Branchenkommission. 90/17

Am 16. Juli, nachmittags 6 Uhr,
verstarb nach langem, schwerem
Leiden mein lieber Mann, unser
guter Vater, Bruder, Schwager
und Onkel, der Gattler
Albert Fincke
im 54. Lebensjahre. 54762
Dies geht tiefbetrauert, um
Hilfes Beileid bittend an
Augusto Fincke geb. Gadegast
und Söhne, Gohlfertstr. 19.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Jerusalems-Kirchhofes in
der Hermannstraße aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Straßauer Viertel.)
Bezirk Nr. 228 III.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Restau-
rateur
Albert Fincke
gestorben ist. 262/10
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Jerusalems-Kirchhofes
in Nixdorf, Hermannstraße, aus
statt. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Nachruf.
Am Donnerstag, den 11. Juli,
verstarb unser Mitglied, der Stau-
mann
Emil Huth
Kollmerstr. 5.
Die Beerdigung fand auf dem
Friedhof der Hiesigen Gemeinde statt.
Ehre seinem Andenken!
256/19 Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Stein-
drucker und verwandten Berufe.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 16. Juli,
verstarb unser Kollege und Mit-
glied, der Steindrucker
Richard Thiemann
im Alter von 53 Jahren am Herz-
schlag.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. Juli, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
neuen Reinickendorfer Friedhofes,
Humboldtstraße, aus statt. 293/9
Die Verwaltung der Filiale I.

Invaliden-Untersützungskasse
d. Steindrucker u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 16. Juli
verstorbenen Steindruckers
Richard Thiemann
findet heute Freitag, den 19. Juli,
nachmittags 4 Uhr, vom neuen
Reinickendorfer Friedhof, Humbold-
straße, aus statt. 18865
Das Komitee.

Verwandten und Freunden die
traurige Nachricht, daß unser
Vater, der Weber
Otto Seifert
plötzlich am Herzschlag verstorben ist.
Beerdigung Freitag nachmittags
5 Uhr von der Halle des Auf-
erhebungsfriedhofes zu Weihensee,
Lichtenbergerstraße.
Die Hinterbliebenen.

Am 17. Juli verstarb nach
kurzen schweren Leiden unser
einziger geliebter Sohn
Erich Pawellek
im 6. Lebensjahre an der Hirn-
häutenentzündung.
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 20. d. Mts., nachmit-
tags 3 Uhr, von der Leichenhalle
des neuen Jakobikirchhofes, Her-
mannstraße, aus statt.
Die Hestbetrauten Eltern
Edmund Pawellek
und Frau.

Kranken-Unterstützungs- u.
Begräbnisverein der Bau-
u. gewerblichen Hilfsarbeiter
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 21. Juli 1907,
vormittags 10 1/2 Uhr, Langestr. 65:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1907.
2. Vereinsangelegenheiten und Ver-
schiedenenes.
NB. Arbeiter jeden Berufes, welche
das 16. Lebensjahr erreicht und das
50. Jahr nicht überschritten haben,
werden in der Versammlung auf-
genommen.
Die Mitglieder werden ersucht,
recht zahlreich zu erscheinen.
37/4 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Das Sommerfest

welches des schlechten Wetters am 14. Juli teilweise nicht stattfinden konnte, findet für die Lokale

**Beylers Gesellschaftshaus, Ludwigs Park-Restaurant,
Redlich (früher Holwein), Keglerheim,**
sämtlich in Treptow, Köpenicker Landstraße

am **Sonntag, den 28. Juli**, statt,
und für die Lokale

**Mentes Volksgarten, Lichtenberg, Röderstraße, und
Elysium, Landsberger Allee 40**

am **Sonntag, den 18. August.**

Programm bleibt unverändert.

Eröffnung 2 Uhr.

Billett 20 Pf.

Za zahlreichem Besuche ladet ein

Das Komitee.

Deutschlands Spezialgeschäft
Gründer

Bettfedern

Erste Bettfedernfabr. m. elekt. Betriebe

Gustav Lustig

BERLIN S. Prinzenstr. 46

berendet geg. Nachnahme garantiert
neu und gut erhalten, gut füllende
Bettfedern p. Pfd. M. 0.55-1.00-1.25;
prima Daibbannen M. 1.75; Gäns-
rupffedern M. 2.00; prima weiße
Gänsehalsbannen M. 2.50-3.00-3.50
echt dines. Monopolbannen
M. 2.25, echt russisch, Matas
dor-Gänsefedern M. 3.50
Von den Damen gemäßen 3-4 Pfd.
zum groß. Oberbett. - Gänsefedern
(1. Weihen) M. 0.60 per Pfund; Gänse-
schlafefedern, wie sie von der Gans
fallen, mit allen Federn M. 1.50,
Probieren und Preisliste gratis. Um-
tausch oder Rückführung gestattet.
Wiederholung kostenfrei.
Schiffahrtiger Umzug über 2000
Zentner Bettfedern, von feinem
zweiten Reiten u. Bett-
federgeschäft erledigt.

Für Ausflügler

empfehlen wir:

Neu! **100** Neu!

Ausflüge um Berlin

mit 12 Illustrationen und 20 Karten von Georg Siegert.

Preis gebunden 1.50 Mark.

Märkisches Wanderbuch.

Mit 38 Karten Preis 2.50 M.

Wanderbuch für die Mark Brandenburg

und angrenzende Gebiete.
Mit 53 Karten. Preis 2.50 M.

Erster Teil: Nähere Umgebung Berlins. Preis 1.50 M.
Zweiter Teil: Weitere Umgebung Berlins, westliche Hälfte. Preis 2.00 M.
Dritter Teil: Weitere Umgebung Berlins, östliche Hälfte. Preis 2.50 M.

Wanderführer mit Karten-Atlas für
Gherspre und Dahme. Preis 1.00 M.
Wanderführer mit Karten-Atlas für
den Grunewald. Preis 1.00 M.

Spezialkarten für alle Ausflugsorte der näheren
u. weiteren Umg. Berlins im Preise von
0.50-1.50 M.

erner empfehlen wir:
Radfahrerkarte von Berlin und weiterer Um-
gebung, auf Reine-
wand gezogen, zusammenlegbar. Preis 1.75 M.
Radfahrerkarte von Brandenburg, auf Reine-
wand gezogen, zusammenlegbar. Preis 2.50 M.

Wanzen

zu Brut tödelt mit unfehlbarer Sicher-
heit **Reichel's verstärktes
Wanzenfluid.**
Nicht bedenkend, nicht feuergefährlich.
Kein übermäßiger, nachhaltiger Wirkung
Bl. 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, Liter 5.-
Ersparnisse von 50 Pf. an.

Einzig echt und garantiert nur mit
Marke **Tod und Teufel.**

Otto Reichel, Berlin SO.,
Eisenbahnstr. 4.
Berliner-Postk. A. IV. 4751,
4752, 4753. [54722]

Möbelfabrik Julius Apelt

6 Adalbert-Str. 6
Hochbahnhof Kottbuser Tor
(früher: Stalder-Str. 6).

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

Wirtschaftsproblem gelöst!

Von unermesslichem Wert
für die Landwirtschaft.

Das Wirtschaftsproblem der Gegenwart und der Zukunft
ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber,
Leipzig) Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.- Teil- und Volks-
ausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das
Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren
postfrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg ver-
sandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Mensch, gedenke des Todes!

spare also das Geld zugunsten deiner Familie und kaufe daher deine Garderobe
nur in den bekannten Konfektionshäusern von 46/13

Blitz

Eigene Fabrik mit elektrischem Betrieb.
3 Preise. Maß-Abteilung. 3 Preise.

Herren-Anzüge.		Herren-Paletots.	
Serie I, Wunderbare Modestoffe, hohelegant, Stock. 27 ⁵⁰ M.	Serie I, gemustert, blau u. schwarz, Stock. 24 ⁵⁰ M.	Serie II, Prima Kammgarn, das allerneueste, Stock. 37 ⁵⁰ M.	Serie II, extra prima Modestoffe, Stock. 34 ⁵⁰ M.
Serie III, das Wunder Berlins, Ia Stock. 47 ⁵⁰ M.	Serie III, feinste Ware, das Wunder Berlins, Stock. 44 ⁵⁰ M.		

Herren-Hosen, Serie I 9⁵⁰, Serie II 19⁵⁰, Serie III 17⁵⁰ M.
Auf Seide 10%, mehr. Garantie für prima Sitz u. Verarbeitung.
Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.

Blitz

Herren-Anzüge. Herren-Hosen 1⁸⁵, 2⁴⁵, 2⁹⁰, 3²⁵ etc.
Herren-Paletots bis 60% unter Preis.
Lüster- u. Leinen-Joppen unter Preis.
Maß-Anzüge enorm billig.
Kinder-Anzüge halb umsonst.

Nur kein Neid, wer kann, kann.

29-30 Kottbuser Damm 29-30 | 9 Rosenthaler Str. 9, Ecke Auguststr.
137 Gr. Frankfurterstr. 137 | jetzt 85 Chaussee-Str. jetzt 85
5 Geschäfte. 10 Haupt-Str. 10 | 5 Geschäfte.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setztgedruckt) 20 Pfg. - Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(setztgedruckt) 10 Pfg. - Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leppische mitfarbenenleinen Fabrik-
Niederlage Große Frankfurterstr. 9,
partiere. kein Laden. Mauerhoff. +1

Stephdecken billige Robri Große
Frankfurterstr. 9, partiere. +1

Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, partiere. kein Laden.
Mauerhoff. 17

Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
wie neu, 45,00. Holz-Blumen-
kränze 36b. 25168*

Stephdecken postbillig, Fabrik
Große Frankfurterstr. 60. 21678*

Fahrräder, Teilzahlungen. Un-
validenstr. 20, Stallgerstr. 40. *

Leppische (Leppische) in allen
Größen für die Hälfte des Preises
im Leppischlager Grün, Dachecker
Markt 4, Schöndorfer. 2011*

Wandeleihhaus! Hermannplatz
168. Für jedermann! Spotbilliger
Leihverkauf, Wandeleih, Beson-
derungsbett, Wanderverkauf, Bett-
stühle, Nähmaschinen, Aufsteckwa-
schmaschinen, Leppischeverkauf, Wald-
schmied, Uhrenverkauf, Jodelanzüge,
Gehrockanzüge, Sommerpaletots. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad
25,00, Schödel, Schmidtstr. 37. *

Saison-Verkauf! Smilierte
Schlafsessel, Portieren, Steppdecken,
Schlafsessel und Leppische, Emil
Lehmann, Dräckerstr. 158. 25338*

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Britzow. Für den

Fahrräder, neue, gebrauchte (erst-
klassige) billig! Produktiv-Einkaufs-
genossenschaft, Oderbergerstr. 30.

Bronzegeschichten!! Badzu-
lampen 9,00. Gaslampen 11,
Wohlfahrt, Wallnertheaterstr. 32.

Refinanzion (Schiffverleiche),
sehr gangbar, preiswert veräußert,
Charlottenburger Ufer 12. +132*

Wiederverkauf mit Rückwert, gute
Kundenschaft, verkauft Holzmarkt-
str. 48a. +14*

Wandausgabe und Sommer-
paletots von 5,00, Hosen von 1,50,
Gehrockanzüge von 12,00, Braß von
2,50, sowie für kopulante Figuren.
Neue Garderobe zu haunend billigen
Preisen, aus Handleihen verlassene
Sachen kauft man am billigsten bei
Wohlfahrt, Mulackstr. 14. 18738*

Tüchtige Schneiderin im Hause
Schöndorferstr. 43, Laden. +67

Anzüge, Paletots und zurück-
gelehrt Maßbestellungen kommen
billigst zum Verkauf. Händler ver-
boten. Friedrichstr. 212 L. 18895*

Schwestern verkaufen sämtliche
Näbel, Vollerbetten, Bronzegeschichten,
Zurman Wasserstr. 53, partiere.

Damenhemden, Herbjahres, mit
gestrichelter Veste 1,25, Herrenhemden
1,30. Bettbezug nebst zwei Kopfkissen
4,50, Normalwäsche, Arbeiterhemden
sowie einzelne Neusemster postbillig.
Käsefabrik Solomonst., Dresden-
str. 21, Alexanderplatz. 228/19

Singermaschine 10,00, Alexander-
str. 12. 229/20

Vittauer Nähmaschinen ohne Ein-
zahlung, monatlich 1,00. Repara-
turen billig. Wienerstr. 1-6,
Barrischerstr. 67, Alsterstr. 111.

Seifen- und Porzellanhandel im
westlichen Bezirk sofort zu verkaufen.
Da Herbestall und zwei große trodene
Keller vorhanden sind, kann auch
nebenbei ein Gemüsegeschäft betrieben
werden, was in der Gegend sehr
fehlt. Offerten O. K. 50, Groß-
lichterfelde, Postamt 4. 1887b

Freitiden, Prachtexemplare, gut
gehend, zu verkaufen. Schreier,
Antonstr. 8. +87*

Vittau billig Schweidenerstr. 43.
Körber. +67

Drehbrosche, Thonenerstr. 2. +69

Taschensofa billig, ruhbaum
Herenstraße 43, I. 18915

Bettstellen, flechten, ruhbaum
poliert, tabellose Federbetten, billigst
Stallgerstr. 43. 1892b

Verschiedenes.

Pernt die Muttersprache beherrschend
Erfolgreich, leicht fasslichen Unterricht
in Wort und Schrift der deutschen
Sprache erteilt Damen und Herren
(separat) auch abends ein tüchtiger
und gewissenhafter Privatlehrer. Die
Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-
richtsstunde wöchentlich genügt. Ge-
sättigte Angebote sind unter G. 4 an
Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Patentanwalt Bessel, Wiltshiner-
str. 6/a. 25558*

Vermietungen.

Restaurant Goldenerstr. 34 so-
fort vermietbar. 25928*

Wohnungen.

Schöne billige Wohnungen Gol-
denerstr. 32/34. *

Hofwohnungen, leere Stuben
10,00, 13,50, 18,50, 25,00 sofort
Balladenstr. 22. +99*

Prachtwohnungen, zwei, auch
eine Stube, Küche, Balkon, Seelower-
str. 8, Arnim-Platz, Stadtbahn.

Zimmer.

Balkonzimmer (Badbenutzung),
herrliche Aussicht, Baumhuldenweg,
Trojanstr. 6 II, Bahnhof. 1894b

Möbliertes Zimmer für einen
oder zwei Herren zu vermieten Stol-
bergerstr. 26, III. 11905*

Teilnehmer zum möblierten
Zimmer gesucht Belle-Alliancestr. 11,
Seitenflügel I rechts. 1715b

Schlafstellen.

Zander möblierte Schlafstelle findet
junge Mädchen bei Schreier,
Griebensstr. 1, vorn III. +104

Möblierte Schlafstelle zu ver-
mieten Schleichstr. 41, Strohm-
mann. +92

Schlafstelle zu vermieten für
Herrn bei Hübler, Rübenerstr. 27,
vorn I. +92

Schlafstelle Wallstraße 35, vorn III.

Mietsgesuche.

Fräulein sucht möbliertes Zimmer
oder Schlafstelle, allein, Nähe Neue
Königsstr. Preisoberster unter
A. F. Spedition „Vorwärts“, Rüders-
dorferstr. 3. +44

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Jünger Stuhlrechter bittet um
Arbeit. Stühle werden abgeholt und
zurückgeliefert. H. Meyer, Rind-
str. 27. 14685

Stellenangebote.

Chauffeur und Fuhrschüler ver-
langt Ernst Dommer, Brüderallee 15
(Veltourbahnhof), größte Chauffeur-
schule Deutschlands, 12 eigene Fahr-
zeuge verschiedener Systeme, Repara-
turwerkstatt, Beschäftigung empfehlens-
wert, Stellennachweis. „Chauffeur-
Zentrale“ freis. langjährige Chauffeur
und Autofahrer gesucht. 18605*

Rebenerwerb, wöchentlich 10 Mark,
für tüchtige Vertreter vergibt Kunst-
Altdor, Wiltgerstr. 11. +69*

Zapfelergehilfe, Stunden-
arbeit, braucht Gutzzeit, Viten-
str. 47. 780

Botenfrauen finden dauernde und
sehr lohnende Beschäftigung Schön-
berg, Feuerstr. 12. 51/5*

20 Schürzenmädchen, Reform,
im und auhem Hause. Wilmersd.,
Prenzlauerstr. 48 I. 1885b

Damenfräulein auf Jagd, Kinder-
jacketts verlangt Landrecht, Lybener-
str. 2/3. +67

Botenfrauen finden dauernde und
sehr lohnende Beschäftigung Gerich-
str. 14. 50/20*

Achtung! Steinarbeiter.

Wegen Anfertigung von Düssel-
dorfer Steinarbeiten sind folgende
Geschäfte besetzt:
Fritz Jochimsen, Generalvertreter
der Düsseldorfer Marmorwerke
Kornheim, Jagm. u. Jachob,
Eisenacherstr. 22.
Gulke, Prenzlauer-Allee.
Daniel, Mariendorf.
Ferner sind besetzt:
G. Reiter, im Bahnhof Gültz-
str. und für Verfahrarbeiten die
Stammwerkstätten Gebr. Friede-
und Vangelschmidt Lokat. 180/9
Die Ortsverwaltungen I und II.

Beim Aufstellung von Düssel-
dorfer Steinarbeiten sind folgende
Geschäfte besetzt:
Fritz Jochimsen, Generalvertreter
der Düsseldorfer Marmorwerke
Kornheim, Jagm. u. Jachob,
Eisenacherstr. 22.
Gulke, Prenzlauer-Allee.
Daniel, Mariendorf.
Ferner sind besetzt:
G. Reiter, im Bahnhof Gültz-
str. und für Verfahrarbeiten die
Stammwerkstätten Gebr. Friede-
und Vangelschmidt Lokat. 180/9
Die Ortsverwaltungen I und II.

Partei-Angelegenheiten.

Reichstagswahlkreis Nieder-Barnim.

Am Sonnabend, den 20. d. M., abends 8 Uhr, findet in Mummelsburg, Türschmidtstr. 45 bei Weigel, eine Generalversammlung des Kreiswahlvereins statt.

Tagesordnung:

- 1. Der internationale Kongress und der deutsche Parteitag.
2. Wahl von Delegierten.
3. Die Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg.
4. Wahl von Delegierten.
5. Kreisangelegenheiten.
Pünktliches Erscheinen der Delegierten, welche mit Mandaten versehen sein müssen, ist erforderlich.

J. A.: G. Freiwaldt.

Achtung! Fünfter Wahlkreis. Das Sommerfest findet morgen Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, im Schweizergarten am Königsforst statt.

Für ein vorzügliches Programm, Gratis-Kinderbelustigungen usw. ist Sorge getragen. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

6. Wahlkreis. Das Sommerfest mußte wegen schlechten Wetters verlegt werden und findet nunmehr am Sonntag, den 21. Juli, im Mosbiter Schützenhaus statt. Die alten Willetts, soweit dieselben noch nicht kopiert sind, sowie die am 14. Juli eingetauschten Kontermarken berechneten zum Eintritt. Das Programm bleibt dasselbe.

An die Sänger richten wir hauptsächlich die Bitte, dies zu beachten und am Sonntag zur Durchführung des Programms vollständig wieder erscheinen zu wollen. Das Komitee.

Am Dienstag, den 6. August, findet die ordentliche Generalversammlung des 6. Kreises statt.

Friedrichshagen. Montag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Geestr. 45: Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Vortrag des Genossen Störmer über: „Der Bau und die Funktionen des menschlichen Körpers“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Der Wahlverein hält sein diesjähriges Sommerfest am Sonntag, den 21. Juli, in dem Etablissement des Herrn Ranke, „Rau-Parishof“, Ede Leuth- und Charlottenstraße, ab. Das Programm ist sehr reichhaltig und werden die werten Besucher einen genussreichen Sonntag bei uns erleben. Wir laden die Genossen herzlich dazu ein.

Kranznick. Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Recht pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Mariendorf. Der Wahlverein Mariendorf veranstaltet gemeinschaftlich mit dem hiesigen Arbeiter-Gesangverein nächsten Sonntag, den 21. Juli, einen Ausflug nach Blankenfelde (Zossener Bahn). Abfahrt 8.20 Uhr von Mariendorf, bis Blankenfelde, zu Fuß bis Blankenfelde. Für Nachzügler Treffpunkt: Gasthof Schröder, Blankenfelde. (Abmarsch 8 Uhr Großbeeren- und Dorfstraßen-Side.)

Reinickendorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal des Herrn Engel, Eichbornstraße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Anträge zum Parteitag, der internationale Kongress. 2. Neuwahl des Vorsitzenden und Schriftführers. 3. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Erscheinen aller Parteigenossen ist Pflicht. — Ganz besonders verweisen wir noch auf das am 20. Juli stattfindende zweite Stützungs- und Wahlvereins in den neuerbauten prächtigen Eichbornsalen, das unter Mitwirkung des Gesangvereins und der Radfahrer stattfindet. Der Vorstand.

Oраниenburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß am Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 3 Uhr, bei Braun, Kurfürstenstraße, die regelmäßige Mitgliederversammlung stattfindet. Die Tagesordnung lautet: Abrechnung, Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Stellungnahme zu den kommenden Stadtverordnetenwahlen.

Gleichzeitig werden die Genossen ersucht, Einsicht in die Wählerliste zu nehmen, denn nur derjenige kann sein Wahlrecht ausüben, der in der Liste steht. Die Genossen Emil Schumann, Schützenstraße, und Fritz Heider, Wäldchenstraße, sind bereit, für diejenigen, welche persönlich verhindert sind, Einsicht in die Wählerliste zu nehmen.

Berliner Nachrichten.

Das Wahlrecht zur Stadtverordnetenwahl

kann derjenige leicht loswerden, der es veräußert, die Wählerlisten einzusehen. Obwohl diese erst einige Tage — seit dem 15. Juli — ausliegen, hat sich schon bei der bisherigen Einsichtnahme gezeigt, daß die Listen große Mängel aufweisen. Eine ganze Anzahl von Personen, die wahlberechtigt sind, leben nicht in der Liste, während es sich in anderen Fällen herausstellt, daß Irrtümer in der Namensschreibung oder im fern vorhanden sind. In allen diesen Fällen muß ein Antrag auf Aufnahme in die Wählerliste bezw. Verichtigung derselben gestellt werden. Diese Verichtigung muß in der Zeit erfolgen, in der die Liste ausliegt, also spätestens bis 30. Juli; spätere Anträge bleiben unberücksichtigt. Wie notwendig diese Einsichtnahme ist, geht aus Mitteilungen hervor, nach denen Genossen, die viele Jahre auf ein und derselben Stelle wohnen und immer in der Liste standen, diesmal fehlen. Man denke an die Mangelhaftigkeit der Reichstags-Wahlkreise und daran, daß bei der Reichstagswahl zahlreiche Wähler nicht wählen durften, weil sie nicht in der Liste standen. Viele hatten es damals veräußert, rechtzeitig die Liste einzusehen und kamen dadurch um ihr Wahlrecht. Das muß bei den im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen verhindert werden. Auf jede Stimme kann es ankommen!

Wer nicht selbst die Zeit hat, die Liste einzusehen, beauftrage einen Genossen mit der Einsichtnahme. In den einzelnen Bezirken sind Plakate ausgehängt, die anzeigen, daß an diesen Stellen für andere die Einsichtnahme besorgt wird. Auf die gestern zur Verbreitung gelangten Flugblätter sind zahlreiche Adressen von Genossen angegeben, die sich zur Einsichtnahme für Behinderte bereit erklärt haben.

Veräume also kein Parteigenosse den jetzigen Zeitpunkt, sie sein Wahlrecht zu sichern. Wer nicht in der Wählerliste ist, darf nicht wählen!

Wucherische Ausbeutung der Schande.

In der Berliner Halb- und Ledewelt bildet zurzeit der ökonomische Zusammenbruch eines ihrer bekanntesten weiblichen Mitglieder das Tagesgespräch. Der Fall, der sonst nur einen Tabu der kapitalistischen

Prostitution darstellt, wird auch für weitere Kreise dadurch besonders beachtenswert, daß über ihn dokumentarische Beweise ans Licht kommen, die erneut die ungeheuerliche Ausbeutung belegen, in die die höhere und niedrigere Prostitution durch den Kapitalismus hineingezwungen wird.

Bei diesem besonderen Fall sind es überdies sehr bekannte Berliner Modehäuser, die sich eine unerhörte wucherische Ausbeutung nachweisen lassen müssen. Ein hiesiges Mittwochblatt, die „Große Glocke“, hat die Sache zunächst an die Öffentlichkeit gebracht, und wir selbst sind in der Lage, diese Darstellung noch in einem wesentlichen Punkte zu ergänzen. Nach dem genannten Blatt nämlich hat z. B. das Fräulein, deren Name hier nichts zur Sache tut, bei einem einzigen Berliner Modesalon nicht weniger wie 45 Wechsel von über 6000 Mark einzulösen gehabt. Diese Wechsel waren alle so kurzfristig, daß alle zwei bis drei Tage einer fällig wurde! In vier Wochen so 1100 Mark, dann wieder in ebenso viel Wochen 1075 Mark. Der betreffende Modesalon, der Kleider gegen diese Wechsel geliefert hat, hat natürlich ganz genau den „Verkauf“ des Fräuleins getannt, er hat auch genau geteilt, aus welchem Gewerbe seine Wechsel bezahlt werden. Mit Recht folgert die „Große Glocke“: „Wenn er von ihr verlangt, daß sie ihm im Laufe von vier Wochen 1100 M. zahlen soll, so heißt das unseres Erachtens nichts anderes, als sie auf die Straße treiben, sie zur niedrigsten Art der Prostitution anhalten!“ Der Name dieses Modesalons, um den es sich hier handelt, wird von der „Großen Glocke“ verschwiegen, wir unferseits wollen ihn nennen: es ist der

Modesalon Hermann Behrens, Charlottenstraße,

um den es sich hier handelt, der die Kleiderlieferung der Berliner Halbwelt fast monopolisiert hat; in welcher Weise zeigt dieser eine Fall von diesem.

Weiter kommt für diesen Fall und für ähnliche Fälle und Verhältnisse der

Modesalon Hausdorff, Bellevuestraße,

in Frage, der im vorliegenden Falle wie folgt verfuhr. Er ließ sich auch über Tausende von Mark Wechsel geben, die in vierzehntägigen Termijnen mit mehreren hundert Mark fällig gemacht wurden. Dabei erfährt man wieder nicht bloß, wie die Halbwelt zahlen muß, sondern auch wo sie zahlen soll. Für 14 Hute von Hausdorff wurden etwa 3000 M. gezahlt, für vier Federboas über 1000 M., für einen Hermelinmuff 800 M., für einen Federmantel 1700 M., Summen, von denen eine oder mehrere Arbeiterfamilien ein Jahr leben müssen! Alles bei Hausdorff! Bei der Auktion, zu der es derselbe Hausdorff brachte, wurden dann für die 14 Hute 100 M. gezahlt, für den Hermelinmuff 80 M. und in demselben Abstände weiter! Und das schönste war, daß derselbe Hausdorff sie wieder kaufte, um sie erneut weiter zu verkaufen, wie das im kapitalistischen System gang und gäbe ist.

Für die menschliche Moral der besitzenden Klassen ist es übrigens noch charakteristisch, daß die feudale Gesellschaft aus Berlin W nun diese Sachen der verachteten Halbweltlame mit Wollust zu „herabgesetzten“ Preisen erstehen wird, um dann mit den Kostümen und Hüten zu prahlen, auf deren frühere Besitzerin solche Gesellschaft sonst verächtlich herabzusehen pflegt.

Vorsicht vor der Postkarten-Mission!

Ein neuer Weg, um den Leuten, „die nicht alle werden“, das Geld abzunehmen, wird jetzt von einem „frommen“, aber recht geschäftskundigen Unternehmen in großem Maßstabe beschritten. Nach den vorliegenden Anzeichen wird in nächster Zeit ganz besonders Berlin das Operationsfeld dieser — Postkarten-Mission sein. Dieses „menschenfreundliche“ Unternehmen wird von Götlich aus in die Wege geleitet. In Zirkularen, deren stilistische Mangelhaftigkeit und schwülstiger Ton wohl durch die aus jeder Zeile schreiende Frömmigkeit verdeckt werden sollen, werden nämlich Leute gesucht, die sich für den Vertrieb frommer Ansichtskarten interessieren. Die Ansichtskarten, die in Serien erscheinen, stellen nach dem Wortlaut des Prospektes „pabend und wahrhaftig das dar, was Gott uns lehren (1) Menschen lehrt, durch sein Zeugnis und sein Wort, um uns vollkommen zu machen und ewig zu erhalten; denn wir werden vollkommen — — — — — ewig in seinem Reich!“ Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung, wenn wir ihnen zumuten, die Eigenart dieses von Frömmigkeit triefenden Satzes zu genießen; wir haben ihn aber absichtlich ganz abgedruckt, damit uns die Frommen nicht tendenziöser Entstellung beschuldigen. Sieht man sich nun derartige Ansichtskarten frommer Phantasien an, dann findet man irgend eine dunkle Stelle der Bibel in noch dunklerem Sinne und recht unvollkommener zeichnerischer Ausführungsform dargestellt. Der Mystizismus feiert in diesen Ansichtskarten der neuartigen Mission geradezu Orgien! Die Tendenz jeder Karte ist nun die, den auf den Weltuntergang vorbereiteten Erwerber noch schnell, bevor dieses schrecklich-schaurige Ereignis wirklich eintritt und damit aller Postkarten-Mission ein Ende macht, zum Erwerb der nächsten Karte der betreffenden Serie zu veranlassen. In dieser Karte, die z. B. an Hand von zwei Versen aus der Offenbarung Johannis nachweist, daß wir seit dem Jahre 1844 mit dem „Gericht“ (also Weltuntergang) zu rechnen haben, ist ein nicht besonders schön ausgefallener Engel zu sehen, der in der erhobenen Rechten ein plumpes Schwert hält, während an seinem Gürtel ein Apparat zu sehen ist, der wie eine gewaltige Rüstierpriebe anmutet. Die Karte trägt die verlockende Mahnung: „Wer sich von der Nichtigkeit zu überzeugen wünscht, der fordere die nächste Karte, diese stellt ein Wunder dar, das sich vor aller Augen offenbart.“ Diese Wunder-Offenbarung kostet natürlich wieder 10 deutsche Reichspennige! In ähnlicher Weise findet sich auch auf anderen Karten der Hinweis auf die Wichtigkeit der folgenden Karte aus der betreffenden Serie.

Die für die Gewinnung von Kolporturen bestimmten Zirkulare besagen, daß die Postkarten-Mission 1000 solcher Karten gegen 80 M. (natürlich nur gegen Voreinsendung oder Nachnahme, damit insolge des zu erwartenden Weltunterganges der schnelle Mammon noch rechtzeitig in den Besitz des geschäftstüchtigen Unternehmers kommt) zu beziehen sind. Und nun wollen wir wieder den frommen Mann zu Worte kommen lassen: „20 bis 100 Stück und mehr sehr ein fleißiger Kolporteur am Tage um, das sind mindestens 1000 Stück in einem Monat einzeln verkauft. So erlangt er monatlich eine Einnahme von 270 Mark, jetzt aber wird sein Umsatz bedeutend durch die Nachbestellungen vermehrt, was seine Einnahme bedeutend erhöht. Er lobe und preise Gott für seine Güte.“

Der Erwerb dieser Karten wird natürlich als ein Gott wohlgefälliges Werk hingestellt. Wenn wir auf diese neueste Wäule der Frömmerei warnend hinweisen, so geschieht dieses darum, weil der Absah mit Hinweis auf den wohltätigen Zweck in Szene gesetzt werden soll, und da dürfte sich mancher die Karten nicht so

genau ansehen und nur, um den Kolporteur loszuwerden, seinen Nadel opfern. Der wohltätige Zweck besteht aber in Wahrheit im wesentlichen darin, die Taschen des Unternehmers, der diese Postkarten-Mission erfunden hat, und seiner Kolporteurs zu füllen! Also Vorsicht, wenn diese „Mission“ nahe!

Der Grundwasserspiegel in Berlin und Umgebung ist in den letzten Tagen infolge der ungewöhnlich zahlreichen Niederschläge in diesem Monat ganz bedeutend gestiegen und hat sogar zu Ueberflutungen einer Anzahl tief liegender Keller geführt. In geradezu auffälliger Weise ist dies der Fall in Köpenick, wo selbst solche Keller, die über der Wasserhöhe der Spree gelegen sind, durch Grundwasser überschwemmt wurden. Vielfach ist der Grundwasserspiegel auch zutage getreten, so beispielsweise bei den Wiesengeländen zwischen Spandau und Rauen, wo ausgedehnte Terrains überschwemmt sind. Bei Oranienburg mußte die öffentliche Badeanstalt geschlossen werden, weil infolge Ueberflutungen der vorgelagerten Bienen die Annäherung an die Anstalt nicht möglich ist. Empfindlich in Mitleidenschaft gezogen sind die Bauarbeiten an der nördlichen Zufahrtstraße, da der Bahndamm an verschiedenen Stellen unter Wasser gesetzt ist. Zum Zwecke der Fortführung der Arbeiten mußten Pumpen aufgestellt werden, um die zulässige Bahnstrecke frei zu legen. Das Hochwasser der Spree war bemerkenswerterweise bis jetzt noch unbedeutend und erreichte noch nicht den Durchschnittshochwasserstand des Frühjahr. Dagegen dürfte in den nächsten Tagen ein bedeutendes Anschwellen der Fluten zu erwarten sein, da ein erheblicher Hochwasserstand von der Oberspree und dem Spreewald gemeldet wird. Da auch die Ober erheblich steigt, hat der Fluß aus dem Ober-Spree-Kanal noch einen bedeutenden Wasserzuwachs zu erwarten.

Erinnerungen an die Strohwaflnacht

werden bei dem wachgerufen, der jetzt einmal über den Schloßplatz geht und das Gerüst wahrnimmt, daß am Schloß zum Zweck einer Reparatur aufgestellt ist. Es dürfte noch bekannt sein, daß in der Strohwaflnacht eine Anzahl siegestrunkenen Leute nach dem Schloße zogen, um den Kaiser herauszurufen. Dieser erschien auch und wollte eine Rede halten. Die Rede des Schicksals sagte es, daß das große Altanfenster trotz aller Anstrengungen der Diener nicht zu öffnen war und so sah sich der Kaiser veranlaßt, von einem kleinen Nachbarfenster aus zu reden. Es war die bekannte Rede von dem Niederretten. Um nun für zukünftige Fälle gerüstet zu sein, wird jetzt das Fenster einer gründlichen Reparatur unterzogen. Das Fenster soll in der Mitte geteilt werden, daß es sich in Zukunft bequemer öffnen läßt.

Es ist nur eine große Frage, ob sich zu einer solchen oder ähnlichen Rede wie in der Strohwaflnacht wieder ein Anlaß bietet.

Todessturz eines Schutzmannes im Dom. Im königlichen Dom hat sich gestern vormittag in der zwölften Stunde ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Der Schutzmann Kammernberg vom zweiten Polizeirevier war gemeinsam mit einem Kollegen im nördlichen Flügel des Gotteshauses am Schloßplatz die Treppenhalle hinaufgestiegen, um an der Decke befestigte Beleuchtungskörper in Augenschein zu nehmen. Oben angelangt sah K. plötzlich in die Tiefe und dadurch wurde er schwindelig. Er verlor das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in den Schacht hinab. Mit dem Kopf schlug der Unglückliche auf die Steinfliese, so daß der Schädel vollständig zertrümmert wurde. Ein Dombeamter holte sofort einen Arzt von der Unfallstation in der Brüderstraße herbei, der aber nur noch den Tod bei dem Verunglückten feststellen konnte. Kammernberg hatte sich erst vor kurzem verheiratet.

Ueber das Schicksal des Aufmarschterrains am Kreuzberg verlautet wieder etwas. Das Garnisonbauamt hat für dieses Gelände, das seit mehr als Jahresfrist wegen Ruwanfassung von Gras durch einen Drahtzaun für das Publikum abgesperrt ist, einen Bebauungsplan ausgearbeitet, der dem Magistrat zur Genehmigung unterbreitet werden wird. Nach diesem Plane sollen über das Gelände zwei neue Straßen führen, und zwar die eine von Norden nach Süden parallel mit der Kapbachstraße und die andere von Westen nach Osten als Verlängerung der Monumentenstraße. Wie erinnern, haben die Anwohner des Kreuzbergs jahrelang dahin petitioniert, das Gelände, das für militärische Zwecke nicht mehr gebraucht wird, entweder zu einer Erweiterung des Viktoriaparkes zu verwenden oder es der Bebauung zu erschließen. Die Einräumung ist ebenfalls auf Ansuchen der Adjazenten geschehen, da sich auf dem Gelände viele kahle, sandige Stellen gebildet hatten und von diesen aus bei Ostwind große Staubmassen gegen die neuen Häuser der verlängerten Kapbachstraße getrieben wurden, ebenso wie bei Westwind in den Viktoriapark.

Ueber vier schwere Unglücksfälle im Straßenbahnverkehr wird uns heute berichtet. In der Invalidenstr. in der Nähe des Stettiner Bahnhofes haben sich gestern zwei Unfälle zugetragen. Der 62-jährige Kaufmann Wilhelm Schmitt, Chausseestr. 117 wohnhaft, wurde auf dem Wege nach dem Stettiner Bahnhof von einem Straßenbahnwagen der Linie 51 ungeriffen und schwer verletzt. Auf der Unfallstation in der Eichendorffstraße, wo der Verunglückte hingebachtet wurde, stellte der diensttuende Arzt einen Schenkelhalsbruch sowie schwere Kopfverletzungen fest. — Kurz darauf wurde in der Invalidenstr. der wohnungslose Arbeiter Wilhelm Kolbe von einem Straßenbahnwagen überfahren und erheblich verletzt. — Beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Wagen der Linie Charlottenstraße-Regel kam in der Chausseestraße die 42-jährige Ehefrau Emma Wasatz aus Hamburg zu Fall und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Frau W. war von Hamburg gekommen und war in einem falschen Straßenbahnwagen eingestiegen. Als sie der Schaffner hierauf aufmerksam machte, sprang sie während der Fahrt von der Plattform herunter und stürzte auf die Straße. In bedenklichem Zustande wurde sie in das Augusta-Hospital eingeliefert. — Auf der König-Chaussee in Weihensee fand gestern zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Fuhrwerk ein heftiger Zusammenstoß statt. Der Kutscher eines mit zwei Pferden bespannten Wagens des Fuhrherrn Schmitz, Falkenbergstr. 148, wollte sein Gefährt auf der Straße umlenken. In diesem Augenblick kam der Straßenbahnwagen Nr. 2355 der Linie 61 herangebraut. Es kam zu einer Karambolage, bei der die Pferde niedergedrückt und übereinander geworfen wurden. Das unten liegende Tier wurde erdrückt, während das obere mit Verletzungen davonkam. Auch der Kutscher, der vom Vord herabgeschleudert wurde, zog sich schwere Verletzungen zu.

Unglück auf der Straße. Beim Abspringen von einem langsam fahrenden Wägelwagen geriet gestern der Reichenbergerstraße 184 wohnende 30-jährige Kutscher Gustav Schwefel vor dem Hause Grünauerstraße 30 mit einem Fuß in den Zugstrang und fiel zu Boden. Das linke Vorderrad des Wagens ging über ihn hinweg und er erlitt einen Bruch beider Unterschenkel. Nach Anlegung eines Rotverbandes auf der Rettungswache Götlicher Bahnhof wurde er nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht.

Der 6 Jahre alte Sohn Eugen des Malzbräuereibesitzer Feuerherd, Mantelwerkstr. 51, lief in der Dresdenener Straße neben einem im Schritt fahrenden Reitwagen her, um Neu herauszuziehen. Hierbei kam der Knabe zu Fall und das linke Hinterad des Wagens, dessen Besitzer und Kutscher unbekannt geblieben ist, ging ihm über die Brust hinweg. Er sprang auf und lief zu seiner Mutter, die auf dem Hofe Dresdenstr. 103 mit Malzbier handelte. Der hinzukommende Vater brachte den Jungen, der über Brustschmerzen klagte, mittels Dröschke nach der Unfallstation Alexandrinenstr. 31. Dort ist er infolge Verwundung und innerer Verblutung gestorben. — Als der 50-jährige Kassenbote Friedrich Steinmeyer, Französischestr. 60/61 wohnhaft, dicht an der Dord-

schwellen vor diesem Kauf mit einem anderen Manne im Gespräch stand, wurde er durch einen leeren Plattenwagen, dessen Räder wohl über die Bordsteinkante hinwegragten, umgestoßen; ein Rad ging ihm über den linken Oberschenkel und Fuß. Auf der Unfallstation in der Kronenstrasse stellte der Arzt eine Quetschung der ganzen linken Körperseite und Bluterguß im linken Fuß fest. Nach Anlegung von Rotverbanden wurde der Verletzte von seinem Sohn nach seiner Wohnung gebracht. — In der vergangenen Nacht gegen 4 Uhr wurde der Kleiner Paul Herbst, 85 Jahre alt, Friedländerstr. 2 wohnhaft, an der Kreuzung der Friedrich- und Leipzigerstraße in dem Augenblick, als er von einem Omnibus streig, von einer Automobilkutsche erfasst und über beide Beine gefahren. Nach Aussage des Arztes der Unfallstation Kronenstrasse hat er einen Bluterguß im linken Knie erlitten. Er wurde in einer Droschke nach seiner Wohnung gefahren.

Aus der Selbstmordchronik. Wegen unglücklicher Liebe hat gestern die 27jährige Arbeiterin Marie Wehner aus der Neuen Steinwegstraße Selbstmord verübt. Die Lebensmüde erhängte sich in ihrem Wohnzimmer. Bei Entdeckung der Tat war der Tod bereits eingetreten. — Die Leiche einer Unbekannten ist vorgestern nachmittag an der Straßenseite Allee aus der Spree gefischt worden. Die Tote ist etwa 25 Jahre alt gewesen und hat sich bereits vor mehreren Tagen ertränkt. Die Leiche wurde zur Melognotisierung dem Schauhaus übergeben. — Mit Lysol vergiftet hat sich die Ehefrau des Kaufmanns Berger aus Schöneberg. Frau B. brachte vor der Ausführung der Tat ihre Kinder zu Verwandten nach Berlin. Sie schrieb dann an ihren Mann einen Brief und teilte ihm darin mit, daß sie in den Tod gehen werde. Während sich nun B. auf der Suche nach seiner Frau befand, trank die letztere in der Wohnung Lysol. Im Auguste Victoria Krankenhaus liegt sie jetzt hoffnungslos danieder. — Die Leiche einer Unbekannten wurde nach einer dem hiesigen Polizeipräsidium ausgehenden Mitteilung in einem Gebüsch an der Bahnstrecke der Spindlersfelder Bahn aufgefunden. Der Tote, ein etwa 60jähriger, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann, hatte keinerlei Ausweispapiere bei sich. Aus dem Taschentuche war das Monogramm herausgeschnitten. In der Tasche hatte er ein Portemonnaie mit 2 M. und einen Geldbeutel mit 8 M. Inhalt.

In der Schauammlung des Zoologischen Museums ist neuerdings Platz geschaffen für die neu aufzustellende Südpolargruppe. Unter den Geschenken erwähnen wir das Gipsmodell des ersten im Berliner Aquarium ausgestellten Gorilla (Bildung von Dr. Hermes). Die Sammlungen haben sich außerordentlich vermehrt, vor allem durch die Ankäufe großer Sammlungen, wie die von G. S. Schilling (Ostafrika), Professor O. Reumann (Nordafrika), die Behnische Vogelsammlung, die vom Reichsamt der Kolonialausstellung in Karlsruhe ausgestellte Gruppe von Südpolararten und eine wichtige Sammlung ostafrikanischer Säugetiere von Oberleutnant Weh. Die zum großen Teile durch Spenden eines Museumsfreundes ermöglichten Neuerwerbungen haben der Säugetierammlung eine solche Bereicherung gebracht, daß sie, namentlich für afrikanische Arten, die bisher allein noch bedeutendere Londoner Sammlung überflügelt haben wird. Der Zuwachs umfaßt 3726 Gegenstände. Die Besucherzahl des Museums für Naturkunde betrug 54 557.

Die **Follies Caprice Theater-Gesellschaft m. b. H.** ist durch Kauf in die Hände der Direktoren Herrn Hugo Schreiber und Ludwig Wertens aus Breslau übergegangen, wodurch diese Herren Pächter des Follies Caprice Theaters bis 1914 geworden sind. Die neuen Direktoren werden das Theater vollständig renovieren. Das Genre der Vorstellungen bleibt dasjenige wie bisher.

Das **Polizei-Präsidium** teilt mit: Vermißt wird seit dem 20. Juni d. J. der Schüler Gustav Buchholz, am 19. November 1892 in Berlin geboren, Hagelbergerstr. 50 bei den Eltern wohnhaft gewesen. — Er ist klein und von schlanker Gestalt, hat dunkel-blondes Haar, niedrige Stirn, braune Augen, zwei defekte Oberzähne und gesunde Gesichtsfarbe. Besondere Kennzeichen: Am linken Unterschenkel eine große Narbe. — Bei seinem Fortgang von der Vermißte begleitet mit schwarzen, weichen Filzhut, dunklem Jackettanzug, schwarzen Schnürschuhen, schwarzen Strümpfen, weissen Wäsche, weissen Stehstrapsen, rotweisser Strawatte. — Furcht vor Strafe dürfte der Grund seines Verschwindens sein. — Nachrichten über den Verbleib des Vermißten werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3/6, 2 Treppen, Zimmer 334, schriftlich oder mündlich zu Tagebuchnummer 4733, IV. 11. 07 entgegengenommen.

Am 9. d. M. ist im Jagd 92 der Jungfernhöhe ein ca. 40 Jahre alter unbekannter Mann erschossen aufgefunden und nach der Leichenhalle in Pflanzensee geschafft worden. (Selbstmord.) Er hatte hochgeämmtes röthliches Haar, einen rötlichen Schnurrbart und am linken Mittelfinger zwei Narben. Bekleidet war er mit einem dunkelgrauen Jackettanzug, weissen Hemd und Unterhose, grauen Strümpfen, Jagdtiefeln, Serviteur und rotem Schläpp. Bei der Leiche wurden ein Revolver mit 5 Patronen, sowie eine Kette mit 6 Schlüsseln vorgefunden. — Personen, welche über den aufgefundenen Toten Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 5017 IV./33. 07 mitzuteilen.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zustellort Berlin). Am Dienstag, den 16. Juli, abends zwischen 9 und 10 Uhr, verlor ein Hilfskassierer auf dem Wege Hohenzollernstraße, Winterfeldplatz bis zur Zahnstraße sein Notizbuch, in dem 50 Mark in 45 Pf. des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverbandes enthalten waren. Der ehrliche Finder wird gebeten dasselbe im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, Linienstr. 215, Quergeb. III, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Kinderspiele der Freien Turnerschaft „Rixdorf-Brig“. Gespielt wird während der Ferienzeit auf dem dem Verein gehörigen, in der Grenz-Allee (Kolonie Wiesengrund) gelegenen Turn- und Spielplatz, und zwar in der Zeit vormittags von 8^{1/2}—11^{1/2} Uhr. Die Teilnehmer treffen sich um 8 Uhr 1. Abteilung Richard- und Bergstraßen-Ecke (Denkmal), 2. Abteilung am Bahnhof Rixdorf (Vergstraßen). Willkommen sind auch Kinder solcher Eltern, die dem Verein fernsehen.

Den Angehörigen unserer Mitglieder ist auch der Spielplatz an den Wochentagen zugänglich. Wenn verschlossen, wende man sich an den auf der Kolonie anwesenden Generalpächter Herrn Pätzsch.

Eine überfüllte Versammlung, in der Genosse Eisner über das bereits bekannte Thema „Uniere Afrikaner“ referierte, fand am Dienstag in Oppes Festsaal statt. Unsere Genossen hatten sich schon früh eingefunden. Die Versammlung verlief, da sich entweder die Reichsverbändler nicht hervorwagten oder aber auch nur spärlich eingefunden hatten, in bester Ordnung. Insofern hatte das vertrauliche Mundschreiben des Reichsverbänders seine Wirkung gänzlich verfehlt. Zwei Kriminalbeamte, die sich eingefunden hatten, verschwanden, noch ehe der Vorsitzende dieselben auf die Unbefähigkeit ihrer Anwesenheit aufmerksam machen konnte.

Der Referent behandelte alsdann in großen Zügen das Thema. Die Zielscheibe seines Spottes war besonders der im Petersprolog als Sachverständiger fungierende Reichsverbandsgeneral v. Liebert. Aber auch alle sonst im Prolog bemerkenswerten Personen und Momente fanden die gebührende Würdigung des Redners. Zum Schluss geistelte er den großen politischen Einspruch jener Clique vom Schlage Dr. Arendt, Liebert usw. und meinte, Aufgabe des Proletariats müsse es sein, daß jene Leute aus dem Reichstag verschwinden. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Trotz wiederholten Aufforderungen meldete sich niemand zum Wort. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am 23. Juli bei Hoppe statt, wo die Delegierten von Groß-Berlin aufgestellt werden. Nachdem der Vorsitzende Genosse Giesel noch zum Wahlen

der Parteipresse und Eintritt in den Wahlverein aufgefordert, ging die Versammlung unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie auseinander.

Schöneberg.

Ein schweres Brandunglück, bei dem eine Person lebensgefährlich und eine zweite schwer verbrannt wurde, hat sich gestern nachmittag in dem Hause Goldstraße 17 ereignet. Die bei dem dort wohnhaften Lehrer Liebe angestellte Wirtschaftlerin Anna Ehler hatte auf einem Spirituskocher etwas zubereitet. Sie wollte auf den Apparat noch Spiritus hinzugeben und tat dies, unmittelbar nachdem sie die Flamme ausgeblasen hatte. Durch die noch zurückgebliebene Hitze entzündete sich aber der Spiritus, und im nächsten Augenblick explodierte sowohl der Kocher als auch die Spiritusflasche. Die Flammen trafen die Kleidung der E. und in wenigen Sekunden stand das Mädchen in hellen Flammen. Auf die Hilferufe der Brennenden eilte der Lehrer hinzu und versuchte die Flammen zu ersticken. Er zog sich aber dabei schwere Brandwunden an den Händen und an den Armen zu. Durch Ueberwerfen von Luchern gelang es endlich, den Brand an der E. zu ersticken. Inzwischen war die alarmierte Feuerwehrt hinzugekommen, die den Zimmerbrand löschte. Die Samariter der Wehr nahmen sich der Verbrannten an und legten ihnen die ersten Notverbände an. Während 2 in der Wohnung bleiben konnte, mußte die E. in einem Krankenwagen nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht werden. Die Bedauernswerte hatte am ganzen Körper sowie an den Armen und Beinen so schwere Brandwunden erlitten, daß an ein Aufkommen nicht zu denken ist.

Steglitz.

Einsam verstorben ist der in der Vergstraße wohnhaft gewesene Gemeindegärtner Wilhelm Schulze. Frau Sch. ist mit ihren drei kleinen Kindern seit einiger Zeit verreiselt. Den Hausbewohnern fiel es wohl auf, daß der Verstorbenen vorgestern nicht zu sehen war, doch ahnte niemand etwas Besonderes, da es bekannt war, daß er allein hauste. Als jedoch auch gestern in der Wohnung noch alles ruhig blieb, schöpfte man Verdacht und ließ schließlich die Türe durch einen Schlosser öffnen. Die Eintretenden fanden Schulze tot auf einem Stuhl sitzend. Nach Aussage des Arztes ist der erst 30 Jahre alte Mann an Herzlähmung gestorben. Inwiefern umgehende Verhältnisse über eine spezielle Ursache dieser Herzlähmung auf Wahrheit beruhen, läßt sich vorläufig nicht feststellen. Die bedauernswerte Frau, die ihre Besorgnisse aus so schrecklicher Veranlassung unterbrechen mußte, wird durch den plötzlichen Tod des Mannes um so schwerer getroffen, als sie noch um eine blühende Tochter trauert, die ihr das Schicksal vorigen Herbst entriß. Das Kind erlitt beim Kurznachrichten einen Unfall, an dessen Folgen es verstarb. — Hoffentlich erleichtert unsere Gemeindebehörde, in deren Diensten der jetzt so plötzlich Verstorbene stand, der so schwer geprüften Frau in etwas die Sorge um ihre drei noch un-erzogenen Kinder.

Rantwijk.

Am 16. d. Mts. fand in dem nunmehr freien Lokal von P. Ebel die erste öffentliche Versammlung statt, die sich eines starken Besuchs zu erfreuen hatte. Genosse Jubelt sprach über „Die bürgerlichen Parteien im gegenwärtigen Reichstag.“ Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Nachdem wurde das Verhalten der Gemeinde geteilt, welche trotz wiederholter Aufforderung, zur Beilegung der Bauzerrung auf den hiesigen Schulbauten etwas zu unternehmen, sich bisher passiv verhielt. Eine Resolution, in der dieses Verhalten der Gemeinde gerügt wurde, fand einstimmige Annahme.

Straßen.

Von der Besetzung auf unserem Ballfeld am 14. Juli sind 5 Gegenstände auf die Nummern 795, 137, 915, 839, 862 abzuholen. Wegen Vorgeigung der Geinumnummern können diese beim Genossen Kessel, Marktgrafenbaum 7, in Empfang genommen werden.

Vermischtes.

In dem **Karlshener Nordprolog** gegen den Rechtsanwalt Hau wurde gestern die Zeugnenernehmung fortgesetzt. Bemerkenswert ist, daß der Angeklagte schließlich zugab, das Pariser Telegramm geschrieben zu haben. Ueber den Ausgang der Verhandlungen werden wir berichten.

Die Hochwassererwältungen in Schlesien.

Ueber den bereits in unserer gestrigen Nummer gemeldeten Tafelberger Dammbrech meldet die „Schlesische Zeitung“: Der Damm ist auf eine Strecke von 20 Meter gerissen. Vorläufig ist es unter großen Schwierigkeiten gelungen, weitere Brüche zu verhindern. Jenseits der Löwener Brücke sind die Häuser vollständig von Wasser umgeben, das bis Hauke eine wogende See bildet. Der Verkehr ist nur mittels Fähren möglich. Wie die „Schlesische Zeitung“ weiter meldet, ist der Lohrdamm bei Oberleschen zwischen Plegnit und Sagan gebrochen. — Laut „Schlesischer Volkszeitung“ erklärte der Schlesische Bauernverein, daß er den durch Hochwasser geschädigten Besitzern durch Verlängerung der Zahlungsfrist für die Lieferung von Futter, Saat- und Düngermitteln zu Hilfe kommen werde.

Wie die Königlich Eisenbahndirektion in Breslau mittelst, ist infolge eines Dammrusses die Strecke zwischen Patschau und Otmachau bis auf weiteres unfahrbar. Die Frachten für Otmachau, Keiße und die dahinter gelegenen Stationen sind umgelenkt.

Weiteren Meldungen zufolge ist die Betriebsstörung auf der Strecke Hirschberg—Grunau seit vorgestern abend beseitigt. Auf der Strecke Grunau—Roberroschendorf wird die Störung noch ein bis zwei Tage dauern.

Mittwoch ging in Wien und Umgebung ein heftiger Wolkenbruch nieder, wodurch sich gewaltige Wassermengen aus dem überwölbten Alpbache in die Täler von Reumaldeg, Dornbach und Hernalis ergossen. Die betreffenden Straßenteile wurden innerhalb weniger Minuten bis zu einem halben Meter überschwemmt. Kellerräume sowie die Erdgeschosse von Häusern fanden unter Wasser, besonders in Reumaldeg bestand große Gefahr, so daß zahlreiche Häuser geräumt werden mußten. In den Stallungen kam viel Vieh ums Leben. Der Straßenverkehr war Stunden hindurch unterbrochen. Zahlreiche Häuser mußten gestützt werden. Der Ueberflutungs- und Katastrophe sind zwei Menschenleben zum Opfer gefallen.

Ein Berliner abgestürzt.

Von der Grohmann-Spitze ist nach einer Meldung aus St. Ulrich Dr. Ernst Schneider aus Berlin abgestürzt und blieb tot.

Opfer ihres Berufes. In Chemnitz brach während einer Übung, welche die Berufsfeuerwehre gestern früh auf dem Hofe der Hauptfeuerwache abhielt, der oberste Teil einer Magirus-Drehleiter, auf welcher sich eine Anzahl Mannschaften befand, plötzlich ab und stürzte mit drei Feuerwehrleuten in die Tiefe. Einer der Verunglückten war sofort tot, ein anderer erlitt einen Schädelbruch und ist lebensgefährlich verletzt. Der Dritte scheint mit einer leichten Verwundung davongekommen zu sein.

Im Schlafe erschossen. Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus Sosnowice, daß gestern nachmittag der Russifantehäudle Botusch in seiner Wohnung während des Mittagsschlafes von einer Unbekannten erschossen worden ist. Der Täter ist entkommen.

Die Boden in Frankreich. Nach einer Meldung aus Paris ist auch in Dijon eine Blatternepidemie ausgebrochen. Bisher sind 5 Todesfälle zu verzeichnen.

Im Sturm gekentert.

In Marstrand kenterte gestern nacht während eines heftige Unwetters ein Segelboot mit 15 Insassen. Nur einer wurde gerettet.

Einer Londoner Meldung zufolge kenterte an der Küste der Grafschaft Galway in Irland ein Dampfer, an dessen Bord 28 Personen befanden. 8 derselben sind ertrunken. Auch aus Donaghaden (Irland) kommt die Nachricht, daß an hoher See ein Boot mit 5 Personen kenterte. Die 3 Insassen ertranken.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkammer findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4 eine Trede (Handelsstraße Westallee, Zuchung aus Lindenstr. 104 wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Großdruck 7 und Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Strehnenabonnent. Wir können nicht alle Einzelfälle über falsch Straßenbeschilderung veröffentlichen. — **Wahlst. Ueberhof.** Wir können solche Anzeigen leider nicht veröffentlichen. — **G. Z. 13.** Wegen de Kapitere müßten Sie sich an den Landesbeamten wenden. — **S. Z. 28** 1. Der Abfindungsvertrag hat keine Gültigkeit, wenn er nicht vom Vormundschaftsgericht genehmigt wird. 2. Der Großvater kann die Klein nicht adoptieren, weil er eheliche Kinder hat. — **J. 1.** Eine ander Stelle wäre erheblich teurer. 2. Leider sind Sie zur Zahlung verpflichtet. Sie können aber mit Rücksicht auf Erfolg bei dem Magistrat, Steuer deputation, unter Darlegung Ihrer Verhältnisse Herabsetzung beantragen. — **M. R. Weigandstr. 32.** Die im Uter gefundenen Steine sind di geträumelten Reste ehemaliger Geblirge. Sie stammen aber oft von weitzer, z. B. von Sandsteinen, sie sind zum Teil mit dem Gestein in der Gesteinsart hierher verschlagen. Steine „wachsen“ nicht. Sie sind vulkanisch (sogenannte Lava, Basalt) oder durch Niederschläge im Wasser gebildet (sedimentäre Steine, z. B. Sandstein). — **W. B. 1.** und 2. Ja

Berliner Marktpreise. (Nach dem amtlichen Bericht der städtische Marktinspektion.) (Großhandl.) Rindfleisch Ia 72—74, IIa 70—72, IIIa 66—71, Ila 61—63, Vndfleisch Ia 67—72, Ila 57—60, Kühe, Ila 54—62, IIa mager 42—52, Preiler 56—63, Bullen, Ila 50, IIa 46, 0,0, Kälberfleisch, Doppelfleisch 100—120, Wastfläcker Ia 75—81, IIa 66—74, Kälber ger. gen. 47—59, da. Ila 50, IIIa 40, Dammel fleisch, Rindfleisch 76—80, Dammel Ia 71—75, Ila 64—70, Schaf 61—64, Schweinefleisch 55—62, Rehbock Ia per Hund 0,65—0,85, IIa 0,40—0,60, Holzwild, Wildsch 0,35—0,62, Damwild, Wildsch 0,00, Wildschmeine 0,25—0,47, Fischlinge 0,00, Raminchen per Stück 0,30—0,38, Wildenten per Stück 0,50—1,10, Kridenten per Stück 0,30—0,50, Gähne alte, per Stück 1,50—2,00, Ila 1,00, da. junge 0,40—1,10, Tauben 0,35—0,60, Haisfleisch 0,00, Enten per Stück 1,00 bis 2,20, da. Hamburger per Stück 2,00—3,00, Gänse per Hund 0,63—0,68, da. per Stück 2,00—4,00, da. Damm. per Pfd. 0,69—0,70, per Stück 2,75—3,24, da. Ueberbruder per Hund 0,68—0,67, Banfels 0,60—0,90, Galonschänt 0,00, Hechte per 100 Hund 113—123, matt 0,00, dilo mittel un groß 0,00, Hander 0,00, Schiefe, groß 33, mittel 0,00, da. 80—96, da. klein 0,00, Kalle, groß 93, da. klein und mittel 81—8, mittel 62, da. unfortiert 72—83, da. klein 61, Wägen, matt 0,0, Rehbock 0,00, Karpfen 0,00, Steie 0,00, matt 0,00, Sunie Nisse 4 Banse 0,00, Raminchen 75—82, da. matt 0,00, Weisliche 0,00, Weis 0,0, Klab 0,00, Mappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia netto, per 100 Pf. 110—130, da. Ila neuer 90—100, da. IIIa neuer 60, Seelachs 10—1, Flumbern, Riel, Stiege Ia 3—6, mittel per Riste 1—2, Damm. Stiege 4, halbe Riste 2—3, pomm. Ia Schod 4—8, Ila 0,50—2,50, Dufflinge, Riel 4, Bal 2—3, Strahl, 3,50—4,50, Dornh. 0,00, Kalle, groß per Pfd. 1,1 bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, Klein 0,00—0,50, Geringe per Schod 5—, Schellfische Riste 3,00—5,00, 1/2, Riste 2—2,50, Sardellen, 1902er per Ant 98, 1904er 98, 1905er 98, 1905er 90—93, Schottische Bollerfing 1905 0,00, large 40—44, full. 38—40, med. 35—43, beifische 37—4, Herlinge, neue Ratties, per 1/2, 50—130, Sardinen, russ., 1,7 1,50—1,60, Bratberinge Rist 1/2, 1,40, da. Rüste (4 Rier) 1,40—1,7, Raminchen, Schodlos 11, da. kleine 5—6, da. Rielan 14, die Land, unfortiert per Schod 3,00—3,20, da. große 3,50, Krebse p. Schod 18,50—23,50, da. mittelgroße 16,50, da. kleine 2—4, da. un fortiert 4,50—5,50, da. Galiger groß und mittel 6,50, da. unf. 0,00, Sauti per 100 Pf. Ia 106—110, Ila 103—106, IIIa 100—102, abfallende 90—9, Saure Gurken, neue Schod 4,00—5,00, Pfeffergurken 4,50, Kartoffel per 100 Pf. Börger 0,00, weiße runde 3,00—3,50, blaue 3,75—4,50, Rosen 2: bis 3,00, Rieken 3,25—4,50, Reibter 3,00—4,00, Worre, Schod 0,50—1,0, Reerelisch, Schod 3—12, Spinat per 100 Pfund 15—20, Sellerie beifige, per Schodbund 2,00—3,00, Zwiebeln per 100 Pf. 7,00—7,5, da. kleine 0,00, da. beifige (Berl.) 0,00, Christoffen 0,00, Peterfille, grü Schodbund 0,75—1,00, Kohlrabi Schod 1,00—1,50, Rettig, bayr., nes Stück 0,07—0,10, Knoblauch Schodbund 2,00—2,50, Karotten, beifig Schodbund 2,50—3,50, Wirsingfobl per Schod 5,00—8,00, Rostfobl, Schd 10—12, Beiflohl 8—12, Blumenfobl, Bittauer 100 Stück 17—18, da. Quar burger 100 Stück 10—12, da. Erfurter 100 Stück 20—26, Kohlrabe, Schod 6,00, Rhabarber 100 Rind 0,60—3,00, Peterfillewurzel, Schod bund 4,50—6,00, Schuten per 100 Pfund 8—15, Pfefferlinge per 100 Pfund 7—12, Radleschen per Schod 0,75—1,00, Salat per Schod 2,0 Gurken, Reibter, Schod 2,00—3,00, Bohnen, grüne, 100 Pf. 20—2, Stachelbeeren, per 100 Pfund 7—15, Erdbeeren, beifige 100 Pf. 25—3, da. Balderbeeren 40—60, da. Hamburger 35—45, da. Holländer 30 bi 35, da. Guben 0,00, Gindseren 100 Pfund 30—31, Wan beeren, 100 Pf. 8—11, Johannisbeeren, 100 Pf. 8—12, Risther per 100 Pfund Schellfisch 7—18, Berberische 10—15, da. Glas 12—14, da. Thüringer 8—9, Kasten 25—35, saure 14—20, Birnen, ital., 100 Pfund 10—22, Beifische, per 100 Pfund 40—45, Weisosen, ital., per 100 Pfund 20—25, franz. 20—30, ungar. 18—23, Apfel, ital., per 100 Pfund 18—2, Pfäumen, ital., per 100 Pfund 9—20, Zitronen, Weisna, 300 Stk 9,00—13,00, da. 300 Stk 8,00—11,00, da. 200 Stk 6,00—12,00, Banans, gelb, 100 Pf. 10—22.

Witterungsübersicht vom 18. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter		
Swinemünde	751,5	SE	5	bedekt	13	Naparrnda	743,0	ONO	6	wollig	9
Hamburg	757,5	SE	8	bedekt	14	Petersburg	752,5	SE	2	wollig	1
Berlin	755,9	SE	4	bedekt	12	Selby	767,9	SE	1	heiter	8
Frankfurt a. M.	761,8	SE	4	bedekt	15	Überdeen	768,8	SE	2	bedekt	2
München	761,8	SE	4	wollig	15	Varis	765,8	ONO	2	bedekt	3
Wien	757,2	SE	4	wollig	17						

Wetter-Prognose für Freitag, den 19. Juli 1907.

Teilweise aufklarend, vorwiegend trübe und kühl mit Regenschauern an kühleren nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Zentralverband der Brauereiarbeiter
Zweigverein Berlin. Sektion I.
Am 17. Juli d. J. starb nach langem schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Michael Stauber
(Victoria-Brauerei II Stralau.)
Seine feierlichen Andenken:
Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend, den 20. Juli, nachmittags 5^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Strahles in Stralau, Mariendorfer Weg.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Erbenfamilie.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68. Lindenstraße 6.
Ziele und Wege
— Erläuterungen —
der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen
Unter Mitarbeit von Hugo Lindmann, Max Süßheim, Friedrich Stampfer und Clara Zetkin herausgegeben von
Adolf Braun
Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.